

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 11 vom 14. März 1980

14. Jahrgang

1 DM

DGB-Veranstaltungen trotz Vetters Verbot

Frauen kämpfen für Gleichberechtigung

DGB-Chef Vetter hatte jegliche gewerkschaftliche Betätigung zur 70. Wiederkehr des Internationalen Frauentages verboten. Vetter und Vorstandskollegin Maria Weber (CDU) mögen sich bei diesem skandalösen Beschluß gewünscht haben, die Gewerkschafterinnen am 8. März an die Kette ihrer reaktionären, gewerkschaftsfeindlichen Politik zu legen. Das Gegenteil war der Fall. Zahllose gewerkschaftliche Aktivitäten fanden statt, Veranstaltungen, Informationsstände, Podiumsdiskussionen und Demonstrationen. Das war genau die richtige Antwort!

Angesichts der sozialen und politischen Situation der arbeitenden Frauen gab es für die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter auch nicht die geringste Veranlassung, den 8. März, den Kampftag für die Gleichberechtigung der Frau zu ignorieren. Zu krass ist der Widerspruch, der zwischen dem Gleichheitsgrundsatz der Verfassung und der gesellschaftlichen Wirklichkeit klappt.

Nach wie vor werden die Frauen in den Betrieben und Büros bei gleichwertiger Arbeit um ein Drittel unterbezahlt. Nach wie vor haben besonders die Frauen die Lasten der Massenarbeitslosigkeit zu tragen.

Seit Monaten inszenieren die Reaktionäre in Parteien und

Kirche zusammen mit den Unternehmern eine frauenfeindliche Kampagne. Mit Schlagworten wie „die Frau gehört an den Herd“ oder „die Mutterschaft ist die höchste Erfüllung der Frau“ wollen sie die Lage der Frauen als billige Reservearmee zementieren, die von den Unternehmern je nach Konjunktur als Lohndrucker eingesetzt werden oder in die gesellschaftliche Isolation von Heim und Herd abgeschoben werden. Gipfelpunkt dieser Kampagne sind verstärkte Bestrebungen, die Frauen auch zu einer Reservearmee für die verstärkte Ausrüstung und Kriegsvorbereitung zu machen.

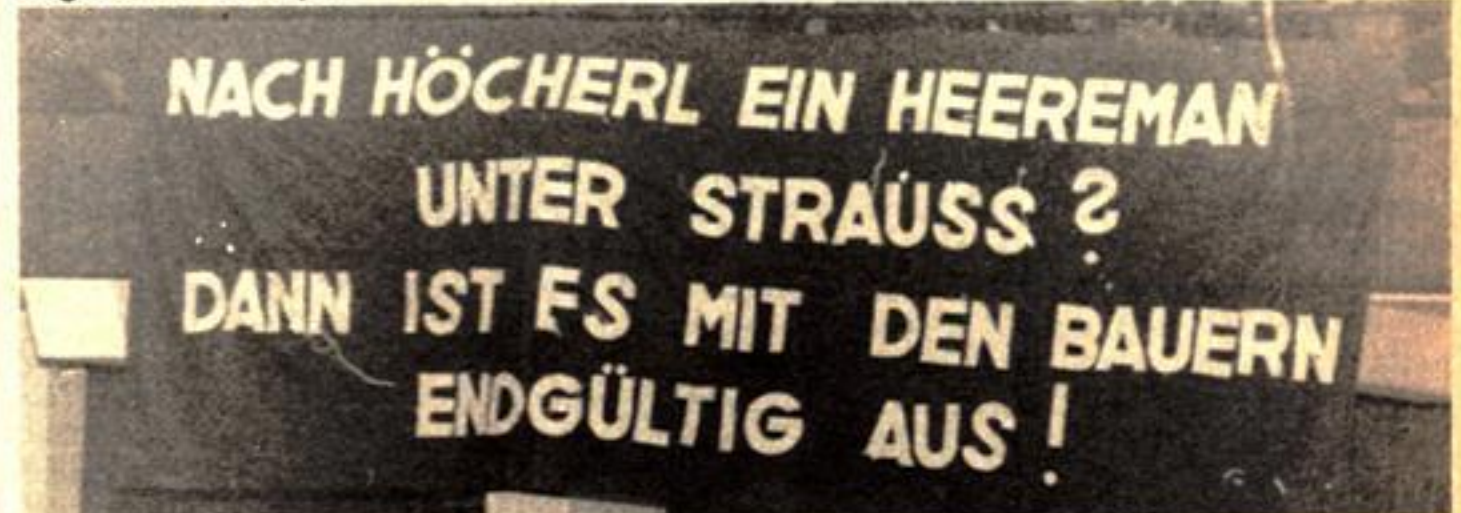
Auf den zahlreichen gewerkschaftlichen Kundgebun-

gen am 8. März zeigte sich, daß die Arbeiterklasse, vor allem die werktätigen Frauen nicht gewillt sind, dieser reaktionären Politik widerstandslos zu folgen. Im Gegenteil, wie der breiter werdende Kampf für einen gerechten Lohn beweist, treten mehr und mehr Frauen in den aktiven Kampf, organisieren sich mehr und mehr Frauen in den Gewerkschaften.

Besonders schändlich ist, daß führende Gewerkschaftsfunktionäre diese positive Entwicklung offenbar unterbinden wollen. Doch werden die Frauen bei ihren Kämpfen um die Gleichstellung in Beruf, Ausbildung und Gesellschaft auch zunehmend den Feind in den eigenen Reihen erkennen. Daß sie das Vetterische Verbot durchbrechen, war ein konsequenter Schritt in die richtige Richtung!



Vorher ... Am 21./22. Februar fand in Oldenburg der Bauernkongreß der CDU statt. Den CDU-Bonzen mag das Herz höher geschlagen haben, als sie das oben abgebildete Transparent sahen.



... nachher Doch wurden sie jäh aus ihren Träumen gerissen. Als der Kandidat erschien, klappte das Transparent um...

Solidarität mit entlassenen Hoesch-Betriebsräten wächst

Nicht nachlassen bis beide wieder eingestellt sind!

DORTMUND. — Die Front der Solidarität mit den beider RGO angehörenden entlassenen Betriebsräten von Hoesch in Dortmund wird immer breiter. Sowohl innerhalb der Hoesch-Hüttenwerke, als auch in anderen Betrieben und darüber hinaus in der fortschrittlichen Öffentlichkeit fordern immer mehr Arbeiter, Gewerkschafter und Demokraten, daß diese Entlassungen zurückgenommen werden müssen.

Als Beispiel für das weitere Anwachsen der Solidaritätsbewegung seien im folgenden einige neu hinzugekommene Unterzeichner der Solidaritätserklärung aufgeführt:

Henning Venske (Rundfunkjournalist); Prof. Dr. H. Müller (PH Dortmund); Wolfgang Bittner (Schriftsteller); Mitgliederversammlung der GEW Bochum; Ingeborg Drewitz (Schriftstellerin); Laientheatergruppe „Pfeffermühle“; Kulturmagazin „linkskurve“; Willi Halder (stellvertr. Orts-

vorstand der Gewerkschaft HBV Stuttgart); Heinrich Schirmbeck (Schriftsteller); Tork Hansen (Vertrauensleutvorsitzender der IGM in Lübeck); Bernd Lade (stellvertr. Betriebsratsvorsitzender in Lübeck); Jochen Auer, Lothar Lange und Rolf Köhler (Betriebsräte bei Howaldtswerke-Deutsche Werft in Kiel).

Inzwischen haben erste Verhandlungen vor dem Dortmunder Arbeitsgericht stattgefunden. Näheres darüber auf Seite 4 in diesem RM.

Ermordete Heinrichsohn fünf Antifaschisten?

BÜRGSTADT. — Der im Kölner Lischka-Prozeß wegen Beihilfe zum Mord an französischen Juden zu sechs Jahren Gefängnis verurteilte ehemalige SS-Unterscharführer und CSU-Bürgermeister Ernst Heinrichsohn (59) befindet sich wieder in Untersuchungshaft.

Waren alle drei Angeklagten nach dem Prozeß zunächst auf freien Fuß gesetzt worden, erzwirkte die Kölner Oberstaatsanwaltschaft zunächst die Vollstreckung eines Haftbefehls. Doch Heinrichsohn kam wieder frei. Geschäftsleute, Beamte und Kommunalpolitiker hinterlegten 200.000 Mark Kaution für „ihren Bürgermeister“. Doch Heinrichsohn konnte sich nicht lange seiner unverdienten Freiheit erfreuen.

Unter dem dringenden Verdacht, an der Ermordung von fünf französischen Antifaschisten am 15. August 1944 beteiligt gewesen zu sein, wurde der SS-Mörder erneut verhaftet.

Unter der farbigen Bevölkerung Zimbabwes

Überwältigende Mehrheit für ZANU-PF

Rassisten haben Angst

SALISBURY. — Bei den ersten Wahlen in Zimbabwe an den letzten drei Februartagen dieses Jahres errang die ZANU-PF unter Führung Robert Mugabes mehr als zwei Drittel aller Stimmen und 57 von 80 Sitzen im Parlament. Damit sind all die zahlreichen Versuche der Reaktion, die ZANU-PF an diesem Wahlsieg zu hindern, gescheitert.

Während überall Bilder aus den Städten Zimbabwes zu sehen waren, auf denen die Menschen vor Freude über das Wahlergebnis auf den Straßen tanzten und lachten, während die farbige Bevölkerung diesen Sieg als ihren betrachtete und feierte, waren die Reaktionen der britischen Imperialisten und der Rassisten im Lande von Angst geprägt.

Die britische Regierungschefin Maggie Thatcher weigerte sich — zum ersten Mal übrigens, daß ein britischer Ministerpräsident so vorging —, dem Wahlsieger zu gratulieren.

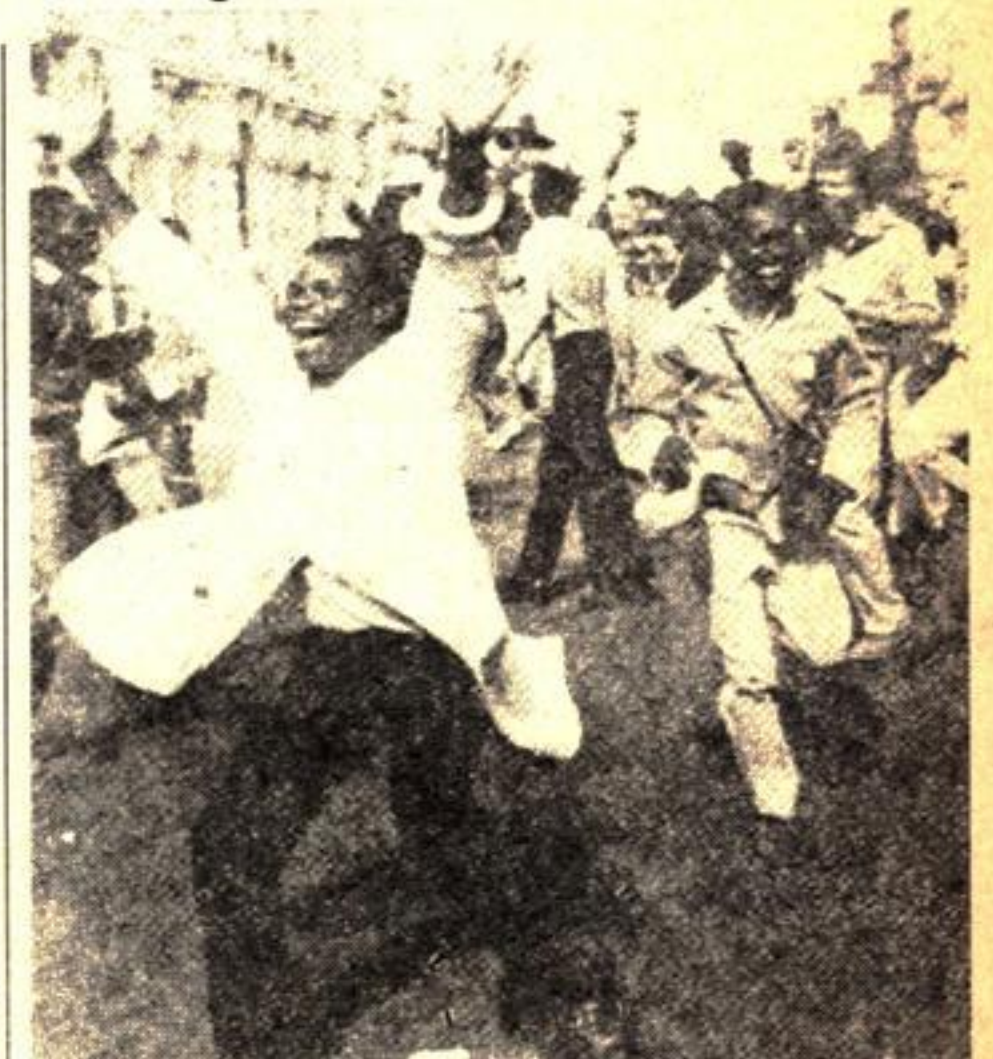
Der „Rhodesische Farmerverband“ rief die Welt auf, Zimbabwe zu helfen, ihre Energien „nicht auf Palästina zu verschwenden, sondern hierher

zu blicken, wo ein schwarzer Marxist seine Terrorherrschaft errichtet“.

Alle jene, die bisher vielleicht noch geglaubt hatten, die Wahl im letzten Jahr, als Muzorewa siegte, sei irgendwie legal gewesen, wurden jetzt eines Besseren belehrt: Ganze drei von achtzig Sitzen konnte seine UANC erringen.

Mugabe selbst sprach sich nach seinem Sieg für eine Regierung einer breiten nationalen Front aus, für eine Koalition mit Nkomo, der bereits akzeptiert hat.

Das Volk Zimbabwes wird seine Aufmerksamkeit jetzt darauf richten müssen, sich gegen Terrorakte der Rassisten und gegen falsche Freunde zu wehren.



Die Bevölkerung der Hauptstadt von Zimbabwe feiert den Wahlsieg der ZANU-PF.

Kommt zur Demonstration nach Kassel!

„Für ein Verbot der Aussperrung“

Kassel, Aufstellung um 10.30 Uhr, Philipp-Scheidemann-Haus
Holländische Straße / Ecke Mombachstraße

**Samstag, 22. März, 11 Uhr
in Kassel**

Veranstaltung

Es sprechen Gewerkschafter und Betriebsräte zur Frage eines gesetzlichen Verbots der Aussperrung, Kulturprogramm mit der Gruppe Distel, Obervellmar, Bürgerhads, Holländische Straße

Samstag, 22. März, 14.30 Uhr

**Kampagne
für das
Verbot der
Aussperrung**



Kommentar

In der gesamten westlichen Presse wurde es als Sensation gewertet. Die Nachricht nämlich, daß der französische Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing während seiner Nahostreise offiziell für das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser eingetreten ist und eine internationale Anerkennung der PLO forderte.

Die Regierung der USA fühlte sich gleich einmal mehr von einem Verbündeten hintergangen, die anderen westeuropäischen Staaten versicherten eifrig, daß man dieses Problem weiter erörtern werde.

Giscard und die Palästinenser

Aber sie und ganz besonders die Bundesrepublik haben sich in ihrer Politik im Nahen Osten voll und ganz der Politik der USA verpflichtet und sehen jetzt den französischen Konkurrenten davon ab.

Die Gründe für Giscard's Stellungnahme, der kurz vor seiner Abreise noch mit den Chefs der CNPF (dem französischen Unternehmerverband) konferierte, liegen auf der Hand. Traditionelle Beziehungen des französischen Großkapitals nach Nordafrika und Nahost sollen mit dieser politischen Erklärung wieder verstärkt werden, in Fortsetzung der Politik de Gaulles, der der israelischen Aggression bereits die offene Unterstützung versagt hatte. Frankreich also erkennt als erster EG-Staat offiziell das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser, ihr Recht auf einen eigenen Staat und die PLO als Vertreterin des palästinensischen Volkes an.

Zur selben Zeit erklärte der österreichische Kanzler Kreisky, wer fordere, die Russen sollten raus aus Afghanistan, müsse auch fordern, die Israelis müßten das Westjordanland freigeben. Auch das eine Stellungnahme, die den US-amerikanischen Richtlinien widerspricht.

Während also führende Politiker des westlichen Lagers solcherart der wachsenden Stärke des palästinensischen Volkes Rechnung tragen, verharret die Bundesregierung weiterhin in der nahezu uneingeschränkten Unterstützung der amerikanischen Nahost-Politik und des Aggressors Israel. Bezeichnend dafür ist die Tatsache, daß Außenminister Genscher jetzt das im arabischen Lager isolierte Ägypten besucht und dem Präsidenten Sadat zu einer Zeit den Rücken stärkte, wo dieser seine Armee den amerikanischen Imperialisten als Eingreiftruppe für den Persischen Golf anbietet.

So wie es offensichtlich auch in anderen Fragen ist, sei es Olympiaboykott, sei es die Haltung zu Südafrika, oder sonstige Fragen der Weltpolitik: Was der große Bruder in Washington beschließt, das wird vom Bonner Junior nachgesungen.

Und während die amerikanische Presse jetzt Front gegen den französischen Präsidenten macht, ist das westdeutsch-amerikanische Klima „ungetrübt“. Schmidt und Carter sind sich einig, Strauß reist eilends hinter Schmidt her, um auch von seiner Seite aus die Treue zur Wall Street zu bekunden.

Man kann sich heutzutage vielleicht besser als noch vor einiger Zeit vorstellen, wohin diese Politik der westdeutschen Herrschenden, bedingungslos den nordamerikanischen Imperialisten zu folgen, noch hinführen kann. Man kann sich vorstellen, daß sie bereit und in der Lage sind, das deutsche Volk selbst in ein offenes Kriegsabenteuer der New Yorker Multimilliardäre mit hineinzuziehen.

Keine Unterstützung der amerikanischen Nahost-Politik!

Bonn muß das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser und die PLO als Vertreterin des palästinensischen Volkes anerkennen!

Aus dem Inhalt

Kampf für die Wiedereinstellung der Hoesch-Betriebsräte	4	Juden und Kommunisten	7
Stahlaussperrung für rechtmäßig erklärt	4	III. Delegiertenkonferenz der RHD	7
DAG-Chef verteidigt Aussperrung	4	Der wachsenden Kriegsgefahr begegnen	9
Erfahrungen der Lohnrunde ..	5	Faktionskämpfe in Peking ..	10
IG-Chemie-Jugendkongreß gegen Schandvertrag	5	Izmir unter Kriegsrecht	11
Wer Strauß stoppen will, kann nicht Schmidt unterstützen	6	500 000 streiken in den Niederlanden	11
„Bild“-Abhöraffaire	7	Spendet für den Bundestagswahlkampf der VOLKSFRONT ..	12
„Aktivpropaganda“ gegen		8. März — Internationaler Frauentag	13
		Artikelserie zur Renten Diskussion	14

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Rügen von Genscher

Jungdemokraten gegen bedingungslose Unterstützung der USA

Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft gefordert

BONN.— Harte Worte gegen die eigene Jugendorganisation fanden in diesen Tagen die führenden Gremien der FDP. Der Parteivorsitzende Bundesaußenminister Genscher meinte gar, die Judos wären der FDP noch nie so fern gewesen wie heute. Um was ging es dabei?

Vor allem um Leitanträge des Bundesvorstands der Judos für ihren Grünberger Kongreß am letzten Wochenende. Dort wurde die Bundesregierung aufgefordert, „sich nicht in die überzogenen Reaktionen der USA einspannen zu lassen“. Konkret wurden kritisiert: der Aufbau von Eingreiftruppen durch die USA bzw. NATO, die Entsendung von Lederhosen in den Arabischen Golf, die Kampagne zum Olympiaboykott und die hektische Aufrüstung. Alles dies, so sagten die Judos, seien keine Mittel, den Frieden zu sichern.

Und so ist die Meinung von Genscher auch gar nicht so falsch. Indem die Judos faktisch gegen alle Maßnahmen, die in den letzten Wochen seit dem sowjetischen Überfall auf Afghanistan getroffen wurden, Stellung beziehen, begeben sie sich in offene Opposition zur Regierung und zur Führung der eigenen Partei. Die FDP-Führung hatte sich schließlich in den letzten Wochen als besonders USA-treu zu profilieren versucht und muß nun sehen, wie die eigene Jugendorganisation offensichtlich nicht bereit ist, diesem Kurs zu folgen. Deshalb waren Genscher's Rügen

auch mit Drohungen verbunden.

Und die Anträge der Judos gehen noch weiter. Sie fordern nicht nur Entspannungspolitik in schönen Phrasen, sondern konkrete Maßnahmen. So zum Beispiel der verabschiedete Antrag, der die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft verlangt, eine Maßnahme, die sich die westdeutschen bürgerlichen Parteien bis heute stets geweigert haben durchzuführen. Denn die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft würde natürlich die Anerkennung der Staatlichkeit der DDR bedeuten, eine Maßnahme gegen revanchistische Bestrebungen, die unsere Partei seit langem fordert. Die Forderung nach Streichung der Passagen der Präambel des Grundgesetzes, ein Antrag der zurückgestellt wurde, in denen die Wiedervereinigung gefordert wird, ist insofern richtig, als es sich dort um den Anspruch handelt, das heutige Grundgesetz solle für das ganze Gebiet gelten, auf dem heute zwei deutsche Staaten bestehen, also eine imperialistische Wiedervereinigung, eine revanchistische Forderung. Unsere Partei, deren Programm seit ihrer Gründung die Losung des ver-

einten, sozialistischen Deutschland als zentrale Forderung hat, war immer gegen eine solche Form der Wiedervereinigung.

Mit all diesen Forderungen haben sich die Judos also nicht nur in Opposition zum aktuellen Bonner Aufrüstungskurs und der Kriegspropaganda begeben, die heute von der Bourgeoisie und ihren Parteien landauf, landab betrieben wird, sondern auch in Opposition zu den grundlegenden revanchistischen Zielen der westdeutschen Kapitalisten.

Deshalb steht zu erwarten, daß die Bonner Politiker verstärkt eine Kampagne gegen die Judos organisieren werden, so wie das vor einiger Zeit gegen die Jungsozialisten bei der SPD geschah, als deren gewählter Vorstand in einem regelrechten Putsch abgesetzt wurde, und womit den oppositionellen Strömungen innerhalb der Jusos ein starker Schlag versetzt worden war. Das gleiche droht jetzt auch den Judos, die sich ja auch in anderen Bereichen bei verschiedenen demokratischen Aktionen bereits in Opposition zur Parteiführung der FDP begeben hatten, allerdings bisher noch nicht so offen wie jetzt.

Proteste gegen Carstens



BIELEFELD.— Auch bei seinem Besuch in Bielefeld, bei seinem Auftritt an der dortigen Universität als Redner der Deutschen Physikalischen Gesellschaft, bekam Karl Carstens Protest, in diesem Fall der Studenten zu spüren. Er mußte mit seinen noch von den Vorfällen anlässlich der Frankfurter Buchmesse her berühmten Gorillas durch ein Spalier von Plakaten gehen. „NSDAP-Mitglied als Bundespräsident“. Zahlreiche Transparente, darunter auch der VOLKSFRONT gaben die Meinung der anwesenden Demokraten wieder, und es gab während Carstens Rede zahlreiche Buhrufe. Zu lachen hatten sie angesichts Carstenscher Redekunst auch einiges...

Schmidt bei Carter

Teuere Hilfe für die USA

Neue Zugeständnisse an US-Kriegstreiber

WASHINGTON.— Strahlende Gesichter sah man zum Abschluß der Gespräche von Kanzler Schmidt mit US-Präsident Jimmy Carter. Man war sich einig, einig, einig. Hatte Schmidt schon vor seiner Abreise in die USA in der Regierungserklärung an den Bundestag lange geäußerte Wünsche der USA erfüllt wie die offizielle Erhöhung des Rüstungsetats, so gab es als Ergebnis der Besprechungen weitere Zugeständnisse an die Forderungen der USA an ihre Bündnispartner.

Schmidt, des neben Carter auch Cyrus Vance, Kriegsminister Harold Brown und den Chef-einpeitscher Brzezinski sprach, nahm dabei zum ersten Mal persönlich zur Olympiaboykott-Kampagne Carters Stellung. Ohne einen sowjetischen Abzug aus Afghanistan, sagte er, könne er sich keine Teilnahme westdeutscher Sportler an der Olympiade vorstellen. So trat er die wachsende Forderung der aktiven Sportler unseres Landes, sich diesem Boykott nicht anzuschließen, in aller Öffentlichkeit mit Füßen.

Neben der Bekräftigung der westdeutschen Aufrüstungspläne und der finanziellen Führer-

schaft der Bundesrepublik bei der Militärhilfe für das türkische Regime wurde außerdem beschlossen, daß sich die Bundesregierung auch an der Aufrüstung des Militärregimes des Diktators Zia Ul Haq in Pakistan beteiligen muß.

Aufgrund der wirtschaftlichen Misere, in der sich die USA befinden, mit einer Inflationsrate von 1,5 Prozent allein im Januar dieses Jahres, einer dementsprechend milde geschätzten Jahresinflation von 18 Prozent sind die USA-Imperialisten nicht in der Lage, den geplanten Anteil an der Finanzierung ihrer Militärbünd-

nisse zu leisten und verlangen deshalb von ihren westeuropäischen Verbündeten immer kategorischer noch höhere Beteiligungen.

So gaben auch verschiedene amerikanische Regierungsstellen zu erkennen, daß selbst die — noch nicht offen genannte — Hilfe für Pakistan eingeschlossen ihnen der bundesdeutsche Beitrag noch nicht genügt — die nächste Forderung kommt bestimmt. Für F.J. Strauß war diese Stellungnahme übrigens ein Anlaß, sich als den größten USA-Freund in der Bundesrepublik darzustellen, bei dem eine weitere Aufrüstung kein Problem wäre...

NATO-Manöver in Norwegen

BARDUFOSS.— In den ersten Märztagen begann im nördlichen Norwegen das Manöver „Anorak-Express“.

Rund 20 000 Soldaten mit etwa 300 Flugzeugen werden zu dem bisher größten Manöver in diesem Raum erwartet, die Mehrheit davon aus der Bundesrepublik, Kanada und Großbritannien.

Energiepreise steigen weiter

ESSEN/BOCHUM.— Alle Wochen wieder, kann man heute abwandeln, melden die westdeutschen Energiemonopole neue Preiserhöhungen.

Nachdem in der letzten Woche die Aral AG eine weitere Verteuerung von Benzin angekündigt hatte, sind jetzt auch die neuen Preise der Ruhrkohle AG ab 1. März bekanntgegeben worden. Hausbrandkoks soll jetzt 284 Mark je Tonne kosten, Hüttenkoks 204,50 Mark, Kraftwerkskohle 199,50 Mark.

Das sind durchschnittlich 11 Prozent mehr. Dementsprechend kündigten jetzt auch schon RWE und Badenwerk ihrerseits die Erhöhung der Strompreise an, da die Weitergabe der Preiserhöhungen „unvermeidlich“ sei.

Konkurrenz für Siemens?

STUTTGART.— Die SEL Stuttgart, Tochterfirma von IIT, entwickelt ein neues Telefonsystem (System 12) im Auftrag des Weltkonzerns.

Die gewaltige Finanzierung geschieht durch einen dem Ausmaß nach sensationellen Zusammenschluß in den USA. Die IIT und der größte Monopolbetrieb der Welt, AT&T (1,3 Millionen Beschäftigte) haben sich dazu zusammengeschlossen.

Diese Neuigkeit wird zu einem Zeitpunkt verbreitet, da die Entscheidung der Bundespost über ein neues Telefonsystem heranrückt — bisher von Siemens geliefert.

Rentner sollen Krankenversicherung bezahlen

BONN.— Die seit einiger Zeit laufende Kampagne gegen den Besitzstand der Rentner, unter anderem durch die Forderung, sie müßten einen Beitrag zur Krankenversicherung bezahlen, ist jetzt auch von den Krankenkassen unterstützt worden.

Scheinheilig wird dabei vorgerechnet, daß die Ausgaben der Krankenkassen für die Rentner um 9,9 Prozent gestiegen seien, während für die noch arbeitende Mitgliedschaft die Ausgaben nur um 5,5 Prozent gestiegen seien. Abgesehen davon, daß es leider natürlich ist, daß ältere Menschen öfter krank sind, ist dies eine ungeheuerliche Verdrehung der tatsächlichen Verhältnisse — denn profitieren tun von dieser Preiserhöhung die Konzerne der pharmazeutischen und medizinischen Industrie sowie die Krankenhausbetreiber. Um 12,3 Prozent stiegen die Ausgaben der AOKs für Heil- und Hilfsmittel, um 5,9 Prozent für Arzneimittel, um 10,8 Prozent für Zahnersatz, um 6,1 Prozent für Krankenhausbehandlung. Von Gegenmaßnahmen hier ist natürlich keine Rede.

Bundesregierung stellt Umweltchemikaliengesetzentwurf vor

Wirkungsvoller Schutz für Umwelt und Gesundheit?

Chemie-Industrielle begrüßen den Entwurf

BONN. — In der letzten Woche hat die Bundesregierung den Entwurf für ein Umweltchemikaliengesetz vorgestellt; der Entwurf soll noch in dieser Legislaturperiode die parlamentarischen Hürden nehmen.

Bekanntlich ist unsere Umwelt nicht nur von zahllosen Industrieabfällen extrem belastet, die von den Industriebossen ohne Rücksicht auf die Folgen für Leben und Gesundheit durch die Schloten oder die Abwasserkanäle ins Freie gejagt werden — hierfür stehen Namen wie Hoechst, Preussag, Boehringer etc. —, sondern auch durch zahlreiche Chemikalien, die im Produktionsprozeß verwendet werden oder als Arzneimittel Anwendung finden. Als Beispiele seien hier das krebserregende PVC oder Asbest benannt. Aus der Sparte der Arzneimittel wird vielen noch das Schlafmittel „Contergan“ in Erinnerung sein.

So werden gegenwärtig etliche Stoffe in der chemischen Industrie benutzt, die nachweisbar krebserregend oder auf andere Weise schwer gesundheitsschädlich sind, ohne daß die Unternehmer sich veranlaßt sehen, diese Stoffe durch ungefährlichere zu ersetzen.

Es liegt daher auf der Hand, daß endlich gesetzliche Regelungen her müssen, die den staatlichen Behörden die Möglichkeit geben, zumindest dort die unternehmerische Freiheit zu unterbinden, wo der Profit nachweislich auf Kosten von Leben und Gesundheit der Werktätigen erzielt wird.

Das vorgelegte Gesetzesvorhaben ist allerdings weit entfernt davon, diese Forderung zu erfüllen. Vielmehr läßt es den Chemiebossen zahlreiche Möglichkeiten, weiter Natur und Umwelt, Gesundheit und Leben nahezu unkontrolliert zu gefährden.

Zwar sieht der Gesetzentwurf in der Regel eine Anmeldepflicht für neue Chemikalien vor, doch ist den Chemiebetrieben gestattet, diese Stoffe bereits 45 Tage später auf den Markt zu werfen. Bedenkt man, daß allein fünf Behörden bei der Bearbeitung der Anmeldung beteiligt sind, kann man sich vorstellen, daß nach 45 Tagen vielleicht gerade der administrative Teil der behördlichen Aufgaben erledigt ist, von einer sorgfältigen wissenschaftlichen Untersuchung jedoch keine Rede sein kann. Sogar in den USA beträgt die Frist zwischen Anmeldung und Vermarktung das Doppelte.

Diese für sich schon unhaltbare Regelung wird zusätzlich noch durch zahlreiche Ausnahmeregelungen durchlöchert. So unterliegen zum Beispiel neue chemische Stoffe, die lediglich für Forschungszwecke verwendet werden, nicht der Anmeldepflicht.

Der Gesetzentwurf sieht vor, daß nur solche Stoffe auf

etwaige Langzeitwirkung untersucht werden sollen, deren Jahresproduktion mindestens 1000 Tonnen beträgt. Auch diese Regelung ist ein Freibrief für weitere hemmungslose Umweltverschmutzung, denkt man nur an den Contergan-Skandal; die Größenordnung der Contergan-Produktion lag noch unterhalb einer Jahrestonne.

Ein weiterer Pferdefuß ist, daß die Behörden keineswegs das Recht haben, auf bloßen Verdacht hin weitere Unterlagen über neue chemische Stoffe von den Betrieben zu verlangen. Sie müssen zunächst „tatsächliche Anhaltspunkte“ für „erhebliche“ Gefahren geltend machen können. Doch bis dahin kann es schon oft zu spät sein.

Weiter haben die Behörden nicht das Recht, ihre Untersuchungsergebnisse der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, was Mäuscheleien und Geheimabsprachen zwischen Prüfungsinstanzen und Industrie Tür und Tor öffnen würde.

Sollte es dennoch einmal dazu kommen, daß die Behörden zu der Auffassung gelangen, eine bestimmte chemische Substanz sei so gefährlich, daß sie aus dem Verkehr gezogen werden müsse, so ist auch dieser Weg mit Hindernissen gepflastert.

Verbote können nur durch



Das Bild zeigt eine Kinderdemonstration in Frankfurt am Main. Durchgreifende Maßnahmen zur Verhinderung der weiteren Zerstörung unserer Umwelt durch Industrie und Staat müssen her!

Rechtsverordnung durch die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates beschlossen werden.

So werden zwangsläufig Situationen entstehen, in denen zahlreiche Chemikalien bekannt sind, die Leben und Gesundheit der Menschen bedrohen, ohne daß gegen ihre Benutzung eingeschritten würde.

Heute bestreitet niemand mehr, daß Asbest krebserregend ist. Gleichzeitig ist ein ungefährlicher Ersatzstoff bekannt. Trotzdem wird Asbest weiter in chemischen Produktionsverfahren benutzt. Trotzdem sterben weiter zahlreiche Menschen an der tödlichen Wirkung dieses Stoffes.

Der Entwurf der Bundesregierung für ein Umweltchemi-

kaliengesetz hat mit wirklichem Umweltschutz nichts zu tun. Es garantiert den Chemiebossen weiterhin zahlreiche Möglichkeiten, auf Kosten unserer Gesundheit ihre Profite zu realisieren.

Was wir brauchen, sind durchgreifende Maßnahmen zur Verhinderung der weiteren Zerstörung unserer Umwelt durch Industrie und Staat.

Bleiverseuchung bei Goslar

Das Ausmaß der Schäden kommt einer Katastrophe gleich

Schnipkoweit immer noch im Amt

GOSLAR. — Mittlerweile hat sich auch der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht zur Bleiverseuchung im Raum Goslar geäußert. Albrecht zufolge seien die Werte für Blei und Cadmium zwar in den letzten Jahren um neun Zehntel zurückgegangen, lägen aber immer noch so hoch, daß „weitere Maßnahmen zur Verringerung der Emissionen zwingend geboten sind“. Was der Herr Ministerpräsident hier so vornehm umschreibt, läuft in Wirklichkeit auf eine Situation hinaus, die einer mittleren Katastrophe gleichkommt, die hauptsächlich sein Sozialminister Schnipkoweit zu verantworten hat.

Erst das dem Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) nahestehende Freiburger Öko-Institut hatte den Stein ins Rollen gebracht. Die Richtwerte für den Schwermetallgehalt in Niederschlag und Boden sind teilweise um das Sechsfache überschritten. Sozialminister Schnipkoweit, der jahrelang diese Erkenntnisse für sich behielt, spricht nun von einer „besorgniserregenden“ Situation.

Der Cadmium-Niederschlag sei in allen Fällen stärker als erlaubt. 85 Prozent lägen über dem Zehnfachen des Richtwertes, verlaute aus der Umgebung des Ministers.

Besonders die Kinder sind von der Schwermetallverseuchung betroffen. Nach EG-Richtlinien dürfen sich maximal 35 Mikrogramm (tausendstel Gramm) Blei in 100 Milliliter Blut befinden. Bei den bisher durchgeführten Blutuntersuchungen fanden sich dreizehn Kinder, bei denen die Werte oberhalb dieser Richtlinien liegen. Elf davon liegen im Bereich zwischen 35 und 45 Mikrogramm, zwei bei 57 und sogar 59 Mikrogramm.

Insgesamt ist der Bleigehalt im Blut der betroffenen Bevölkerung doppelt so hoch wie im übrigen Niedersachsen einschließlich Nordenham, wo ebenfalls eine Bleihütte steht.

Der Bleigehalt in den Lebern und Nieren von Schlachtvieh beträgt in der Regel das Siebenfache der Richtwerte.

Sozialminister Schnipkoweit, der vor zwei Wochen von den katastrophalen Verseuchungen von Mensch, Tier und Boden noch nichts wissen wollte, der die Forderung des Freiburger Öko-Instituts nach Evakuierung von 27000 Menschen als völlig überzogen zurückwies, bot nun seinerseits 10 Millionen Mark aus Landesmitteln an, um evakuierungswillige Familien zu unterstützen.

Bislang aber hat er sich noch immer um eine klare Stellungnahme herumgedrückt, ob das betroffene Gebiet um die Hüttenwerke überhaupt noch bewohnbar ist oder nicht.

Zahlreiche Wissenschaftler haben sich der Einschätzung des Freiburger Öko-Instituts angeschlossen, unter anderem auch ein Vertreter des Bundesgesundheitsamtes im Rahmen des Fernsehmagazins „Monitor“. Und die nach und nach durchsickernden Werte und Angaben über den Grad der Verseuchung lassen keinen anderen Schutz zu, als die betroffene Bevölkerung auf der Stelle in Sicherheit zu bringen.

Allerdings ist in diesem Zusammenhang dafür zu sorgen, daß sämtliche aus den Evakuierungsmaßnahmen entstehenden Kosten samt sämtlichen Verlusten, die der von Umsiedlungsmaßnahmen betroffenen Bevölkerung entstehen, voll und ganz von der Landesregierung übernommen werden müssen.

Weiter müssen Maßnahmen

geprüft werden, den Boden der betroffenen Gebiete zu entseuchen. So ist zum Beispiel die Abtragung verseuchter Bodenschichten in Erwägung zu ziehen.

Und nicht zuletzt die Preussag AG, die sich schließlich an den eingesparten Schutzmaßnahmen auf Kosten der Gesundheit der betroffenen Menschen eine goldene Nase verdient hat, muß zur Kasse gebeten werden. Die Filter- und Schutzvorrichtungen müssen einer scharfen Kontrolle unterzogen werden. Die Preussag AG muß mit sofortiger Wirkung zu umfassenden Umweltschutzmaßnahmen verpflichtet werden.

In diesem Zusammenhang wird erneut die Notwendigkeit einer konsequenten Umweltschutzgesetzgebung deutlich, die erstens der Industrie ausreichende Auflagen zu wirklichen Schutzmaßnahmen auferlegt, die zweitens auftretende Umweltschäden nach dem Verursacherprinzip regelt.

Mittlerweile liegt der niedersächsischen Landesregierung eine große Anfrage in Sachen Bleiverseuchung vor, die von der CDU-Fraktion eingebracht wurde. Man darf gespannt sein, welche Ausflüchte Minister Schnipkoweit diesmal aufstellen wird, um sich aus der Verantwortung zu stehlen.

Für jeden ehrlichen Parlamentarier darf der Fall Schnipkoweit keine Diskussion wert sein. Dieser Mann ist als Minister völlig unhaltbar! Er muß gehen!



Ein Luftbild des Reaktors „Three-Miles-Island“; vier Monate nach dem Zwischenfall schnellte die Quote der Säuglingssterblichkeit nach oben.

Die Folgen von Harrisburg

Radioaktive Wolke verdoppelt Säuglingssterblichkeit

Werden Horrorvisionen Wirklichkeit?

HARRISBURG/USA. — Am 26. März 1979 kollabierte der Atomreaktor „Three-Miles-Island“. Später stellte sich heraus, daß Amerika knapp der größten vorstellbaren Katastrophe, dem Durchschmelzen des Reaktors — dem Filmkenner auch als „China-Syndrom“ bekannt — entronnen war.

Heute weiß man, obwohl damals vor einem Jahr kein Explosionsblitz und kein Atompilz zu sehen war, keine einschlägigen Katastrophenfilme bekannten Szenen registriert wurden, der Reaktor scheinbar ruhig auf seinem Platz stehengeblieben war, ist doch der schleichende, unsichtbare Tod umgegangen, in Gestalt einer unsichtbaren radioaktiven Wolke hat er sich an das Wehrloseste herangemacht, an das noch ungeborene Leben.

Im März 1979 wurden in Pennsylvania 141 Kinder tot geboren oder starben unmittelbar nach der Geburt. Das entspricht einer Sterblichkeitsrate von 10,4 pro tausend. Im Juli 1979 schnellte die Quote auf 18,5 pro tausend hoch. 271 Tot-

geburten waren zu verzeichnen. Da der Evakuierungsbefehl für Schwangere und Kleinkinder erst am 30. März kam, also zwei Tage nach dem Störfall, sind die ungeborenen Kinder zwei Tage lang der tödlichen Wolke ausgesetzt gewesen.

In einem Harrisburger Krankenhaus stieg die Sterblichkeitsquote sogar um 630 Prozent! In jenem Krankenhaus, wo 35 Prozent aller Harrisburger Entbindungen vorgenommen werden, betrug die Säuglingssterblichkeit in den Monaten Februar, März und April 1,9 pro tausend, in den nächsten Monaten stieg sie auf 13,9 an. Selbst im knapp 300 km entfernten Pittsburgh gab es ähnliche Werte. Dort stieg die Säuglingssterblichkeit von 14 pro tausend auf 30,1.

Am 28. März hatte der Wind so gestanden, daß die radioaktive Wolke nach Pittsburgh trieb.

Die angegebenen Werte stammen aus einer wissenschaftlichen Untersuchung von Dr. E. J. Sternglass von der Universität Pittsburgh. Sie sind eine flammende Anklage gegen jegliche Art von Atomprogramm, auch das der Bundesregierung.

Der einzige Weg, die Wiederholung einer solch lautlosen Katastrophe zu verhindern, ist der Kampf gegen das Bonner Atomprogramm. Zu diesem Kampf sollten sich insbesondere jene Kräfte aufgerufen fühlen, die in anderem Zusammenhang nicht müde werden, den Schutz des ungeborenen Lebens ununterbrochen zu beschwören.

Kampf für Wiedereinstellung der Hoesch-Betriebsräte

Die Solidarität weiter verstärken!

Gütetermin ohne Ergebnis / Einstweilige Anordnung beantragt!

DORTMUND. — Am Donnerstag vergangener Woche wurde vor dem Dortmunder Arbeitsgericht zum ersten Mal über die fristlose Entlassung der beiden Hoesch-

Bei dieser ersten Verhandlung ging es um den sogenannten Gütetermin im Zusammenhang mit der Klage von Norbert Bömer gegen Hoesch auf Wiedereinstellung. Ein Gütetermin dient dazu, eine eventuell mögliche gütliche Einigung zwischen Kläger und Beklagte durch Vermittlung des Arbeitsgerichts herbeizuführen. Eine derartige Einigung war jedoch in diesem Fall von vornherein nicht im Bereich des Wahrscheinlichen.

Der juristische Vertreter der Hoesch-Bosse wies die berechnete Forderung Norbert Bömers, die außerordentliche Kündigung zurückzunehmen, weit von sich. Auf der anderen Seite wollte Norbert Bömer von dieser Forderung natürlich um keinen Deut abgehen. Es geht ja nicht nur um sein persönliches Interesse, sondern um die Frage, ob hier ein Präzedenzfall geschaffen wird, mit der Folge, daß künftig praktisch jeder Betriebsrat gefeuert werden könnte, der seine Informationspflicht gegenüber der Belegschaft ernst nimmt und sich nicht im Interesse der Bosse zum „Geheimrat“ umfunktionieren läßt.

Der juristische Beauftragte von Hoesch erregte bei der Verhandlung Aufsehen durch seinen unsachlichen Verhandlungs- und Diskussionsstil. Das spricht nicht gerade für eine juristisch solide Position der Ent-

lassungsstrategen im Hoesch-Vorstand. Auch die Richterin nahm das Auftreten des Hoesch-Beauftragten mit Befremden zur Kenntnis.

Die Argumentation des Hoesch-Anwalts hatte die Tendenz, die Hoesch-eigene Arbeitsordnung (die im übrigen als außergewöhnlich reaktionär berüchtigt ist) als rechtlich wichtiger zu bewerten als das Betriebsverfassungsgesetz. Als ob Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes einfach durch von Unternehmern willkürlich erlassene Bestimmungen unwirksam gemacht werden könnten. Das ist eine juristisch nicht haltbare Position.

Zu Recht erklärte in diesem Zusammenhang Rainer Ahues, der Rechtsanwalt der gefeuerten Betriebsräte: „Die Arbeitsordnung kann und darf nicht zur Zensurvorschrift für die Arbeit des Betriebsrates werden.“

Der Hoesch-Anwalt verzichtete übrigens auf eine Wiederholung der Behauptung, Schritte gegen die RGO-Betriebsräte seien im Zusammenhang mit Arbeitsniederlegungen in einigen Werksbereichen auch von Belegschaftsseite gefordert worden. Bekanntlich hatten reaktionäre Vertreter der Betriebsratsspitzen versucht, kurze Arbeitsniederlegungen, die sich gegen den Abbruch der Verhandlungen über den Sozialplan durch den Hoesch-Vor-

Betriebsräte und Mitglieder der Revolutionären Gewerkschafts-Opinion, Norbert Bömer und Hartmut Siemon, verhandelt.

stand richteten, in diesem Sinne umzudeuten bzw. den Kollegen solche Forderungen unterzuschieben.

Die Tagespresse hatte diese Behauptungen anfangs übernommen und verbreitet, was natürlich Unsicherheit unter den Hoesch-Arbeitern hervorgerufen hatte.

Der Gütetermin endete also ohne Ergebnis. Am Donnerstag dieser Woche findet nun auch der Gütetermin bezüglich der Entlassung von Hartmut Siemon statt. Möglicherweise wird das Gericht sich an diesem Tage auch schon mit einer einstweiligen Anordnung befassen, die von den beiden Entlassenen beantragt wurde, um zu erzwingen, daß sie ihre Betriebsrats-tätigkeit auf der Hütte weiter ausüben können, bis das Arbeitsgericht sein Urteil über die Wiedereinstellung gefällt hat.

Der erste Haupttermin, bei dem über die Wiedereinstellung verhandelt wird, findet voraussichtlich am Dienstag, den 22. April um 11 Uhr im Arbeitsgericht Dortmund, Ruhrallee 3, Zimmer 141 statt.

Inzwischen hat sich die Solidaritätsbewegung gegen die Entlassung der Hoesch-Betriebsräte weiter verstärkt. Auch in der Belegschaft ist die anfänglich — durch eine gezielte Lügenpropaganda und durch eine unsachliche Berichterstattung in der Tagespresse hervorgerufene — Verwirrung und

Unsicherheit weitgehend abgeklungen. Die Erkenntnis, daß diese Entlassungen letztlich dazu dienen, die Belegschaft gegenüber den Rationalisierungsangriffen der Hoeschbosse wehrlos zu machen, setzt sich unter den Kollegen mehr und mehr durch.

Auch der Ton in der bürgerlichen Presse und in den anderen Medien ist objektiver und sachlicher geworden. Viele Gewerkschafter und demokratisch engagierte Menschen verstehen, daß diese Maßregelungen ein gefährlicher Modellfall sind, mit dem die Rechte der Betriebsräte und der Belegschaften künftig in jedem Betrieb eingeschränkt werden könnten.

Es steht also nicht ungünstig um die Chancen, daß diese Entlassungen zurückgeschlagen und die Wiedereinstellung der beiden Kollegen durchgesetzt werden können. Voraussetzung ist allerdings, daß die Solidaritätsbewegung jetzt nicht abflaut, sondern weitergeführt und verstärkt wird. In diesem Sinne ruft der „Rote Morgen“ erneut alle Leser zur Unterstützung auf. Wendet euch an das Solidaritätskomitee:

Alice Siemon, Barsinghauser Str. 23, 4600 Dortmund 14, Tel.: 0231/236815 (bei dieser Adresse kann auch die zweite und ergänzte Fassung der Dokumentation zu der Entlassung der beiden Hoesch-Betriebsräte bestellt werden; Preis: 2,— DM)

Wenige Wochen vor der Verhandlung in Kassel:

DAG-Chef verteidigt Aussperrung

SAARBRÜCKEN. — Wenige Wochen vor der Bundesarbeitsgerichtsverhandlung in Kassel über die gewerkschaftlichen Klagen gegen die Aussperrung hat sich der Vorsitzende der Deutschen Angestellten Gewerkschaft, Hermann Brandt, offen gegen ein Verbot der Aussperrung ausgesprochen.

Im Saarländischen Rundfunk erklärte der DAG-Chef unter anderem wörtlich: „Ich glaube, daß den Arbeitgebern doch gewisse Kampfmittel erlaubt sein müssen.“ Brandt argumentierte damit genau wie die Vertreter der Unternehmerverbände. Genau wie die Herren Esser, Rodenstock und Konsorten zieht auch er sich auf die durch und durch zynische und verlogene These von der „Waffengleichheit“ zurück. Hinter dieser These verbirgt sich nichts anderes als das Bestreben, das Streikrecht vollends auszuhöhlen und die Gewerkschaften in ihren Existenzgrundlagen anzugreifen.

Daß der DAG-Chef gerade in der jetzigen Situation mit diesen Äußerungen ins Rampenlicht der Öffentlichkeit tritt, ist natürlich kein Zufall. Ausgerechnet jetzt, wo es darauf ankommt gegenüber den Herren in Kassel, aber auch den Politikern in Bonn, den Willen des arbeitenden Volkes nach einem Verbot der Aussperrung machtvoll zum Ausdruck zu bringen, ergreift Brandt Partei für die Unternehmenseite und für die Feinde der Demokratie!

Wieder einmal erweist sich mit aller Schärfe, daß die DAG

eine Spalterorganisation ist, die den gemeinsamen Kampf der Arbeiter und Angestellten verhindern soll.

Die Aussperrungspeitsche richtet sich aber letztlich auch gegen den Großteil der DAG-Mitglieder. Die DAG fällt mit der Verteidigung der Aussperrung nicht nur dem DGB in den Rücken, sondern sie erweist auch ihren eigenen Mitgliedern — insofern es sich um mittlere und kleine Angestellte handelt — einen bösen Dienst.

Diese DAG-Mitglieder müssen sich darüber klar werden, daß ihr Platz nicht an der Seite von Kräften sein kann, die offen mit den Kapitalisten und den Feinden der Gewerkschaftsbewegung an einem Strang ziehen. Diese reaktionäre Kampfansage des Herrn Brandt an die gewerkschaftliche Bewegung für das Verbot der Aussperrung sollte für alle demokratisch gesinnten DAG-Mitglieder den Anstoß dazu geben, mit der DAG zu brechen und sich im DGB zu organisieren. Nur im DGB kann die Gewerkschaftseinheit geschmiedet werden, ohne die auch die Angestellten nicht in der Lage sind, ihre Interessen gegenüber dem Kapital zu verteidigen.



Die Aussperrung muß gesetzlich verboten werden! Für diese konsequente Forderung treten immer mehr Gewerkschafter ein. Unser Foto zeigt Gewerkschafter in Westberlin, die sich zu einer Initiative zusammengeschlossen haben, unter anderem um für das gesetzliche Verbot der Aussperrung Unterschriften zu sammeln.

Siemens sperrt in Spanien aus

Werk auf unbestimmte Zeit geschlossen

BARCELONA. — Die Siemens-Bosse haben das Werk der Siemens-Tochtergesellschaft Siemens S.A. in Cornella bei Barcelona auf unbestimmte Zeit geschlossen. 2100 Beschäftigte wurden ausgesperrt.

Die Arbeiter hatten eine Lohnerhöhung um 14 Prozent gefordert. Mit einem Bummelstreik versuchten sie, ihrer berechtigten Forderung Nachdruck zu verleihen. Die Profit-haie von Siemens reagierten sofort mit großer Brutalität. Sie wollen den Kampf mit dem Aussperrungsknüppel niederschlagen.

Uns deutsche Arbeiter läßt dieses Vorgehen ahnen, was wir mit den deutschen Konzernen künftig noch erleben werden, wenn wir ihnen nicht das Mittel der Aussperrung aus der Hand schlagen.

Die klassenbewußten deutschen Arbeiter in den Siemens-Werken sollten es nicht versäumen, gegenüber den Siemens-Bossen ihren scharfen Protest über die Aussperrung in Cornella zum Ausdruck zu bringen. Gleichzeitig sollten sie den spanischen Kollegen ihre Solidarität aussprechen.

Am 24./25. März verhandelt das Bundesarbeitsgericht über Aussperrung

Auf zur Demonstration in Kassel!

Aussperrung verbieten!

KPD/ML unterstützt Initiative der „Kampagne“

Die DGB-Führung weigert sich, dem Willen der aktiven Gewerkschafter nachzukommen und aus Anlaß der Bundesarbeitsgerichtsverhandlung in Kassel am 24. und 25. März zu Aktionen aufzurufen. Deshalb hat sich die „Kampagne für das Verbot der Aussperrung“ entschlossen, die Sache selber in die Hand zu nehmen. In einem Flugblatt, das im ganzen Bundesgebiet und in Westberlin verbreitet wird, ruft die „Kampagne“ für Samstag, den 22. März, zur Demonstration nach Kassel auf. Motto: „Für ein Verbot der Aussperrung“. Unsere Partei, die KPD/ML, unterstützt diese Initiative der „Kampagne“. Die Kommunisten werden mithelfen, daß möglichst viele Werktätige am 22. März in Kassel der Forderung nach dem Verbot der Aussperrung Nachdruck verleihen. Im folgenden geben wir Auszüge aus dem Flugblatt der „Kampagne“ wieder.

Demonstration

„Für ein Verbot der Aussperrung“

Kassel, Aufstellung um 10.30 Uhr, Philipp-Scheidemann-Haus, Holländische Straße / Ecke Mombachstraße

Demonstriert mit uns für ein Verbot der Aussperrung! Interessierte Kreise hetzen gegen die Gegner der Aussperrung, sie würden mit ihren Aktionen die Justiz unter Druck setzen. Besonders die Kundgebungen des DGB in den letzten Wochen gerieten sofort ins Schußfeld der Unternehmer. Auf der Mitgliederversammlung des Unternehmerverbandes BDA (Bund der deutschen Arbeitgeberverbände oder besser Bund deutscher Aussperrer) wurde sogar mit „Freiheitsbeschränkungen zu Lasten der Gewerkschaften“ gedroht, falls der Kampf gegen die Aussperrung nicht eingestellt würde.

Ein starkes Stück

Wer übt hier eigentlich Druck aus? Die unternehmergesteuerte Pressekampagne der letzten Wochen, die Anzeigenaktion in allen großen Zeitungen, die ein offener Angriff auf das Streikrecht sind — ist das vielleicht kein Druck?

Das ist schon weit mehr — das ist offene Erpressung! Es sind die Unternehmer, die hier ihre wirtschaftliche und politische Macht rücksichtslos ausspielen. Mit Klauen und Zähnen wollen sie ihr Machtmittel Aussperrung verteidigen.

Jetzt gilt es, den Unternehmern in Kassel das Feld nicht zu überlassen. Massenkundgebungen, die den Willen und das Rechtsempfinden der werktätigen Bevölkerung ausdrücken, sind keineswegs eine „Bedrohung der Justiz“. Sie sind das demokratische Recht eines jeden! Dieses Recht dürfen wir uns von den Unternehmern nicht absprechen lassen!

Trotz all unserer Bemühungen hat sich bis jetzt leider keine gewerkschaftliche Organisation dazu bereitgefunden, eine Demonstration oder Kundgebung zur Aussperrungsverhandlung in Kassel durchzuführen. Wir haben uns deshalb entschlossen, die Sache selber in die Hand zu nehmen. Auf zahlreichen gewerkschaftlichen Versammlungen sind Aktionen in Kassel auch bereits gefordert worden. Dies darf nicht einfach unter den Tisch fallen.

Darum: Kommt nach Kassel! Demonstriert mit uns für ein Verbot der Aussperrung.

Klagen der IG Metall abgewiesen

Stahlaussperrung für rechtmäßig erklärt

DÜSSELDORF. — Das Landesarbeitsgericht Düsseldorf hat am Montag vergangener Woche in zwei Urteilen den Aussperrungsterror der Stahlkonzerne vom Winter 1978/79 für rechtmäßig erklärt.

In zwei getrennt vorgebrachten Klagen hatte die IG Metall die Rechtmäßigkeit der Aussperrung von 5000 Beschäftigten der Thyssen Niederrhein AG in Oberhausen sowie von 4500 Beschäftigten der Mannesmann Röhren-Werke AG in Düsseldorf bestritten. Das Gericht jedoch stellte sich auf den Standpunkt der Konzernherren und lehnte die Klagen mit der Begründung ab, die Aussperrung sei ein „korrespondierendes Kampfmittel“ zum Streik.

Für die Arbeitgeber müsse die Möglichkeit bestehen — argumentierte das Gericht zynisch — sich durch eine „Abwehraussperrung“ gegen einen „angreifenden Schwerpunktsstreik“ zur Wehr setzen.

In Wahrheit waren es natürlich die Stahlarbeiter, die gezwungen waren, sich gegenüber den Stahlbaronen zur Wehr zu setzen. Sie wehrten sich gegen Arbeitsplatzvernichtung und

gegen eine immer rücksichtslosere Ausbeutung, die ihnen zunehmend die Gesundheit zerstört. Ihnen ihre einzige Waffe aus der Hand zu schlagen, die Solidarität und das Mittel des Streiks, war der Zweck der Stahlaussperrung, die von einer Handvoll profitgieriger Stahlbosse über mehr als hunderttausend Arbeiter verhängt worden ist.

Zwei Forderungen werden durch diese Urteile untermauert, die in letzter Zeit verstärkt von Zehntausenden von Gewerkschaftern erhoben wurden: Erstens muß die gewerkschaftliche Kampagne für das Verbot der Aussperrung gerade zu dem Zeitpunkt weitergeführt und gesteigert werden, da in Kassel das als reaktionär bekannte Bundesarbeitsgericht über die Aussperrung verhandelt; zweitens muß gleichzeitig für ein gesetzliches Verbot der Aussperrung gekämpft werden.

5,4 Prozent? Kein Angebot, sondern eine Provokation!

Bundesregierung verhöhnt Hunderttausende ÖTV-Kollegen

STUTTGART. — Die erste Verhandlung in der ÖTV-Tarifrunde brachte eine Provokation gegenüber den vielen hunderttausend Arbeitern und unteren Angestellten im öffentlichen Dienst. Während Innenminister Baum zynisch ein lächerliches „Angebot“ von 5,4 Prozent machte, ist die Bonner Regierung gleichzeitig eifrig dabei, die neuerliche hemmungslose Preissteigerungswelle kräftig mit anzuleiten.

Welch ein Hohn! Die Regierung versucht schamlos, die im öffentlichen Dienst hart arbeitenden Werktätigen mit rigorosem Abbau der realen Einkommen auszulündern, sie diffamiert in niederträchtigster Weise die ÖTV-Gewerkschafter wegen ihrer mehr als berechtigten Lohnforderungen als „Parasiten“, als „Schädlinge am Gemeinwohl“. Und diese Regierung nennt sich „sozial“!

Das unverfrorene Auftreten von Innenminister Baum und Konsorten bedurfte von der Gewerkschaftsseite einer glasklaren kämpferischen und äußerst scharfen Reaktion.

Wie aber reagierte der ÖTV-Chef Kluncker? Erstens: Er lobte das Hohnangebot als „durchaus verhandlungsfähig“. Zweitens: Nachdem er noch vor der Verhandlung mit unehrlichen Hintergedanken den „harten Heinz“ gemimt und

wortradikal getönt hat: „Ohne Mindestbetrag Streik“, signalisiert Kluncker bereits zwei Tage später seine Bereitschaft, auf die Mindestforderung völlig zu verzichten!

Kluncker am Wochenende im Hessischen Rundfunk: Statt der Mindestanhebung der unteren Einkommen (gefordert sind 180 Mark, RM) könne man auch über eine „einmalige Abfindung“ reden. Er sehe jetzt „keine Veranlassung, mit Streik zu drohen“.

Das ist charakteristisch für diesem abgefeimten Arbeiterverräter. Ein schmutziges Spiel mit radikalen Phrasen auf der einen und übelster Abwiegelei in kritischen Verhandlungssituationen auf der anderen Seite. Kluncker ist ein Lakai Bonns, der sehr geschickt das niederträchtige Handwerk ausübt, die ÖTV-Gewerkschafter zu betrügen, ihren Kampf zu sabotieren.

Musiklehrer kämpfen Protestkundgebungen und Arbeitsniederlegungen

WUPPERTAL. — Am 3. März kam es in verschiedenen Bundesländern zu Arbeitsniederlegungen der Lehrkräfte an kommunalen Musikschulen. Die Gewerkschaft der Musiklehrer hatte zu Protestkundgebungen während der Arbeitszeit aufgerufen.

Seit drei Jahren weigert sich die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA), mit der Kunstlergewerkschaft Tarifverträge über die Arbeitsbedingungen und die Vergütung für Musiklehrer abzuschließen.

Die geplanten Richtlinien, die die VKA erlassen will, sehen unter anderem eine unentgeltliche Arbeitszeitverlängerung für hauptamtliche Lehrkräfte an den Musikschulen vor!

In Wuppertal versammelten sich vor dem Rathaus Barmen ca. 300 Musiklehrer, um ihrem

Protest gegen das skandalöse Vorgehen der kommunalen Arbeitgeber Ausdruck zu verleihen. Auf Transparenten forderten sie Tarifverträge und soziale Absicherungen. Auch die geplante unentgeltliche Arbeitszeitverlängerung wurde verurteilt. In Stuttgart und Hannover fanden ebenfalls Kundgebungen statt. In Baden-Württemberg wurde an allen kommunalen Musikschulen gestreikt. Auch an verschiedenen Musikschulen in NRW wurde die Arbeit niedergelegt.

Unterstützt die britischen Stahlarbeiter! Streikdelegation aus England

STOCKSBRIDGE/FRANKFURT. — Der Streik der 150 000 britischen Stahlarbeiter, der am 2. Januar begonnen hat, geht weiter. Mit großartiger Standfestigkeit halten die britischen Kollegen trotz aller Unterdrückungsversuche der Regierung und der Stahlbarone die Stellung. Solidarität tut not!

Die westeuropäischen Stahlarbeiter können die brutalen Rationalisierungsfeldzüge, die Stilllegungen, den Lohnabbau und die verschärfte Ausbeutung nur dann zurückschlagen, wenn sie sich gegenseitig unterstützen. In dieser Woche reist zum zweiten Mal eine britische Streikdelegation durch die Bundesrepublik. Geldspenden können der Delegation übergeben oder aber überwiesen werden auf das Konto:

Stocksbridge Joint Union's GP-Fund bei der Midland Bank in Stocksbridge/Sheffield, England; Konto-Nr. 31 020 595.

Die streikenden Stahlarbeiter rechnen damit, daß ihr Kampf weiter andauern wird. Deshalb ist für die nächste Zeit eine weitere Rundreise einer britischen Streikdelegation geplant. Gewerkschafter oder Organisationen, die öffentliche Veranstaltungen mit der Delegation organisieren bzw. solche Veranstaltungen in irgendeiner Weise praktisch unterstützen wollen, sollen sich so schnell wie möglich in Verbindung setzen mit:

Volkhard Mosler, Frankfurt, Tel.: 0611/59 5607.

DGB-Führungen setzen zum tariflichen Tiefflug an.

Jetzt heißt es: Dampf machen!

FRANKFURT. — In allen anderen DGB-Gewerkschaften haben die Führungen die Weichen nach dem schändlichen Beispiel des Vorreiters Eugen Loderer gestellt. Von 8,5 Prozent bis maximal 10 Prozent bewegen sich die Forderungen der Bonzen, von denen man dann natürlich Abstriche zu machen gedenkt.

Die IG Druck fordert 9,5 Prozent, die IG Bau ebenfalls 9,5. Bei Textil und Bekleidung wollen die Bonzen bei einer 9-Prozent-Forderung noch weiter unten landen. Ebenfalls zum tariflichen Tiefflug angesetzt hat die HBV-Führung mit ihrer 8,5-Prozent-Forderung für die Beschäftigten des Bankgewerbes.

Im Baugewerbe fand am 3. März eine erste Verhandlung statt, die jedoch ohne ein konkretes Ergebnis geblieben ist.

Noch ist es möglich, daß die Arbeiterklasse den von den IGM-Bonzen eröffneten Reigen des Ausverkaufs der Arbeiter-

interessen aufsprengt. Allerdings reichen dazu Protestentscheidungen der Kollegen allein noch nicht aus. Was dazu kommen muß das ist eine möglichst breite und intensive Bewegung von unten nach dem Muster der schwäbischen (vor allem der Reutlinger) Metaller.

Die Gewerkschafter müssen an den Verhandlungsschauplätzen selbst in Aktion treten und ihre Kampfkraft demonstrieren. Und darüber hinaus müßten direkte Kampfaktionen am Arbeitsplatz, Arbeitsniederlegungen usw., von unten her organisiert werden.

IG-Chemie-Jugendkongreß gegen Schandvertrag Ausbeutungsvertrag annullieren!

Die Arbeiterverräter um Hauenschild in der IG-Chemie-Führung erhielten vom 11. Bundesjugendkongreß dieser Gewerkschaft nicht nur wegen der Maßregelung des oppositionellen Vorstandsmitglieds Plumeyer eine Ohrfeige. Auch in der Jugendtarifpolitik rebellierte der Kongreß gegen den extrem arbeiterfeindlichen Kurs von Hauenschild und Konsorten.

Gegen den Widerstand der Hauptvorstandsvertreter faßte der Kongreß den Beschluß, daß der schändliche Tarifvertrag für Jugendliche ohne Hauptschulabschluß in der chemischen Industrie von der IG Chemie zum 31. Dezember ersatzlos gekündigt werden soll. Dieser Tarifvertrag beinhaltet, daß die Unternehmer Jugendliche ohne Hauptschulabschluß als Hilfsarbeiter für einen Hungerlohn von 90 Prozent der untersten Stufe der Ausbildungsvergütung beschäftigen können! Das entspricht etwa der Hälfte der niedrigsten Lohngruppe! Zudem ist durch den Tarifvertrag noch nicht einmal abgesichert, daß die Unternehmer den betroffenen Jugendlichen später einen Ausbildungsplatz geben

müssen. Daß ein solcher Tarifvertrag überhaupt zustandekommen konnte, zeugt von der Arbeiterfeindlichkeit führender Bonzen in der IG Chemie. Gleichzeitig ist eine derart gewerkschaftsfeindliche Tarifpolitik überhaupt nur möglich, indem die Bonzen rücksichtslos die innergewerkschaftliche Demokratie unterdrücken.

Der haarsträubende Schandvertrag war seinerzeit ohne jede Diskussion und Mitsprachemöglichkeit seitens der IG-Chemie-Jugend zustandegekommen.

Jetzt gilt es, dafür zu sorgen, daß der Beschluß des Jugendkongresses auch durchgeführt wird.

Bremer Vulkan-Werft: Solidarität siegte Ein Kollege abgruppiert — 400 streikten!

BREMEN. — Einer für alle — alle für einen! Die Abgruppierung eines türkischen Kollegen nahmen die Werftarbeiter beim Bremer Vulkan nicht hin. Insgesamt 400 Kollegen traten in einen mehrtägigen Streik. Nach vier Tagen sahen die Werftbosse sich gezwungen, nachzugeben.

Der türkische Kollege war nach einem Unfall noch nicht wieder ganz auf der Höhe. Eine in letzter Zeit immer häufiger geäußerte zynische Drohung machten die Arbeiterschinder nun bei diesem Kollegen wahr:

„Wenn du noch mal krank wirst, wirst du runtergruppiert“.

Haben die Bosse geglaubt, bei einem ausländischen Arbeiter ein Exempel statuieren zu können, ohne dabei auf die Solidarität der Belegschaft zu stoßen?

Die schmutzige Rechnung ging nicht auf! 120 wachsame Schiffbauer auf dem Helgen erkannten, daß hier der Schlag gegen einen hinterhältig gegen alle zielte. Sie legten am 21. Februar nach der Mittagspause spontan die Arbeit nieder.

Am nächsten Mittag reihten sich auch die Kollegen aus der großen Schiffbauhalle in die Streikfront ein. Am Montag darauf waren es bereits 400 Mann, die die Brocken nicht mehr anpackten.

Dienstagfrüh mußte die Geschäftsleitung klein beigeben. Schriftlich erklärte sie gegenüber dem Betriebsrat, daß die Lohnänderungskündigung gegen den türkischen Kollegen zurückgenommen ist, und daß keine Maßregelungen gegen Streikende ergriffen werden.

Die Arbeiter beim Bremer Vulkan haben mittlerweile bereits einige Kampferfahrung gegen Angriffe auf ihre Löhne und Arbeitsbedingungen gesammelt. Mehrfach kam es in den letzten drei Jahren auf der Werft zu ähnlichen Arbeitsniederlegungen.

Der Gewerkschaftskommentar

Die Lohnrunde 1980 ist noch nicht beendet. Alle großen und wichtigen Gewerkschaften außer der IG Metall stehen noch vor dem Beginn bzw. in der Anfangsphase der Lohnverhandlungen. Da jedoch mit dem Metall- und Stahlabschluß eine wichtige Schlacht bereits geschlagen ist, halten wir eine Zwischenbilanz für angebracht.

Diese erste große Etappe in der diesjährigen Lohnrunde kann vom Standpunkt der Gewerkschaften beim besten Willen nicht als erfolgreich gewertet werden. Mit dem 6,8-Prozent-Abschluß wurde nicht einmal die reale Inflationsrate des Vorjahres eingeholt. Somit haben die IGM-Führer den Konzernherren jetzt endgültig den Teuerungsantrieb bzw. Nachschlag geschenkt.

Dabei zeichnet sich doch schon heute deutlich ab, daß in diesem Jahr die Preise noch hemmungsloser und unverschämter in die Höhe getrieben werden als im vergangenen!

Erfahrungen der Lohnrunde

In der Metall- und Stahlindustrie sind also dank des schamlosen Verrates der IGM-Führung die Tresore fürs erste einmal zugeschnappt, in denen die Milliarden an Zusatzgewinnen aus der letztjährigen Preistreibe bereits verschwunden sind und in denen im Lauf dieses Jahres weitere Milliarden aus solcherart den Werktätigen gestohlenen Einkommen verschwinden werden. Unweigerliche Folge: sinkender Lebensstandard bei den Familien der Arbeiter und unteren Angestellten!

Aber langsam! Noch ist das letzte Wort in dieser Lohnrunde noch nicht gesprochen! Zugegeben, die Metaller wurden verschaukelt, obwohl es in dieser Lohnrunde im gewerkschaftlichen Funktionärskörper eine so starke Opposition gegen den absehbaren Verrat der Gewerkschaftsführung gegeben hat wie noch nie zuvor. Mancher mag daraus folgern: „Es nützt eben alles nichts; gegen die Bonzen kommen wir am Ende doch nicht an.“ Aber wem nützt eine solch resignierende Haltung?

Wir müssen die Frage so stellen: Wo hat es bei den Metallern dieses Mal noch gefehlt? Was muß getan, geändert werden, damit die Interessen der Arbeiterklasse auch gegen den Willen der Vetter und Loderer erfolgreich verteidigt werden können?

Wir Kommunisten sehen da in erster Linie zwei Probleme. Erstens: Viele oppositionelle Gewerkschafter haben zu wenig Gewicht darauf gelegt, nicht nur in den gewerkschaftlichen Gremien richtige Forderungen zu vertreten, sondern auch selbständig breite Mitgliedermassen anzusprechen und zu mobilisieren (bis hin zur Vorbereitung von selbständigen Kampfaktionen der Belegschaften als da sind: Kundgebungen, Warnstreiks usw.).

Zweifelloso ist es ein riesiger Fortschritt, daß gerade im vergangenen Jahr die oppositionelle Bewegung auch innerhalb der gewerkschaftlichen Funktionärskörper und -gremien sprunghaft angewachsen ist. Aber wie das Beispiel Hessen zeigt, scheuen die Bonzen auch nicht davor zurück, notfalls die Beschlüsse von Tarifkommissionen vom Tisch zu wischen, um die Durchsetzung der Arbeiterinteressen zu blockieren. Deshalb bleiben die oppositionellen Gewerkschafter gegenüber den Bonzen so lange relativ machtlos, solange sie sich nicht bewußt und systematisch auf die breiten Mitgliedermassen, auf die Kollegen stützen.

Zweitens: Die genannte Schwäche der oppositionellen Bewegung hängt eng mit einem zweiten Mangel zusammen: mit ihrem weitgehend nur spontanen Charakter, ihrem unorganisierten, zersplitterten Zustand. Wäre das Handeln der aktiven oppositionellen Gewerkschafter einheitlicher, zielgerichteter und besser koordiniert, dann wäre es einer Handvoll arbeiterfeindlicher Bonzen nicht mehr so ohne weiteres möglich, der großen Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder diktatorisch ihren Willen aufzuzwingen.

Wir verhehlen nicht, daß das oben Gesagte praktisch darauf hinausläuft, den Kampf im Sinne der RGO, der Revolutionären Gewerkschaftsopposition, zu organisieren. Man muß sich einmal fragen: Warum arbeiten denn die Kapitalisten und die DGB-Bonzen so eng zusammen, wenn es um die Bekämpfung und Unterdrückung der RGO geht? Die Entlassung der RGO-Betriebsräte bei Hoesch in Dortmund ist ja nur das jüngste Beispiel hierfür!

Natürlich sind wir uns darüber klar, daß die teilweise starken Vorbehalte gegenüber der RGO, die es heute noch bei vielen klassenkämpferischen Gewerkschaftern gibt, nicht innerhalb von wenigen Monaten ausgeräumt werden können.

Was aber heute, morgen, was noch im Verlauf der Lohnrunde 1980 geschehen kann: alle Kollegen sollten über die Schwächen, die den Verrat der IGM-Führung in dieser Tarifrunde begünstigt haben, nachdenken und sich für eine Stärkung der oppositionellen, klassenkämpferischen Bewegung in den Gewerkschaften einsetzen. Dazu gehört nicht zuletzt, daß die oppositionellen Kräfte und Gruppierungen mehr als bisher solidarisch zusammenarbeiten, daß alle oppositionellen Gewerkschafter sich enger zusammenschließen, ungeachtet bestehender Meinungsverschiedenheiten.



Demonstration der VOLKSFREONT gegen Strauß

Wer Strauß stoppen will, kann nicht Schmidt unterstützen

Die Kanzlerkandidatur des Franz Josef Strauß hat die demokratischen und antifaschistischen Kräfte in unserem Land nachhaltig mobilisiert. Die Mas-

Es hat sich eine starke und zugleich auch außerordentlich breite Bewegung gegen den Machtanspruch des CSU-Chefs herausgebildet. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Tatsache, daß diese Bewegung immer tiefer in die Gewerkschaften hineinreicht — trotz aller Bemühungen der DGB-Führer um H. O. Vetter, die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten auf ein Stillhalten gegenüber Strauß zu verpflichten.

Warum ist Strauß bei der Mehrheit der Werktätigen verhaßter als irgendein anderer bürgerlicher Politiker? Warum wird der Kreis der Menschen, die aktiv gegen seinen Machtanspruch kämpfen, immer größer? Die Antwort darauf liegt im Programm des Kandidaten selbst begründet, das von breiten Schichten der Werktätigen als ein Programm des rückwärtigen Besitzstands auf ihren sozialen Besitzstand und ihre demokratischen Rechte verstanden wird. Zudem wird von vielen auch erkannt, daß die Durchführung dieses Programms die Kriegsgefahr weiter verschärfen würde.

Wenn sich also die Werktätigen gegen Strauß wehren, dann verteidigen sie damit ihre grundlegenden Interessen gegen eine Politik, die eben diese Interessen in allen Bereichen frontal angreift. Es liegt auf der Hand, daß ein solcher Kampf nur dann erfolgreich sein kann, wenn er einheitlich geführt wird. Jede einzelne politische Kraft in der Bewegung gegen Strauß muß also daran gemessen werden, ob sie wirklich und vorbehaltlos die Interessen der Werktätigen verteidigt und davon ausgehend auch die Einheit der Bewegung gegen Strauß weiter vertiefen kann.

Wahlhelfer für die SPD

Unter diesem Gesichtspunkt wollen wir uns im folgenden mit der Aktion „Freiheit statt Strauß“ auseinandersetzen, die von dem Heidelberger Grafiker Klaus Staack ins Leben gerufen wurde. In ihrem Aufruf heißt es: „Freiheit statt Strauß“ ist die Antwort auf die unter Strauß entwickelte Parole „Freiheit oder Sozialismus“. Tatsächlich bedeutet ein Wahlsieg von

Strauß, der sich selbst als Programm der Unionsparteien bezeichnen läßt, die Veränderung unserer Demokratie und eine Gefahr für mühsam erkämpfte Freiheits- und Bürgerrechte.“

Der Aufruf stellt einige Punkte des reaktionären Programms der Strauß-Partei heraus und fordert zum Widerstand dagegen auf. Soweit, so gut. Welche konkrete Stoßrichtung die Aktion „Freiheit statt Strauß“ verfolgt, geht zwar aus dem Aufruf nicht unmittelbar hervor. In einem Begleitschreiben von Staack jedoch heißt es unmißverständlich: „Die Initiative versteht sich nicht als ein Jubelverein für die Regierung... Unsere Hoffnungen liegen daher trotz mancher Enttäuschungen und bei aller Kritik in Einzelfragen bei der SPD, die wir in diesem Wahlkampf aktiv unterstützen wollen.“

Eine Anti-Strauß-Initiative also, die zugleich als Wahlhelfer für die SPD auftritt, deren Aktivitäten zudem offenbar darauf berechnet sind, gerade solche Rechen auf eine Stimmabgabe für die SPD zu orientieren, die aus guten Gründen von der Regierungspolitik dieser Partei enttäuscht sind. Wir meinen — um es vorweg zu sagen — daß eine solche Orientierung auf die SPD nicht dazu beiträgt, die oben angesprochene notwendige Einheit im Kampf gegen Strauß zu fördern.

Wohlgemerkt — das hat nichts mit einer unterschiedslosen Gleichstellung von SPD und Strauß-Partei zu tun. Gegen eine solche falsche Gleichsetzung sind wir stets aufgetreten und haben herausgestellt, daß Strauß der „starke Mann“ der reaktionärsten und aggressivsten Kräfte des Finanzkapitals ist, die zunehmend auf einen Kurs der terroristischen Unterdrückung der Arbeiterbewegung im Innern und eine aggressive Expansionspolitik nach außen drängen.

Die Frage, die sich im Zusammenhang mit der Staack-Initiative stellt, ist die, ob eine wie auch immer geartete Unterstützung der SPD das Mittel ist, um Strauß zu stoppen. Wobei es — um das noch einmal zu sagen — nicht um die Person des CSU-Chefs, sondern um das von ihm vertretene

senproteste, von denen nahezu alle öffentlichen Auftritte des Kandidaten begleitet sind, stellen nur das sichtbare Zeichen dafür dar.

Programme, letztlich also um das Zurückschlagen eines massiven Angriffs der reaktionärsten Elemente der herrschenden Klasse geht.

Die SPD-Politik ist gegen die Werktätigen gerichtet

Sehen wir uns den Staack-Aufruf im Einzelnen an. Da ist zum Beispiel die Rede davon, daß ein Kanzler Strauß die „weitere Demokratisierung der Wirtschaft“ verhindern würde. Ein anderer Angriffspunkt seiner Politik wäre die „gerechte Besteuerung“. Oder: „Die Fortsetzung der Friedens- und Entspannungspolitik wird unter einem Kanzler Strauß nicht möglich sein, von Abrüstungspolitik ganz zu schweigen.“

Solche Zitate ließen sich noch viele finden. Und sie wollen ja den gegenwärtigen Zustand der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik beschreiben. Aber was die Initiatoren von „Freiheit statt Strauß“ hier anführen, widerspricht vollständig den Realitäten in unserem Land und somit auch den Erfahrungen der Werktätigen. Die angebliche Demokratisierung der Wirtschaft etwa — das wird jeder

Arbeiter angesichts von Lohnraub und Massenentlassungen, von Aussperrung und Rationalisierung zu Recht als Hohn empfinden. Genauso verhält es sich mit der „gerechten Besteuerung“. Und es gehört schon eine gehörige Portion Unverfrorenheit dazu, die Hochrüstung der Bundesrepublik zur drittstärksten Militärmacht der Welt, die von Schmidt gegen alle Widerstände durchgepeitschte Atomraketenpolitik und ähnliches ausgerechnet als Friedens- und Abrüstungspolitik zu feiern.

Klaus Staack und seine Freunde zeigen in ihrem Aufruf selbst, welche Konsequenz die Orientierung auf die SPD im Kampf gegen Strauß notwendig haben muß. Diese Politik läuft auf eine weitgehende Beschönigung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse hinaus. Und was das Entscheidende ist: Die Werktätigen werden faktisch dazu aufgerufen, diese Verhältnisse und nicht ihre grundlegenden Interessen gegen Strauß zu verteidigen. In der Hoffnung, Strauß damit zu verhindern, sollen sie trotz aller „Enttäuschung“ und „Kritik“ die Politik der SPD-Regierung als angeblich kleineres Übel schlucken.

Doch diese Hoffnung ist mehr als trügerisch. Und wer

sie verbreitet, ist blind oder stellt sich blind gegenüber der Realität des Klassenkampfes in unserem Land. Der Staack-Aufruf spricht an einigen Stellen von dem „großen Geld“, das hinter Strauß und seiner Partei stecke. Wenn man diese Formulierung einmal frei mit Monopolkapital übersetzt, so ist das durchaus eine richtige Feststellung. Was der Aufruf jedoch „übersieht“, ist die Tatsache, daß dieses große Geld auch hinter der SPD steckt, daß auch diese Partei und die von ihr getragene Regierung eine Politik im Interesse des Monopolkapitals durchführen.

Gemeinsames Klasseninteresse

Bei allen Unterschieden zwischen dieser Partei und der Union (wir haben das im RM 7/80 ausführlich dargestellt), gibt es insofern zwischen beiden Parteien keine chinesische Mauer. So wie die SPD vor 1933 in jeder Hinsicht dem Faschismus den Weg gebahnt hat, so haben auch heute die zehn Jahre der sozialdemokratisch geführten Koalitionsregierung die demokratischen Rechte der Werktätigen weiter beschnitten, den sozialen Besitzstand abgebaut, den Aufbau von Polizei und Bundeswehr vorangetrieben usw. Kurzum, die SPD hat — nicht zuletzt mit ihrer Zustimmung zu den Notstandsgesetzen — eifrig daran gearbeitet, das Instrumentarium zu schaffen, mit dem ein Strauß sein weitgehend reaktionäres Programm durchsetzen könnte.

Bei allen Unterschieden in den Strukturen ihrer Parteien, bei allen Unterschieden in den von ihnen angewandten Methoden zur Sicherung der Herrschaft der Bourgeoisie verbindet die SPD-Führer auf der einen und die Strauß-Mannschaft auf der anderen Seite eben ein gemeinsames Klasseninteresse. Von der Verabschiedung der Notstandsgesetze bis zur Frage der Atomraketen ist dieses gemeinsame, auf die Sicherung und Stärkung der Macht des Monopolkapitals gerichtete Interesse immer wieder zum Ausdruck gekommen. Und kann uns ein Klaus Staack garantieren, daß sich die Schmidt und Strauß nicht wieder einmal in einer Großen Koalition zusammenfinden — dann nämlich, wenn die unausbleibliche Verschärfung des Klassenkampfes die Macht des Monopolkapitals gefährdet?

Die Orientierung auf die SPD im Kampf gegen Strauß ist also die Orientierung auf eine bestimmte Form der bürgerlichen Politik — einer Politik, die den Interessen der Werktätigen vollständig entgegengesetzt ist. Insofern ist diese Orientierung auch ein Versuch, die Werktätigen zur Passivität anzuhalten, den notwendigen Kampf um die Verteidigung und den Abbau ihrer Positionen gegenüber jeder Form der bürgerlichen Politik zu lähmen.

Strauß kann nur durch Entfaltung des Klassenkampfes gestoppt werden

Staack und seine Freunde wenden sich mit ihrem Aufruf insbesondere an die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft. Tatsächlich ist das Proletariat im Bündnis mit den übrigen werktätigen Schichten die alles entscheidende Kraft gegen den Vorstoß der reaktio-

närsten Kräfte des Finanzkapitals, wie er in der Kanzlerkandidatur eines Strauß zum Ausdruck kommt. Die zur Zurück-schlagung dieses Vorstoßes notwendige Kraft jedoch kann das Proletariat nur im Kampf für seine Interessen, nicht aber durch Stillhalten gegenüber den von der SPD-Regierung ausgehenden Angriffen gewinnen.

Im Kampf gegen Strauß ist es notwendig, positive Ziele zu formulieren und heute mit aller Kraft daranzugehen, sie durchzusetzen. Solche Ziele müssen nicht ausgedacht werden. Es sind eben die Forderungen, für die seit geraumer Zeit der Kampf gegen die Bourgeoisie und ihre gegenwärtige Regierung geführt wird — vom Verbot der Aussperrung bis zur ersatzlosen Abschaffung der Berufsverbote.

In solchen Kämpfen für ihre grundlegenden Interessen entwickeln die werktätigen Massen nicht nur ihre Stärke. Auf dieser Grundlage kann auch die Einheit über alle Grenzen der Weltanschauung oder der Parteizugehörigkeit hinweg weiter gefestigt werden. Und ein solches gemeinsames Handeln ist angesichts der von Strauß ausgehenden Bedrohung notwendiger denn je. Die von Klaus Staack und seinen Freunden vorgetragene Orientierung auf die SPD dagegen wirkt unmittelbar spalterisch. Sie macht faktisch die Unterstützung einer bestimmten Partei — dazu noch einer bürgerlichen — zur Vorbedingung eines gemeinsamen Handelns.

Der notwendige Zusammenschluß gegen Strauß kann also nur von einer Position aus erfolgen, die sich bedingungslos für die Interessen der Werktätigen einsetzt. Und natürlich ist das nicht nur eine Frage des kommenden Bundestagswahlkampfes, sondern eine grundlegende Aufgabe des Klassenkampfes in dem Krisenjahrzehnt, an dessen Anfang wir heute stehen. Wir Kommunisten arbeiten mit all unseren Kräften auf einen solchen Zusammenschluß hin, wobei wir natürlich gerade jetzt der gemeinsamen Abwehr der von Strauß und seinen Hintermännern ausgehenden Bedrohung größte Bedeutung zumessen.

Obwohl wir im Gegensatz zu anderen politischen Kräften weder mit Unvereinbarkeitsbeschlüssen operieren, noch von jedem, der mit uns in den Kampf eintritt, ein Bekenntnis zu unserer Partei verlangen, lassen wir es uns selbstverständlich nicht nehmen, in diesem Kampf für unsere Ziele zu werben und die werktätigen Massen anhand ihrer eigenen Erfahrung von der Notwendigkeit der proletarischen Revolution zu überzeugen.

Zudem hat die Geschichte der Klassenkämpfe in unserem Land — und nicht zuletzt die Machtergreifung des Faschismus 1933 — in aller Eindringlichkeit gezeigt, daß der Zusammenschluß der Werktätigen im Kampf für ihre Interessen auch einen organisierten Charakter haben muß. Deshalb unterstützt die KPD/ML den Aufbau der VOLKSFREONT, die schon heute den organisierten Kern eines Zusammenschlusses aller Werktätigen über die Grenzen der politischen Anschauungen hinweg darstellt. Konkret für die Bundestagswahl im Oktober bedeutet das: Von allen Organisationen, die sich zur Wahl stellen, vertritt allein die VOLKSFREONT in ihrem Programm und in ihrem Handeln die grundlegenden Interessen der werktätigen Massen. Von daher ist sie auch im Wahlkampf die einzige wirkliche Alternative gegen Strauß.

MAILART EXHIBITION



FREIHEIT STATT STRAUSS

-Postkarte der Staack-Initiative

Von Goebbels zu Strauß

„Aktivpropaganda“ gegen Juden und Kommunisten

Nazi-Hetzer im Dienst von Strauß

Franz Josef Strauß, Kanzlerkandidat der Unionsparteien, spricht die Sprache der Mörder von gestern. Mehrmals hat er sich in der letzten Zeit ausdrücklich zu seinen hetzerischen Anwürfen gegen den Schriftsteller Bernt Engelmann bekannt.

So sagte er etwa in einem Interview mit der „Zeit“ vom 29. Februar über eine Pressekonferenz, die Engelmann vor zwei Jahren in München durchführte: „Engelmann hat dort das große Wort geführt. Und auf die Frage, ob ich prozessiere, habe ich gesagt: Nein. Warum nicht? Weil ich nicht mit ‚Ratten und Schmeißfliegen‘ einen Prozeß führe. Das hat nichts mit Unbesonnenheit zu tun, ich kann ganz eiskalt austreten.“

Ganz eiskalt also hat er einen demokratischen Schriftsteller zu einem vernichtenden Ungeziefer erklärt. Und in allen Äußerungen des Kandidaten kommt auch zum Ausdruck, warum er gerade Engelmann mit einem solchen mörderischen Haß verfolgt: Weil der nämlich immer wieder dem CSU-Chef die demokratische Maske heruntergerissen und gezeigt hat, daß der Strauß von heute sich in nichts von dem Strauß der vierziger Jahre, dem Nazi-Offizier für wehrgeistige Führung unterscheidet.

Und bei einer solchen ungeborenen Entwicklung ist es nicht verwunderlich, daß sich der Kandidat im Verlauf seines Aufstiegs zum Führer der Unionsparteien mit faschistischen Verbrechern umgeben hat. Einer davon war Eberhard Taubert, eine Figur, die vor allem im Zusammenhang mit der „Ratten-und-Schmeißfliegen“-Hetze bezeichnenden Aufschluß über den Geist gibt, der innerhalb der Strauß-Mannschaft vorherrscht.

Dieser Taubert war Referatsleiter in Goebbels Propaganda-Ministerium — zuständig für „Aktivpropaganda“ ge-

gen Juden und Kommunisten. Ab 1938 bekleidete er zudem das Amt eines „ehrenamtlichen Richters“ am berüchtigten „Volksgerichtshof“ und war an mehreren Todesurteilen gegen deutsche und ausländische Antifaschisten beteiligt. Taubert äußerte sich zu dieser Tätigkeit folgendermaßen: „Ich bin von der Gründung des Propagandaministeriums an für die propagandistische Bekämpfung des Kommunismus zuständig gewesen... Es bestand die Gefahr, daß man mit diesem im Dunklen kämpfenden Gegner die Tüchtführung verlor, seine Mentalität verkannte und mit psychologisch falschen Argumenten arbeitete. Das Propagandaministerium beorderte mich deshalb zum Beisitzer in Hoch- und Landesverratsprozessen, damit ich dem Gegner Auge in Auge gegenüberstand und mit seiner Mentalität vertraut blieb.“

Taubert muß wohl zur vollsten Zufriedenheit des Herrn Goebbels gearbeitet haben. Denn er machte sehr schnell Karriere und wurde 1942 mit der Leitung des neugebildeten Generalreferats „Ostraum“ betraut. In dieser Funktion kommandierte er 450 Beamte des gehobenen und höheren Dienstes. Und ihre Aufgabe war nichts anderes als die psychologische Vorbereitung des deutschen Volkes auf die millionenfache Ermordung von Juden, Russen oder Polen durch die faschistische Vernichtungsmaschinerie.

Ein typisches Produkt von Taubert und seinen Mitarbeitern war beispielsweise der Hetzfilm „Der ewige Jude“. Er zeigte in Parallelmontagen Bil-

der von Juden aus den Ghettos Osteuropas und von Ratten. Und dazu hörte man den von Taubert selbst geschriebenen Text: „Sie sind hinterlistig, feige und grausam. Sie stellen unter den Tieren das Element der heimtückischen, unterirdischen Zerstörung dar, nichts anderes als die Juden unter den Menschen.“

Nur fünf Jahre nach der Zerschlagung des Hitler-Faschismus wurden die Dienste des Mordhetzers Taubert wieder gebraucht. Mit Geldern aus dem Bonner Ministerium für gesamtdeutsche Fragen baute er einen „Volksbund für Frieden und Freiheit“ auf, eine Zentrale für antikommunistische „Aktivpropaganda“. Als der „Spiegel“ 1955 Tauberts Vergangenheit bekanntmachte, ließ man ihn zwar öffentlich fallen. Tat-

sächlich jedoch fand der Goebbels-Mann sofort einen neuen Gönner — Franz Josef Strauß. Taubert wurde Mitarbeiter des damaligen Kriegsministers für Fragen der psychologischen Kriegsführung. Und er stand noch bis in die siebziger Jahre hinein zusammen mit anderen früheren Goebbels-Leuten der Strauß-Partei als Mitarbeiter bei Wahlkämpfen zur Verfügung. (Auch der damalige Regisseur des faschistischen Hetzfilms „Der ewige Jude“ ist übrigens heute noch einschlägig aktiv. Fritz Hippler machte erst kürzlich noch in der Springer-Presse Propaganda für den Olympia-Boykott).

Noch ein Nachtrag in Sachen Taubert/Strauß: Die Magazin-Sendung „Kennzeichen D“ wollte im Zusammenhang mit der Straußschen „Ratten-und-Schmeißfliegen“-Hetze einen Ausschnitt aus dem „Ewigen Juden“ zeigen, wohl in der Absicht, die Quellen dieser Hetze aufzuzeigen. Am vergangenen Mittwoch konnte man in der Programm-Ankündigung für das Magazin eine kurze Szene aus dem Film sehen. Als „Kennzeichen D“ jedoch am Donnerstag ausgestrahlt wurde, fehlte der Ausschnitt. Das ZDF hatte ihn abgesetzt — auf „dringenden Wunsch“ des Intendanten.



Günter Wallraff auf der Pressekonferenz in Bonn

„Bild“-Abhöraffaire

Der BND machte es möglich

Wallraff legt Beweise vor

BONN.— Auf einer Pressekonferenz am 4. März hat der Schriftsteller Günter Wallraff weitere Beweise für die Zusammenarbeit von „Bild“ und westdeutschen Geheimdiensten geliefert. Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes hatten es im November 1976 der Kölner „Bild“-Redaktion ermöglicht, zwei Tage lang Wallraffs Telefon abzuhören. — Auf der Pressekonferenz stellte Wallraff gleichzeitig eine von ihm ins Leben gerufene bundesweite Aktion gegen „Bild“ vor.

Den Lauschangriff der Kölner „Bild“-Redaktion hatte Wallraff bereits in seinem Ende letzten Jahres erschienenen Buch „Zeugen der Anklage“ enthüllt. In dem Buch zitierte er eine eidesstattliche Erklärung, die ein ehemaliger „Bild“-Redakteur gegeben hatte: „Am 18. November war ich Zeuge, wie über den nicht im Telefonbuch verzeichneten Telefonanschluß (...) in der Kölner „Bild“-Redaktion eine Abhörschaltung an den Privatananschluß des Schriftstellers Günter Wallraff hergestellt wurde. Dabei wurden ein- und ausgehende Telefongespräche des Privatananschlusses von Herrn Wallraff über Tischlautsprecher mitgehört und auf Tonband aufgenommen. Dies geschah im Beisein von sechs Redakteuren und einem Fotografen.“

Schon damals mutmaßte Wallraff, daß der ungeheuerliche Abhörfall die „Handschrift des BND“ trug. In „Zeugen der Anklage“ schrieb er: „Telefondrähte kurzschalten — das jedenfalls war bisher nicht die Handschrift der „Bild“-Täter. Wohl werden da mal Türen eingetreten. Wohl werden da kleine korrupte Beamte oder einflußreiche Politiker in Kauf genommen. Aber selbst mit Zange und Lötkolben hergehen?“ — Nun hat Wallraff Beweise.

Auf der Bonner Pressekonferenz gab Wallraff an, daß es drei BND-Mitarbeiter gewesen seien, die die technischen Voraussetzungen für den Lauschangriff geschaffen hätten. Es gebe Zeugen, die hierüber Bescheid wüßten und die demnächst aussagen würden.

Das Bundespresseamt weigerte sich wie schon im letzten Jahr, zu den Anschuldigungen Stellung zu nehmen. Der BND untersteht direkt dem Kanzleramt. Auf Anfragen von Journalisten erklärte das Bundespresseamt lediglich, Wallraff werde diese Vorwürfe zu belegen haben, erst dann werde

sich zeigen, ob dazu etwas zu sagen sei. — Was soll denn erst noch belegt werden?! Die Tatsache der Zusammenarbeit der westdeutschen Geheimdienste mit dem reaktionären Lügenblatt „Bild“, das in einer Auflage von mehr als fünf Millionen Exemplaren herauskommt, ist so ungeschwiebig und bedrohlich, daß sich die Verantwortlichen nicht mehr länger um eine Stellungnahme herumdrücken können. Es müssen Konsequenzen folgen!

Wallraff berichtete auf der Pressekonferenz weiter, daß jetzt zwei weitere Zeugen aus der „Bild“-Redaktion die Abhöraktion bestätigt hätten. Einer der Redakteure, ein CSU-Mitglied (!), sei dabei zweimal von mehreren Männern brutal mißhandelt worden, offenbar um ihn von einer belastenden Aussage abzuhalten. — Die Abhöraktion wird gegenwärtig von der Kölner Staatsanwaltschaft untersucht. Der Prozeß wird nach Angaben Wallraffs in den nächsten zwei Monaten beginnen.

Auf der Pressekonferenz stellte Wallraff gleichzeitig eine soeben bundesweit angelaufene Plakataktion gegen „Bild“ vor. Gleichzeitig wurde den Journalisten die erste Ausgabe einer „Lügenblatt-Zeitung“ mit dem doppelstimmigen Namen „Killt“ übergeben, die Auszüge aus den beiden Büchern Wallraffs über die „Bild“-Praktiken enthält. Die Zeitung soll in Zukunft in unregelmäßigen Abständen weitere Fälschungen des Blattes enthüllen. Ziel der Kampagne ist es, den Einfluß und die Auflage des Lügenblattes aus dem Hause Springer zurückzudrängen.

Auf der Pressekonferenz stellte der Berliner Politikwissenschaftler Professor Fritz Vilmar auch einen „offenen Brief wider das journalistische Rowdium“ vor, der bereits von zahlreichen Wissenschaftlern, Politikern, Journalisten und Schriftstellern unterzeichnet worden ist.

Der ewige Jude

Ein Dokumentarfilm über das Weltjudentum

Nach einer Idee von Dr. E. Taubert

Gestaltung: Fritz Hippler · Musik: Franz F. Friedl · Kamera: A. Endreyer · A. Hafner · R. Hartmann · F. C. Heene · H. Kluch · E. Stoll · H. Winterfeld · Schnitt: Hans-Dieter Schüller · Albert Baummeister

Regie: Fritz Hippler

Deutsche Filmherstellungs- und Verwertungs-Gesellschaft m. b. H.



Programmblatt des Taubertfilms „Der ewige Jude“ aus dem Jahr 1940

3. Delegiertenkonferenz der RHD

Erfolge bei der Organisation der Solidarität

Eine Viertel Million Mark für Unterstützung ausgezahlt

DORTMUND.— Am 2. und 3. März führte die Rote Hilfe Deutschlands ihre 3. Ordentliche Delegiertenkonferenz durch. Die Delegierten konnten dabei auf große Erfolge bei

Vor allem kommt das in den beachtlichen Summen zum Ausdruck, die von der RHD für Unterstützungen ausgezahlt werden konnten. Wie Jürgen Janz, der Vorsitzende der RHD, dem „Roten Morgen“ mitteilte, beläuft sich diese Summe für die Jahre 1978 und 1979 auf insgesamt 251 000 Mark. In diesem Zeitraum hat die Rote Hilfe Deutschlands 213 500 Mark eingenommen; der Differenzbetrag ist aus den Rücklagen der Organisation entnommen worden.

In den hier angeführten Zahlen spiegelt sich die erfolgreiche Solidaritätsarbeit der Mitglieder und Kassierer der RHD wieder. Diese Zahlen sind jedoch nicht nur ein beachtlicher Ausdruck der Bedeutung der Roten Hilfe Deutschlands im Kampf gegen die politische Unterdrückung. Sie sind zugleich auch eine Anklage gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse in unserem Land, gegen den Bonner Staat, der Tausende von Demokraten und Antifaschisten mit Berufsverboten, Geld- und Haftstrafen usw. überzieht.

Für das Jahr 1979 gab uns Jürgen Janz die folgende Aufschlüsselung der ausgezahlten Unterstützung:

Politische Entlassungen/Berufsverbote	19 600 Mark
Presseprozesse	32 600 Mark
Prozesse gegen Antifaschisten	15 600 Mark
Routhier-Folgeprozesse	10 700 Mark
Demonstrationsprozesse	43 400 Mark
Hafthilfe	1 100 Mark
Sonstiges	1 900 Mark

Diese Angaben zeigen die ganze Breite der politischen Unterdrückung in der Bundesrepublik. Sie zeigen auch die Notwendigkeit, die Rote Hilfe Deutschlands weiter aufzubauen und zu stärken. Die RHD hat gerade im vergangenen Jahr ihre Solidaritätsarbeit entscheidend verbessern können. Von jeder eingenommenen Mark wurden 66 Pfennig für Unterstützung ausgezahlt, der Rest wurde für die Verwaltung, für Organisation, Propaganda usw. verwendet. Im Jahr 1978 war dieses Verhältnis noch umgekehrt.

Die RHD hat sich bei der Organisation der Solidarität mit den politisch Verfolgten jedoch nicht allein auf die mate-

der Organisation der Solidarität mit politisch verfolgten Demokraten und Antifaschisten in unserem Land zurückblicken.

rielle Seite beschränkt. Bei der Delegiertenkonferenz kam das in überzeugender Weise im Be-

richt von Peter Puk zum Ausdruck. Dieser Rote Helfer hat es vorbildlich verstanden, eine breite Öffentlichkeit für den wegen Teilnahme an einer Demonstration ins Gefängnis geworfenen Arbeiter, Dieter Vogelmann, zu schaffen. Die Delegiertenkonferenz zeichnete Peter Puk sowie die Ortsgruppen Hamburg und Bielefeld für ihre gute Arbeit aus.

Die Konferenz verabschiedete einen Leitfadens zur Arbeit der RHD, in dem die Erfahrungen bei der Organisation der Solidarität aus den letzten Jahren zusammengefaßt sind und konkrete Anleitungen für die Arbeit gegeben werden. Außerdem wurde eine Resolution „Wichtige Aufgaben der RHD“

verabschiedet. Darin heißt es unter anderem: „Eine wichtige Rolle bei der Organisation der Solidarität kommt jenen unserer Mitglieder zu, die auch noch aktiv in anderen Organisationen oder in Initiativen arbeiten. Sie können meist als erste die Verbindung der Roten Hilfe Deutschlands mit dem Betroffenen herstellen und meist haben sie auch den besten Kontakt zu dem Umkreis des Betroffenen, seinen Kollegen und Bekannten, in dem wir zunächst die Solidarität zu organisieren versuchen.“

Eine solche Aktivität ist notwendig, um die Arbeit der RHD noch effektiver zu machen, und wir rufen die Genossen unserer Partei, die zugleich in der RHD organisiert sind, dazu auf, verstärkt in diesem Sinne zu handeln.

Die 3. Ordentliche Delegiertenkonferenz der Roten Hilfe Deutschlands wählte Jürgen Janz zum 1. Vorsitzenden und Almut Euler zur 2. Vorsitzenden. Die weiteren Vorstandsmitglieder sind Peter Puk, Bernd Reisser und Hannelore Weskamp.

Ein Besuch bei den Grabstätten der Roten Ruhr Armee

Gefallen im März 1920

Volkskorrespondenzen aus Marl (1. Teil)



Die Lippe bei Hamm-Bossendorf

Knapp einen Kilometer westlich der Anschlussstelle, wo die vielbefahrene Schnellstraße Haltern-Marl-Gelsenkirchen von der B 51 abzweigt, überquert eine Fußgängerbrücke diese vier-spurig ausgebaute Straße. Von hier aus geht der Blick über die Wälder der Haard, ein beliebtes Naherholungsgebiet für die Bewohner des nördlichen Ruhrgebiets, hinüber zu den Kirchtürmen von Haltern, auf der anderen Seite zu den Fördertürmen der Schachtanlage Auguste Victoria und den mächtigen Schornsteinen der Chemischen Werke Huls.

Folgt man von dieser Brücke aus dem Sandweg in den Wald hinein, so stößt man nach 500 Metern an einer Weggabelung auf ein Grab. Eingerahmt von knorrigen Birken, geschmückt mit Stechpalmen und Blumen, macht das Grab einen sehr gepflegten Eindruck. Wer die Grabplatte jedoch näher betrachtet, bemerkt sofort Spuren von Gewalteinwirkung: Nur mit Mühe ist die Inschrift zu entziffern: „Als Opfer seid ihr gefallen im Kampf für Freiheit und Recht. Hier ruhen ... gefallene Arbeiter. März 1920.“ Über der Inschrift ist ein Sowjetstern in den Sandstein gemeißelt, das Hammer- und Sichel-Symbol ist stark beschädigt.

In diesem Grab liegen 33 Kämpfer der Roten Ruhr Armee, die im März 1920 mit der Waffe in der Hand den Kampf gegen die reaktionären Kapp-Putschisten aufgenommen haben und in den Morgenstunden des 1. April dem Überfall der Reichwehrtruppen auf das Ruhrgebiet zum Opfer fielen.

An einem sonnigen, kalten

Einer von ihnen war ein Augenzeuge der Ereignisse von damals, der letzte, der die hier begraben Rotgardisten lebend gesehen hat. Sein Bericht, ergänzt durch das, was den Dokumenten im Stadtarchiv und den Büchern über Kapp-Putsch und Märzaufruf zu entnehmen war, vermittelt ein genaueres Bild von dem Drama, das sich heute vor 60



Die Lippebrücke von Haltern. Hier begann der Einmarsch der Reichswehr ins Ruhrgebiet.

Januarsonntag waren wir von Marl aus zu dem Grab gefahren. Spaziergänger waren auf uns aufmerksam geworden, als wir versuchten, die Inschrift zu entziffern. Wir kamen ins Gespräch. Ein großer Zufall:

Jahren hier in dieser friedlichen Landschaft an der Lippe abgespielt hat.

Aufstand an Ruhr und Lippe

„Es war an einem Sonntag, da kam hier der erste Lastzug, vorne an die rote Fahne, oben drauf ein MG und vielleicht zwanzig, dreißig Spartakisten.“ So begann die Besetzung von Mann-Bossendorf, dem Dorf an der Lippe zwischen Haltern und Marl, in dessen Nähe sich die Grabstätte befindet. Man schrieb den 21. März 1920. Es war der Tag nach dem Sturm auf Essen, nach den erbitterten Straßenkämpfen in Mülheim, Duisburg und Hamborn, in denen die bewaffnete Arbeiterschaft die Freikorps- und Sipo-(Sicherheitspolizei-)truppen aus dem Ruhrgebiet verjagt hatte.

„Das Ruhrgebiet war in der Hand des revolutionären Proletariats. Von Ahlen bis Hamborn, von Iserlohn bis Haltern wehte über den Dörfern und Städten die rote Fahne“, heißt es in einem zeitgenössischen Bericht. Auch hier im nördlichen Revier war der Aufruf zum Generalstreik gegen die durch den Putsch vom 13. März an die Macht gekommene Kapp-Regierung vollständig befolgt worden. Auch hier war der politische Streik in den bewaffneten Aufstand umgeschlagen.

Der Rücktritt von Kapp am 17. März war ein großer Sieg der Arbeitereinsatzfront. Die

Ebert-Regierung, die Hals über Kopf vor der Reaktion geflohen war, konnte nach Berlin zurückkehren. Die breiten Massen des Industrieproletariats wollten jedoch mehr als bloß die Rückkehr zu den Verhältnissen, wie sie vor dem Putsch waren.

Sie kämpften vor allem für die Entwaffnung und Zerschlagung der wie die Pest verhassten Reichswehr, im Volksmund „Noskiden“ genannt. Den kämpfenden Arbeitern ging es dabei um die bestmöglichen Ausgangspositionen für den Kampf um die sozialistische deutsche Räterepublik, die Diktatur des Proletariats. Diese Losung hatte sich eine Mehrheit der kämpfenden Arbeiter (jedenfalls hier im Ruhrgebiet) zu eigen gemacht.

Die Ziele der militärischen Aktionen der Arbeiter waren jetzt die Garnisonsstädte Wesel und Münster. Deshalb an diesem 21. März der Vormarsch über die Lippe nach Norden. Zur Sicherung der strategisch wichtigen Lippebrücke bei Haltern wurden Einheiten der Roten Armee in Hamm-Bossendorf einquartiert.

Die Rote Ruhr Armee

„Die meisten waren Kriegsteilnehmer gewesen“, erinnert sich der alte Mann, „aber es waren auch 17-, 18-jährige dabei. Beim Bauern lagen sie in der Scheune und waren da auch in Logis, haben Essen und alles mitgekriegt. Hier in der alten Schule hatten sie einen Verbandsplatz. Es standen auch Geschütze hier.“ Die erste Maßnahme der Roten Armee war die Entwaffnung der Bürgerwehr. Das war eine Art Hilfspolizei, vornehmlich aus bürgerlichen und kleinbürgerlichen Kräften, die eher mit der Reaktion als mit der Arbeiterbewegung sympathisierte. In Hamm-Bossendorf wurde sie vom Dorfschullehrer geleitet. Die Arbeiter sorgten selbst für Ordnung. „Ein Plakat wurde aufgehängt, wer beim Plündern ertappt wurde, von den Spartakisten, wurde standrechtlich erschossen. So haben die auch ganz strenge Statuten gehabt“, meint unser Gewährsmann, der die Ereignisse aus der Sicht der Dorfbewohner miterlebte.

Die Einheiten der Roten Ruhr Armee, die am 21. März die Lippe überschritten, waren in Marl aufgestellt worden. Dort hatte wie in anderen Ruhrgebietsstädten ein Vollzugsrat aus Vertretern der KPD und USPD die politische Macht übernommen. Dieser organisierte die „Zentralleitung der Roten Armee“ für den Mittelabschnitt der Lippe-Front zwischen Ahsen und Schermbeck. Ihre militärischen Führer waren einfache Bergleute von der Zeche Brassier, die Kommunisten Karl Wohlgemut und Felix Gräf. In den Räumen der Gaststätte Brom am Brassierer Markt richteten sie das Hauptquartier ein. (Die Gaststätte wurde übrigens im vorigen Jahr dichtgemacht und abgerissen. Sie mußte einem Sparkassenneubau weichen.) Hier meldeten sich die Arbeiter, die in der Roten Armee kämpfen wollten. Sie wurden in Kompanien von 30 bis 150 Mann eingeteilt — meistens kämpften Arbeiter desselben Betriebes in einer Kompanie — und erhielten ihre Einsatzbefehle.



Die Grabstätte in der Nähe von Hamm-Bossendorf. Hier ruhen 33 Gefallene der Roten Ruhr Armee.

An der Lippe-Front standen zeitweilig 12000 Rotgardisten, die Gesamtstärke der Roten Ruhr Armee betrug auf dem Höhepunkt des Aufstandes an die 100000 Kämpfer. Die Kompanien trugen häufig die Namen revolutionärer Führer, so zum Beispiel die Kompanie Rosa Luxemburg, in der Arbeiter aus Marl-Huls kämpften. Der Eid, den die Rekruten der

Roten Armee in Marl ablegten, ist überliefert: „Ich schwöre auf dem Programm der Revolutionären Arbeiterschaft, daß ich die hohen heiligen Ideale für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit mit meinem Herblut erkämpfen will. ... Es lebe der Sozialismus. Menschenrecht, wer Menschenantlitz trägt.“

Teil 2 folgt nächste Woche

„Für den Fall, daß Hitler noch lebt...“

Volkskorrespondenz aus Witten

wird vorsorglich beschlossen, das ihm während der NS-Herrschaft verliehene Ehrenbürgerrecht der Stadt Witten zu widerrufen.“ Das wurde am 26. 2. 1980 (ja 1980!!) nicht in Schilda, sondern im Witterner Rat in einer öffentlichen Sitzung beschlossen. Jeder greift sich an den Kopf, was das soll! Aber nur nicht voreilig. Da steckt Köpfchen hinter. Schließlich mußte der Rat ja etwas gegen die Ehrenbürgerschaft Hitlers unternehmen. Die Gewerkschaftsjugend hatte dagegen protestiert, und die Volksfront hatte gar eine „Hitlerdenkmals-enthüllung“ auf dem Witterner Marktplatz organisiert. Wobei der „Ehrenbürger“ allerdings sofort von der Polizei kassiert wurde.

Daß die Schande dieser Ehrenbürgerschaft 35 Jahre nach dem schmachvollen Ende Hitlers wieder ans Licht der Öff-

fentlichkeit kam, das ging dem Rat denn doch an den Nerv. Er mußte handeln. Aber zugeben, daß man 35 Jahre lang nichts getan hatte, daß man 35 Jahre lang danach „Ehrenbürger“ hat Ehrenbürger sein lassen, das war doch zu blamabel. Also tat man so, als ob mit Hitlers Ende die Ehrenbürgerschaft sowieso hinfällig gewesen wäre und beschloß aber trotzdem „vorsorglich“ — zwar etwas sehr „nach-sorglich“ — die Aberkennung der Ehrenbürgerrechte, falls Hitler noch lebe. Mit diesem bürokratischen Klimmzug hatte man endlich die Proteste vom Hals und dabei noch seine weiße Weste gerettet. Ein Glück, daß noch Zeit für diesen Trick war. Jetzt wäre Hitler 91 Jahre und könnte, biologisch gesehen, noch leben. Was hätte der Rat wohl in 20 Jahren gemacht — mit einem Hitler von 111 Jahren?



Die Witterner Polizei nahm das Denkmal des Ehrenbürgers in Gewahrsam, als die VOLKSFRONT mit einer Denkmalsenthüllung auf diesen Skandal aufmerksam macht.



Das Grab bei Ahsen.

(2. Teil)

Der erste Teil unserer Serie über die wachsende Kriegsgefahr analysierte die sowjetische Aggression gegen Afghanistan. Es wurde dargestellt, daß die Sowjetunion dabei ihre imperialistische „Breschnew-Doktrin“ — mit der schon der Überfall auf Prag gerechtfertigt wurde — noch erweitert hat. Auf die gegenwärtige Lage im Mittleren Osten eingehend wurden in dem Artikel die Schwierigkeiten beschrieben, auf die beide Supermächte in dieser Region stoßen. Ein Ausdruck dieser Tatsache ist etwa die iranische Haltung, die sich ausdrücklich sowohl gegen Washington wie auch gegen Moskau wendet.

Die neue Carter-Doktrin

Den USA-Imperialisten kam der sowjetische Überfall auf Afghanistan wie gerufen. Keinesfalls wurde Präsident Carter, wie er vorgab, davon überrascht. Der amerikanische Geheimdienst CIA hatte laufend über die sich abzeichnende Entwicklung in Afghanistan berichtet. Schließlich waren es laut „Washington Post“ der CIA und China, die bereits seit längerem Fernmeldeeinrichtungen, leichte Waffen und kleinkalibrige Panzerabwehrgeschütze an die Aufständischen in Afghanistan geliefert hatten.

Nein, die heutige, angeblich neue Politik Washingtons, die sogenannte Carter-Doktrin, das heißt die offene Erklärung des Nahen und Mittleren Ostens zum eigenen Interessengebiet, in welchem man das Recht habe, zur Wahrung der eigenen machtpolitischen Interessen jederzeit militärisch einzugreifen, wurde von längerer Hand vorbereitet. Man kann sogar sagen, daß den USA der Überfall der Sowjetunion auf Afghanistan nicht nur gelegen kam, sondern daß sie ihn geradezu herbeisehnten und provozierten, um eine offene Handhabe, eine Begründung für ihre „neue“ Interventionspolitik zu haben.

Das erste Mal wurde diese neue Interventionspolitik im Jahre 1973 im Pentagon diskutiert, als die arabischen Ölstaaten versuchten, sich in Verteidigung ihrer eigenen Interessen miteinander über den Ölpreis abzustimmen. US-Kriegsminister Harold Brown entwickelte damals eine komplette neue Militärdoktrin, die Doktrin von den „anderthalb Kriegen“, zu denen die USA jederzeit in der Lage sein müßten. Der „ganze Krieg“, das wäre die Schlacht zwischen der Sowjetunion und Amerika; der „halbe Krieg“, das wäre die Besetzung unbotmäßiger Rohstoff-Lieferländer durch US-Truppen.

Aktuell wurde diese Politik aber erst im letzten Jahr. Die Vietnam-Müdigkeit des amerikanischen Volkes, sein Widerstand, die offenkundige Niederlage des USA-Imperialismus in Vietnam hatten die Nixon- und später die Ford-Regierung kürzer treten und zeitweilig militärische Verwicklung in Übersee vermeiden lassen. Das änderte sich abrupt mit dem Sturz des US-hörigen Schah-Regimes im Januar 1979 und dem Hinauswurf der Amerikaner aus dem Iran durch das iranische Volk.

Wenn der Iran Schule macht

Mit dem Schah Resa Pahlawi verschwand der von den Ameri-

kanern für rund 20 Milliarden Dollar aufgerüstete „Polizist“ am Persischen Golf, der zum Beispiel schon mal einen Aufstand im protestantischen Oman mit Geheimdienstoperationen und Napalmbomben niederschlagen hatte. Mit dem Schah verschwanden 700 000 hochbewaffnete kaiserlich-iranische Soldaten, verschwand die modernste Armee im Mittleren Osten. Die US-Imperialisten packte die Angst, daß dieses hervorragende Beispiel der anti-imperialistischen Revolution des iranischen Volkes im Nahen und Mittleren Osten Schule



Carter und seine Komplizen: links mit dem Schah, den das iranische Volk davonjagte; rechts mit Sadat und Begin. Ägyptische Soldaten sollen jetzt für die amerikanischen Ölinteressen im Mittleren Osten kämpfen.

machen könnte, und US-Energieminister Schlesinger drohte: „Die USA müssen die Ölquellen in den befreundeten arabischen Staaten, die von vitaler Wichtigkeit sind, schützen und zwar notfalls durch militärische Präsenz.“ (...) Wir müssen Stärke demonstrieren.“ Und das Pentagon gab bekannt, die USA werden ab 1. Oktober 1979 mit der Aufstellung einer 110 000 Mann starken Sondertruppe zur Sicherung des Öls am Persischen Golf beginnen. Um den zusätzlichen Bedarf an Rekruten decken zu können, diskutierte der Senat die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht. Die neue Sondertruppe soll in der Lage sein, ein „zu befriedendes Gebiet“ innerhalb weniger Tage zu besetzen und 60 Tage lang ohne Nachschub oder Verstärkung auszukommen.

Für Amerikas Öl- und Rüstungslobby kam es nun darauf an, den nach Vietnam „erschlappten“ Kampfgeist der Nation wieder anzukurbeln. Die US-Ölmultis drosselten zu diesem Zweck ihre Benzinproduktion und während die Schlangen an den Tankstellen wuchsen, erhöhten sie ihre Petroleumreserven allein von Januar bis April 1979 von 296 auf 322 Millionen Faß. Den murrenden Autofahrern aber nannte man als die Schuldigen: die Revolutionäre im Iran. Die US-Presse schürte die nationale Empörung und Starkolumnisten wie Jack Anderson hetzten: „Wir sind das Opfer eines Raubüberfalls. Unser hart erarbeiteter Wohlstand verschwindet in den Taschen einiger unzivilisierter Wüstenscheichs, die noch nicht einmal militärische Kraft besitzen.“

Dies alles geschah vor der Festnahme von Angehörigen der amerikanischen Spionagebot-

Sterben für die USA?

Der wachsenden Kriegsgefahr begegnen!

schaft in Teheran und der Aggression der sowjetischen Sozialimperialisten in Afghanistan.

Zurück zum kalten Krieg

Diese beiden Ereignisse waren es dann, die Chauvinismus und Kriegspsychose in den USA zu neuer Blüte trieben. Anheizer und Nutznießer des

der Industriestaaten von der Ölfuhr, das Freiheits- und Unabhängigkeitsstreben der unterdrückten Völker „beispielhaft vorgeführt an der Revolution in Iran.“

Neben seiner Erklärung, den „freien Fluß“ des Öls notfalls mit Waffengewalt zu sichern, die Möglichkeit der raschen Entsendung von US-Truppen in weit entfernte Krisengebiete zu verbessern, sich neue Luft- und Seebasen in Nordostafrika und am Persischen Golf zu sichern, die militärische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit China zu



te Senator Jack Garne von Carter noch über seine zugesagte jährliche 5,4-Prozent-Steigerung für den Rüstungsetat hinauszugehen. Selbstverständlich, daß jetzt grünes Licht für die Entwicklung und den Bau neuer atomarer Vernichtungswaffen wie der Neutronenbombe, den Ausbau der Marine und — als erste Maßnahme — den Aufbau einer „Rapid Deployment Force“, einer aus allen Teilen der Streitkräfte zusammengesetzten Einsatztruppe mit einer Gesamtstärke von 110 000 Mann, gegeben wurde.

Imperialistische Großmachtinteressen

Das militärstrategische Konzept der amerikanischen Supermacht ist es, wie es Präsident Carter formulierte, die „stärkste Nation der Welt zu bleiben“ und ihre imperialistischen Großmachtinteressen im Wettstreit mit der sowjetischen Supermacht in Asien und Afrika zu sichern und auszudehnen. Das heißt, ihren neokolonialistischen Einfluß auf die dortigen Staaten auszubauen. Heute geht es den USA erst einmal darum — nachdem sich ihre Diversionstätigkeit und Mordanschläge im Iran vorerst als wenig erfolgreich erwiesen — sich eine neue Polizeimacht im Raum des Nahen und Mittleren Ostens zu schaffen, geht es darum, sich neue Nachschubbasen und Militärstützpunkte zu sichern.

Neben Israel, das im Nahen Osten schon lange die Rolle einer mit den USA engstens verbündeten Polizei- und Unterdrückungsmacht spielt, soll in den nächsten Jahren Ägypten von den USA so weit aufgerüstet werden, daß es die Rolle einer militärischen Eingreifreserve übernehmen kann. Dazu soll die ägyptische — wie vorher die persische — Armee von den USA bis 1985 für rund 4 Milliarden Dollar mit den modernsten Waffen und Lufttrans-

port-Kapazitäten ausgerüstet werden, so daß sie in der Lage ist, zu Einsätzen in Libyen, dem Sudan, dem Jemen bis an den Golf nach Oman zu starten. Als einziges arabisches Land hat sich bisher nur Ägypten bereit erklärt, eigene Truppen an der Seite der Amerikaner einzusetzen.

Das Konzept der USA-Imperialisten im Nahen Osten läuft darauf hinaus, sobald sich die arabischen Staaten an den sogenannten israelisch-ägyptischen Friedensvertrag gewöhnt haben, Ägypten und Saudi-Arabien einander so nahe zu bringen, daß beide Länder künftig für die USA die Rolle des Polizisten am Golf übernehmen können. Was die Einrichtung neuer Militärstützpunkte in dieser Region und Ostafrika betrifft, so verhandeln die USA mit Somalia, Kenia und dem Sultanat Oman.

Das Handicap der USA (nicht nur) in jener Weltgegend ist, daß es sich bei denjenigen, die sich der Supermacht als Freunde anbieten, zumeist um reaktionäre Militärdiktaturen oder fossile Feudalstaaten wie Oman handelt. Vor allem am Beispiel Pakistans, auf das sich die USA im Mittleren Osten vor allem stützen, kommt dies überaus deutlich zum Ausdruck. Jähr hat wohl noch keine amerikanische Regierung in so kurzer Zeit ihre Meinung geändert, als die Jimmy Carters gegenüber Pakistan. Noch im Frühsommer letzten Jahres hatte Washington seine Wirtschaftshilfe für Pakistan aufgekündigt, weil das dortige Militärregime den Bau einer eigenen Atombombe vorantrieb.

Im nächsten RM: Reaktionäre Freunde

Die nächste Folge unserer Serie beschäftigt sich mit dem Bündnisystem des amerikanischen Imperialismus im Mittleren Osten und in Asien überhaupt. Es wird unter anderem auf das pakistanische Militärregime eingegangen und vor allem die Bedeutung des offenen Übergehens der Pekinger Machthaber an die Seite der amerikanischen Supermacht analysiert.



Einheiten der berühmten Ledernacken hat Carter jetzt in den Mittleren Osten abkommandiert. Hier trainieren die Ledernacken den Wüstenkrieg noch im heimischen Kalifornien.

Zur Arbeit der UNO-Untersuchungskommission

Pahlevis Verbrechen sind weltbekannt



Massenmörder Pahlevi: Mit grenzenloser Bestialität jagte der faschistische iranische Diktator Reza Pahlevi seine Soldateska auf das Volk von Iran, das Ende '78 machtvoll für seine Freiheit kämpfte. Die Zahl der Ermordeten wurde nicht gezählt — Hunderte verbrannten allein bei einem Brand, den SAVAK-Agenten in einem Kino der Hafenstadt Abadan legten.



Kindermörder Pahlevi: Vor nichts schreckten die bezahlten Killer Pahlevis zurück. Dieses Bild ging um die Welt: Ein Vater weint über der Leiche seiner vierjährigen Tochter — allein in den letzten Monaten von Pahlevis Diktatur wurden über einhundert Kinder ermordet.



Folterknecht Pahlevi: Bis zur Unkenntlichkeit blutiggeschlagen und gequält wurden Hunderttausende in den Folterkellern des SAVAK, nicht zuletzt übrigens mit westdeutschem „Werkzeug“. Tage vor Pahlevis Sturz ging noch eine Sendung von Elektroschlagstöcken nach Teheran.



Friedhofsschänder Pahlevi: Im September '78 durften die Angehörigen der in einem Kino von SAVAK-Leuten verbrannten Opfer noch nicht einmal um ihre Toten trauern. Die Friedhöfe wurden von der Armee besetzt.



Milliardendieb Pahlevi: Niemand kann heute genau sagen, wieviel von Pahlevis riesigem Privatvermögen direkt aus den Staatskassen Irans gestohlen sind.



Freunde Pahlevis — waren die Reichen und Regierenden in Ost und West. Hier bei einem Besuch bei Willy Brandt.

Fraktionskämpfe in Peking

Deng rechnet ab!

Liu Schao Shi rehabilitiert

PEKING.— Seit der Zeit als das Zentralkomitee der revisionistischen chinesischen Partei im letzten Jahr das Scheitern seiner ehrgeizigen wirtschaftlichen Pläne eingestehen mußte, als das Programm der „vier Modernisierungen“ reduziert wurde, die Geschäfte mit den westlichen kapitalistischen Staaten eingeschränkt wurden, tauchten in der Parteipresse immer mehr drohende Artikel auf.

„Jene fraktionistischen Kader“, heißt es da im typisch maoistischen Stil, die „nicht besserungswillig“ seien, sollten sich in acht nehmen, sie würden sonst abgesetzt.

Wenige Tage nachdem diese Serie von Artikeln in vollem Umfang auch die „Pekinger Volkszeitung“, das Zentralorgan dieser Partei, erreicht hatte, wurden jetzt Beschlüsse bekanntgegeben, nach denen führende Funktionäre der Partei ihres Amtes enthoben wurden.

Der stellvertretende Vorsitzende des Zentralkomitees der KPCh, Wang Dong Xing und die Mitglieder des Politbüros des ZKs, Ji Deng Kui, Wu Dö und Chen Xilian wurden ihrer Posten in der Partei, der Armee, im Staatsapparat und gesellschaftlichen Organisationen mit sofortiger Wirkung enthoben.

Dieselbe Versammlung des leitenden Gremiums der chinesischen revisionistischen Partei erklärte den alten Kampfgefährten Dengs, Liu Schao Shi, den Mao selbst noch Chinas Chruschtschow Nummer eins genannt hatte, für rehabilitiert und betonte, er sei ein großer revolutionärer Führer gewesen. Damit hat Deng seinen alten Fraktionskumpen lange nach dessen Tod wieder in die Öffentlichkeit geholt. Deng selbst, damals von Mao als Chruschtschow Nummer zwei beschimpft und wenig später von Mao zum stellvertretenden Parteivorsitzenden ernannt, hatte nicht Lius Fehler gemacht und auf Maos Führungsrolle Anspruch erhoben, sondern er hatte dessen Fraktionsspiel mitgespielt. Ganz dementsprechend, nach Maos und der alten Han-Dynastie Art, wird jetzt vom Hofe aus, der heute ZK heißt, die eine Person für in Ungnade gefallen, die andere für rehabilitiert erklärt. Daß gerade jetzt Liu, der offenste Parteigänger einer kapitalistischen Wirtschaft in China, wieder zu Ehren kommt, ist ein Signal dafür, daß der kapitalistische Kurs weiter und stärker verfolgt werden soll, daß die herrschende Clique der Militaristen und Bürokraten als Ausweg aus der tiefen Krise, in der sich China befindet, die weitere kapitalisti-

sche Organisation der Wirtschaft betrachtet.

Die Tatsache, daß vier Leute, die Tongs Militärputsch nach Maos Tod unterstützt haben, jetzt zum Teufel gejagt werden, zeigt, daß sich angesichts dieser Schwierigkeiten, die heute China treffen, die Bündnisse der verschiedenen prokapitalistischen Fraktionen der Partei allmählich auflösen und der prinzipienlose Cliquenkampf die erste Stelle einnimmt.

Deng hat nun die Buhmänner gefunden und wird noch weitere finden, um sie den Massen der unzufriedenen chinesischen Werktätigen zu präsentieren, wenn diese Arbeit und Brot, besseren Lohn und Versorgung fordern, wie dies im letzten Jahr Millionen von ihnen taten.

Und er hat zur selben Zeit Mitwisser aus der ersten Reihe verdrängt wie den Kommandeur von Maos Leibwache, der damals die Verhaftung der sogenannten „Vier“ leitete, Wang Dong Xing, wie den Mann der sie einsperrte, den ehemaligen Bürgermeister von Peking, Wu Dö.

Es ist mit Sicherheit abzusehen, daß dieser Fraktionskampf, wie einst bei Mao, sich weiter fortsetzen wird. Vielleicht wird auch der heutige starke Mann Pekings, Deng Hsiao Ping dabei eines Tages als der Buhmann verkauft werden, der allein an allem schuld sei.

Keiner kann hinter die Türen der Paläste der neuen Mandarine sehen, welche Fraktion

dort welche andere bekämpft, wer mit wem um die Macht ringt. Nur so viel steht fest: Es handelt sich bei den Auseinandersetzungen in der chinesischen Parteispitze, um die Streitigkeiten verschiedener prokapitalistischer Gruppen und Personen.

Der Kurs dieser Cliquen entfacht die Unzufriedenheit der Werktätigen. So mußten erst vor wenigen Wochen nach größeren Aktionen in verschiedenen Provinzen, Lohnerhöhungen zugestanden werden, nachdem die chinesischen Revisionisten die Grundnahrungsmittel drastisch verteuert hatten. Ebenso ist auch anzunehmen, daß der offene proamerikanische Kurs der Pekinger Führer im Lande selbst einigen Widerspruch auslöst. Solche Bewegungen werden verschiedene Fraktionen der herrschenden Partei für sich auszunutzen versuchen.

Das chinesische Volk, die chinesischen Werktätigen, vor dessen Augen die früheren Blutsauger jetzt offen rehabilitiert werden, das miterleben muß, wie die Fron immer härter wird, muß sich zum Kampf gegen die bürgerliche Diktatur der Deng-Leute und ihre Faschisten erheben und eine offene revolutionäre Diktatur, die Dengs Ziel ist, verhindern. Stattdessen muß es sich von neuem auf den Weg der sozialistischen Revolution begeben — den erfolgreich zu begehenden die chinesischen Arbeiter vor mehr als 25 Jahren von Mao gehindert wurden.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9,375 MHz	31 Meterband KW
	7,300 MHz	41 Meterband KW
14.30-15.00	9,375 MHz	31 Meterband KW
	7,300 MHz	41 Meterband KW
16.00-16.30	9,375 MHz	31 Meterband KW
	7,300 MHz	41 Meterband KW
18.00-18.30	9,375 MHz	31 Meterband KW
	7,300 MHz	41 Meterband KW
19.00-19.30	7,300 MHz	41 Meterband KW
	5,960 MHz	49 Meterband KW
	1,395 MHz	215m MW
21.30-22.00	7,300 MHz	41 Meterband KW
	5,960 MHz	49 Meterband KW
	1,457 MHz	206m MW
23.00-23.30	7,300 MHz	41 Meterband KW
	5,960 MHz	49 Meterband KW
	1,457 MHz	206m MW
06.00-06.30	7,300 MHz	41 Meterband KW
	5,960 MHz	49 Meterband KW
	1,395 MHz	215m MW



Izmir (Türkei) unter Kriegsrecht

Der Generalstreik dauert an

Faschistischer Terror gegen die Arbeiterklasse

IZMIR.— Seit mehr als zwei Wochen steht jetzt auch die türkische Hafenstadt Izmir unter Kriegsrecht. Damit gibt es jetzt im ganzen Land keinen größeren Ort mehr, in dem nicht der Ausnahmezustand herrscht.

Im Februar hatte das reaktionäre Demirel-Regime Armee-Einheiten in Stärke von 10 000 Mann, ausgerüstet mit Kampfflugzeugen, Hubschraubern und Panzern aufboten, um den Widerstand der Werktätigen der Stadt Izmir im Blut zu ersticken (Der RM berichtete darüber). Aber bis heute ist es der Reaktion nicht gelungen, den großen Streik zu brechen und die Arbeiter wieder zur Aufnahme der Produktion zu zwingen.

Die Kämpfe hatten sich Anfang Februar entwickelt, als das Demirel-Regime mit einem Schlag die Arbeitsverträge von 10 000 Kollegen in den staatlichen Betrieben kündigte. Und dieser Willkürakt wurde offen politisch begründet: Die 10 000 Arbeiter waren auf den Schwarzen Listen des Regimes als Linke geführt worden. Gegen diese terroristische Säuberung der Betriebe wehrten sich alle Arbeiter gemeinsam mit Streiks und Fabrikbesetzungen.

Immer wieder versuchte die Polizei, die besetzten Betriebe und später auch die Arbeiterviertel zu stürmen — aber vergeblich. Die werktätige Bevölkerung errichtete Barrikaden und verteidigte sich zwei Wochen lang erfolgreich gegen die Angriffe der Polizei. Ein Beamter, der im Rathaus des Arbeiterviertels Gültepe arbeitete, berichtete über diese Kämpfe:

„Als die Polizei erfuhr, daß hier eine Demonstration geplant war, zog sie starke Einheiten zusammen. Und obwohl die Demonstration wegen dieses großen Aufgebots dann nicht durchgeführt wurde, gingen die Polizisten zum Angriff über. Es entwickelte sich eine mehrstündige Straßenschlacht. In deren Verlauf stürmte die Polizei plötzlich unser Rathaus. Alle Beamten wurden herausgezerrt und verhaftet. Die ganze Nacht hindurch wurden wir festgehalten und brutal mißhandelt. Der Bürgermeister lag nach den Folterungen im Koma. Trotz seines Zustandes wurde er in ein Gefängnis geschleppt, während die meisten übrigen Beamten wieder freigelassen wurden.“

Ein typisches Ereignis bei diesen tagelangen Kämpfen ist das folgende: Im Kemal-Bezirk verteilen Revolutionäre abends Flugblätter. Sie werden von der

Polizei angegriffen und beschossen. Sofort kommen von überall her Frauen und Kinder herbeigelaufen und greifen die Polizisten mit Stöcken und Steinen an. Der Angriff ist erfolgreich. Die Polizisten sind von den Revolutionären abgelenkt. Die Frauen und Kinder ziehen sich in das Stadtviertel zurück. Hier sind wie überall in den Arbeitervierteln alle Straßen durch hohe Barrikaden abgesperrt. Und da gibt es für die Polizei kein Durchkommen.“

Erst den Panzern der Armee gelang es dann, in die Arbeiterviertel vorzudringen. Seither sind die Werktätigen von Izmir einem beispiellosen Terror ausgesetzt. Systematisch wird die Stadt durchgekämmt und jedes einzelne Haus durchsucht. Verhaftungen und bestialische Folter sind noch immer an der Tagesordnung. Mit zehntausend schwerbewaffneten Soldaten hat Demirel versucht, die Massenentlassungen der fortschrittlichen Arbeiter in den staatlichen Betrieben durchzusetzen und dazu einen regelrechten Krieg gegen eine der größten Industriestädte des Landes geführt. Doch auch damit hat er den Streik nicht brechen können.

Diese Tatsache zeigt eindringlich die hohe Kampfkraft der Arbeiterklasse in der Türkei. Zudem mußten sich die Kollegen in Izmir auch noch gegen Verräter in den eigenen Reihen wehren. Die von den Revisionisten kontrollierte Gewerkschaft DISK hatte während der hier beschriebenen Kämpfe mit der Polizei zu einem befristeten Generalstreik aufgerufen. Als dann jedoch die Armee eingesetzt wurde, wollten die DISK-Führer den Streik wieder abblasen, und das auch

noch unter solchen Parolen wie: „Armee ist der Freund des Volkes.“

Die revisionistischen Führer kamen mit ihrer Streikbruchpolitik jedoch nicht durch. Im Gegenteil, ihre verräterische Politik führte nur dazu, daß sie sich von den kämpfenden Arbeitern völlig isolierten. Unsere Bruderpartei in der Türkei hat dagegen von Anfang an den gerechten Kampf der Arbeiter von Izmir nicht nur ohne Einschränkung unterstützt. Die Partei, die in dieser Stadt über einen großen Einfluß verfügt, war auch führend an der Organisation der Kämpfe beteiligt.

Auch in der osttürkischen Stadt Adana gab es unlängst Straßenschlachten zwischen der Armee und der Bevölkerung. Überall im Land wehren sich die Werktätigen trotz Kriegsrecht mit Streiks und anderen illegalen Kampfaktionen dagegen, daß ihnen die Lasten der gegenwärtigen Krise, deren Auswirkungen die Türkei an den Rand des wirtschaftlichen Bankrotts gebracht haben, aufgebürdet werden.

Noch eine Meldung am Rande: Das Demirel-Regime unterdrückt nicht nur die revolutionäre und fortschrittliche Presse des eigenen Landes. (So kann etwa — nachdem auch über Izmir das Kriegsrecht verhängt wurde — die proletarisch-revolutionäre Zeitung „Halkin Kurtulusu“ nicht mehr gedruckt werden). Wie die bürgerliche Presse der Türkei vor einigen Tagen berichtete, hat das Demirel-Regime auch die türkische Ausgabe der „RGO-Nachrichten“ und den „Roten Rebellen“ auf die Liste der verbotenen Zeitschriften setzen lassen.



Türkische Werktätige demonstrieren gegen die faschistische Diktatur.

Gegen Lohnstopp

500 000 streikten in den Niederlanden

Regierung van Agt in Schwierigkeiten

AMSTERDAM.— Auch in den Niederlanden ist die konservative, christdemokratische Regierung des Ministerpräsidenten van Agt mit einem arbeiterfeindlichen Sparprogramm angetreten, um die Lasten der Krise auf die Werktätigen abzuwälzen. Dieses Sparprogramm zielt offener und direkter als andere in Europa direkt auf die Löhne. Es hatte den ersten Schlag schon im letzten Herbst erhalten, durch den Streik der Rotterdamer Hafenarbeiter. Jetzt gab es landesweite Aktionen dagegen.

Van Agt und sein Finanzminister hatten bekanntgegeben, daß sowohl die Löhne im öffentlichen Dienst als auch in der gesamten Industrie eingefroren werden sollten. Der totale Lohnstopp angesichts einer wachsenden Inflationsrate stellt einen direkten Angriff auf den Lebensstandard der niederländischen Werktätigen dar. Besonders empört sind die arbeitenden Menschen der großen

Industrie- und Handelszentren über den Plan der Regierung, nicht nur jetzt einen Lohnstopp zu befahlen, sondern auch eine ihrer erkämpften Errungenschaften, die gleitende Lohnskala, aufzuheben.

Schon in der Zeit nach dem Streik der Hafenarbeiter Rotterdams, der ja auch auf Amsterdam übergreifen hatte, war es immer wieder zu Streikaktionen gekommen, vor allem

im öffentlichen Dienst. Aber auch Stahl- und Metallarbeiter hatten sich an diesen Aktionen beteiligt sowie die Beschäftigten der Raffinerien der Royal Dutch/Shell Company.

Jetzt, da das Sparprogramm als Regierungsvorlage im Parlament diskutiert wird, haben verschiedene Gewerkschaften, darunter die größte Gewerkschaft FNV, die sozialdemokratisch geführt ist, zu einem

Neun jugendliche Gewerkschaftsmitglieder, die im Februar 1980 nach Britannien reisten, haben jetzt eine kleine Dokumentation über Eindrücke und Erfahrungen ihrer Reise vorgelegt, die ganz bestimmt nicht nur für die jungen Kollegen interessant ist.

Natürlich beschäftigen sich die jungen Gewerkschafter sehr intensiv mit der Frage, welche Rolle die Arbeiterjugend bei diesem Streik spielt. So berichten sie zum Beispiel von Gesprächen mit Jugendlichen, die sich, obwohl es eigentlich illegal ist, aktiv am Streik beteiligen. Sie schildern aber auch sehr eindringlich, wie die streikenden Arbeiter leben, und welche begeisterte Welle der Solidarität unter der ganzen Bevölkerung der Stahlstädte herrscht. Der „Rote Morgen“ empfiehlt diese Broschüre allen seinen Lesern aufs wärmste.

Jetzt, wo der Stahlstreik in der zehnten Woche ist, halten wir es für wichtig, gerade jenen Teil aus der Broschüre wiederzugeben, der eine bestimmte politische Bilanz dieses Streiks zieht.

Aus einer Dokumentation über den britischen Stahlarbeiterstreik

Neun Junge Gewerkschafter bei den Stahlarbeitern in South Yorkshire

Bilanz einer erkenntnisreichen Reise

1) Die Stahlarbeiter hatten seit Jahrzehnten nicht mehr so entschlossen gekämpft und gestreikt. Ihre Gewerkschaft wurde auch eher als etwas konservativ eingeschätzt. Daß es nun gerade die Stahlarbeiterkollegen und ihre gewählten Gewerkschaftsfunktionäre geschafft haben, einen so mächtigen und konsequenten Kampf zu organisieren, ist ein großer Erfolg und setzt Zeichen für die gesamte Arbeiterklasse in Großbritannien.

2) Die Streikvorbereitungen liefen -zig Monate vorher an. So reiste beispielsweise Tom, Erster Sekretär aller Abteilungen des Yorkshire Distrikts, fünf Wochen lang von Betrieb zu Betrieb, Gewerkschaft zu Gewerkschaft und organisierte. Das war ein erster, folgenreicher Schritt zur Einheit, gegen die Zersplitterung. Zahlreiche Solidaritätsstreiks, Kundgebungen, Spenden usw. sind spürbare Ergebnisse.

3) In den Stahlarbeiterstädten gibt es eine beispiellose Welle der Solidarität fast der gesamten Bevölkerung. Lebensmittelhändler verkaufen an Streikende und ihre Angehörigen die Waren billiger, selbst das Bier gibt es zum Streikpreis. Kollegen aus anderen Bereichen spenden regelmäßig 10, 20, 30 Prozent ihres Lohns.

4) Man will auf jeden Fall siegreich, mit 20 Prozent Lohn-erhöhung, aus diesem Streik hervorgehen. Wie Keith Jones in seiner Rede auf einer Streik-

versammlung sagte: „Mit erhobenem Kopf, stolz, und gefüllten Brieftaschen, so werden wir wieder zur Arbeit gehen.“ Die Kapitalisten und ihre Regierung sollen in die Knie gezwungen werden! Den Kämpfen der Arbeiterklasse in den 80er Jahren soll ein Zeichen, ein Wegweiser gesetzt werden!

5) Schon jetzt, mitten im Streik, finden Beratungen statt über die Zeit danach. Wie werden wir mit der Gewerkschaftsführung, die den Streik schon jetzt beenden will, fertig? Wie können wir die Verräter in den eigenen Reihen loswerden? Wie können wir die besten Kämpfer in unseren Reihen vor Angriffen der Gewerkschaftsführung schützen? Es wird kein Hehl daraus gemacht, daß Keith und andere den Gewerkschaftsbossen ein Dorn im Auge sind. Aber das Streikkomitee, die Streikführer und Gewerkschaftssekretäre sind demokratisch gewählt, rechenschaftspflichtig und jederzeit abwählbar, die oberste Führung nicht!

6) Die Organisation der massiven Opposition und die Vereinigung der Gewerkschaften sind die größten Probleme. Aber die britische Arbeiterklasse ist kampferprobt und siegesgewiß! Wie sagte doch ein englischer Kollege: „Wir erwarten für 1983/84 eine enorme Zuspitzung der Krise. Darauf bereiten wir uns jetzt schon vor. Und bei der Wahl der Mittel werden wir nicht zimperlich sein!“

Die Broschüre ist zu beziehen über:

Hans Gerd Knoop, Preinstraße 41, 4600 Dortmund 30, Tel.: 0231/467391

EG: Schlechte Wirtschaftsprognosen

BRÜSSEL.— Die Organe der Europäischen Gemeinschaft haben jetzt ihren Wirtschaftsbericht für Januar 1980 vorgelegt und die Aussichten des Jahres beurteilt.

Die Inflationsrate, die im letzten Jahr im Durchschnitt der neun Länder 11,3 Prozent betragen hatte, stieg allein im Januar '80 um 2 Prozent, der höchste Steigerungsbetrag seit 1958. Dementsprechend wird für dieses Jahr eine Inflationsquote von mindestens 13,4 Prozent erwartet. Die Arbeitslosenquote, im letzten Jahr schon auf 5,6 Prozent gestiegen, wird für den Jahresdurchschnitt auf über 6 Prozent berechnet. Berücksichtigt man die Tatsache, daß für Länder wie Frankreich oder Britannien inzwischen öffentlich zugegeben wird, daß rund 1 Million Arbeitslose „unterschlagen“ werden, kommt man zum Ergebnis, daß jeder vierzehnte Werktätige der EG ohne Arbeit ist.

Portugal: Privatbanken zugelassen

LISSABON.— Ihren Auftrag, die allseitige Reprivatisierung der portugiesischen Wirtschaft durchzuführen, führt die Regierung Sa Carneiro mit allen Mitteln durch.

Nachdem eine breite öffentliche Bewegung verhindert hatte, daß die alten im Jahre 1974 verstaatlichten Banken wieder privatisiert werden, erließ die Regierung jetzt ein neues Gesetz, das es ermöglicht, neue Privatbanken zu gründen.

USA: Nervengasproduktion

WASHINGTON.— Der sogenannte „Wissenschaftliche“ Direktor des US-Kriegsministeriums, William Perry, forderte in der letzten Woche die Beschleunigung der Produktion von Nervengas für Kriegszwecke.

Der US-Kongreß hatte vor fünf bzw. sechs Jahren die Errichtung einer speziellen Fabrik zur Herstellung von Nervengas scheinheilig abgelehnt; die Vorbereitungen waren aber trotzdem weitergelaufen, wie sich jetzt herausstellt, da Perry ihre „Beschleunigung“ fordert.

Frankreich: Ausländer kämpfen

PARIS.— Die nationalistische Hetzkampagne der französischen Kapitalisten gegen die ausländischen Arbeiter ruft deren immer stärkeren Widerstand hervor.

In Paris versammelten sich in der letzten Woche mehr als 2 000 Türken, die in der Textilindustrie beschäftigt sind, und forderten gleiche Rechte und Entlohnung im Arbeitsleben. In einer Pariser Kirche dauert seit über einer Woche ein Hungerstreik von ausländischen Arbeitern ohne Papiere an, die eine Aufenthaltsgenehmigung fordern — in Frankreich ist diese Praxis, illegale Einwanderer zu beschäftigen, weit mehr verbreitet als in der Bundesrepublik, insbesondere bei den Sklavenverleihfirmen, die im letzten Jahr 2 Millionen Menschen vermittelten!

eintägigen Warnstreik aufgerufen, der fast überall befolgt wurde, auch dort, wo der christdemokratische Gewerkschaftsbund relativ stark ist.

Am 4.3. fand dieser Warnstreik statt, der Züge eines Generalstreiks annahm. 500 000 Arbeiter beteiligten sich an dem Streik und legten fast das ganze öffentliche Leben des Landes still. Rund 80 000 Menschen beteiligten sich an den Demonstrationen gegen van Agts Programm, die landesweit stattfanden, jeweils etwa 20 000 davon in Amsterdam und Rotterdam.

Das Sparprogramm van Agts wird zu einem Zeitpunkt verkündet, wo einerseits die Preise steigen und die Zahl der Arbeitslosen anwächst, und wo andererseits die holländischen Kapitalisten durch steigende Rationalisierung ihre Profite erhöhen. Vor allem die niederländische königliche Familie,

größte finanzkapitalistische Gruppe des Landes und auch bei Shell der größte niederländische Aktionär, zieht nicht nur wachsenden Profit aus ihren zahlreichen Unternehmungen, sondern läßt sich auch die staatliche Apanage, die die Werktätigen mit ihren Steuern bezahlen, jährlich erhöhen. Bereits im November, bei einem kurzen Streik der Rotterdamer öffentlichen Bediensteten waren deshalb auch Parolen aufgetaucht wie „Lohnstopp für Juliana“.

Es ist nach den bisherigen Aktionen und der überraschenden Stärke dieses faktischen Generalstreiks zu erwarten, daß die Führungen der verschiedenen Gewerkschaften weitere Kämpfe organisieren müssen, auch die christliche Gewerkschaften, die schon jetzt wortradikal tönten, das nächste Mal seien auch sie dabei — viele ihrer Mitglieder waren es schon diesmal.

„Der Weg der Partei“ Nummer 1/1980 erschienen

Über den Kampf der KPD vor der Machtergreifung Hitlers

Eine wichtige marxistisch-leninistische Analyse

Wie war es möglich? Wie konnte Hitler, im Dienste des Finanzkapitals, trotz einer so starken Arbeiterbewegung den Faschismus errichten? Seit langem diskutieren revolutionär gesinnte Menschen, eigentlich alle fortschrittlichen Menschen, über diese Frage. Der IV. Parteitag der KPD/ML im

Jetzt, zu einer Zeit, da innerhalb des DGB von verschiedenen Seiten aus diese Diskussion verstärkt geführt wird, da eine Reihe von sozialdemokratischen Stellungnahmen vorliegen, eine wachsende Zahl aktiver Gewerkschafter sich mit diesen Fragen aus aktuellem Anlaß beschäftigen, jetzt legt unsere Partei ihre Stellungnahme vor.

Schon bei der Fragestellung scheiden sich die Geister

So leitet der Autor, Genosse Horst Dieter Koch, Mitglied des Politbüros der KPD/ML, seine Analyse ein. Bei der Frage nämlich, ob man die Politik jener Zeit mit der Absicht analysiert, die SPD-Führung von ihrer historischen Schuld reinzuwaschen und mit entstellenden Aussagen zu beweisen versucht, die KPD trage genauso wie die SPD-Führung die Verantwortung für die Niederlage der Arbeiterbewegung gegen den Faschismus, oder gar noch mehr, wie es manche behaupten wollen.

Oder ob man, wie es hier im Theoretischen Organ unserer Partei getan wird, die reaktionäre Rolle der SPD-Führung enthüllt und zur selben Zeit auch die Fehler in der Politik der KPD, der Thälmannschen Partei, in deren Tradition unsere Partei steht, nicht nur benennt, sondern untersucht, wie es dazu kam.

Denn die Politik der KPD in jener Zeit wird nicht als Selbstzweck und auch nicht nur als Richtigmacherei geschichtlicher Tatsachen in einer wichtigen Diskussion untersucht, sondern auch zum Zweck, daß unsere Partei heute, in einer Situation, da die Reaktion aufmarschiert, aus den guten wie den schlechten Erfahrungen der KPD konkret lernen kann.

So sind die Hauptthemen, die Genosse Koch in seinem 160

Seiten langen Aufsatz behandelt, solche Fragen, wie sie auch heute erneut vor der Arbeiterbewegung stehen und deshalb auch im Zentrum der Diskussionen vor allem innerhalb der Gewerkschaften.

Die Politik der KPD gegenüber der Sozialdemokratie

Wie war das mit der Sozialfaschismusthese? Warum wirkte sie sich schädlich aus? War die Sozialdemokratie stets die soziale Hauptstütze der deutschen Bourgeoisie? Solche entscheidenden Fragen werden im ersten Abschnitt analysiert. Nach eingehender Analyse schlußfolgert Genosse Koch am Ende dieses Abschnitts über die Feststellung, die Sozialdemokratie sei stets die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie:

„Das Festhalten an dieser Formel angesichts der offenkundigen Vorbereitung der faschistischen Diktatur durch die Bourgeoisie erschwerte sicher die Einbeziehung der sozialdemokratischen Basis und Anhänger in die antifaschistischen Kampf. Vor allem aber wurde dadurch die antifaschistische Einheitsfrontpolitik der KPD von vornherein eingeengt, weil die KPD aufgrund dieser Formel die SPD überwiegend nicht als eine gegenüber dem Faschismus oppositionelle Partei, sondern auch im Zusammenhang mit der faschistischen Gefahr unverändert als Hauptstütze der Bourgeoisie betrachtete.“ (Seite 44)

Die RGO-Politik der KPD

Daß gerade diese Frage heute besonders viel diskutiert wird, hat ohne Zweifel vor allem mit der gegenwärtigen Situation innerhalb der DGB-Gewerkschaften zu tun. Mit der Tatsache, daß es auch heute eine RGO gibt. Wie entstand die Notwen-

digkeit, diese Gewerkschaftspolitik zu machen, worin lagen ihre Stärken und ihre Schwächen? Das wird anhand zahlreicher Tatsachen erklärt. Dabei wird völlig klargemacht, wer die Spalter der Gewerkschaftsbewegung sind, daß die RGO gerade auch ein Mittel des Kampfes gegen die Spaltung der Arbeiterbewegung ist.

Auf dieser Grundlage werden die Verstöße gegen den Einheitsfrontcharakter der RGO, die in der Durchführung dieser Taktik auftraten, analysiert, die Tendenzen, die RGO zur Ersatzgewerkschaft zu entwickeln. So stellt der Autor zur Streichung der Losung „Hinein in die Gewerkschaften“ fest:

Achtung!
Ab Mai wird der Genosse Koch jenen Parteipositionen, die öffentliche Diskussionen und Aussprachen über den „Weg der Partei“ 1/80 durchführen wollen, zur Verfügung stehen! Interessenten wenden sich frühzeitig an das zentrale Büro der Partei.

„Die Streichung dieser Losung und damit das Einstellen der Werbearbeit für den Eintritt in die bestehenden Gewerkschaften steht deshalb im Widerspruch zur RGO-Taktik, weil sie erstens den Rückzug der Kommunisten und revolutionären Gewerkschafter aus den bestehenden Gewerkschaften fördern, zweitens dazu führen, daß die RGO vor allem gegenüber den unorganisierten Arbeitern als konkurrierende Gewerkschaft auftritt und drittens bei der organisierten Arbeiterschaft Mißtrauen gegenüber der RGO erzeugen.“ (Seite 74)

Eine ganze Reihe höchst aktueller Fragen der Gewerkschaftsarbeit werden in diesem Zusammenhang angesprochen, so unter anderem die Frage der Bedeutung der selbständigen Kampfführung, wobei die Un-

terschätzung des organisierten Kampfes kritisiert wird.

Dritter Abschnitt des Theoretischen Organs Nummer 1/1980 ist die Antwort auf die Fragestellungen, die sich im Zusammenhang mit dem antifaschistischen Kampf selbst stellen.

Der Kampf der KPD für die antifaschistische Einheitsfront

Dort wird anhand von Tatsachen gezeigt, daß es die KPD war, die an der Spitze des Kampfes gegen den Faschismus gestanden hat, wird besonders die Rolle der „Antifaschistischen Aktion“ gewürdigt, die die starken Anstrengungen der KPD dokumentiert, wirklich eine Einheitsfront des Kampfes gegen den Faschismus zu errichten. Im Gegensatz zur „Eisernen Front“ der SPD war die „Antifaschistische Aktion“ tatsächlich eine Organisation der Einheitsfront, die zahlreiche parteilose und auch sozialdemokratisch orientierte Werk-tätige umfaßte. Die Analyse ihrer Erfolge und Schwächen bildet den Schluß dieser Untersuchung.

Nicht nur die Genossen und Freunde unserer Partei oder die Mitglieder revolutionärer und demokratischer Massenorganisationen unseres Landes werden in dieser Nummer des „Weg der Partei“ Antworten auf viele theoretische und praktische Fragen finden, die sie sich aus der Praxis stellen, sondern jeder politisch aktive, interessierte Mensch sollte diese Untersuchung kennen, um wirklich informiert zu sein.

Der Weg der Partei Nummer 1/1980

Zweimonatszeitschrift, herausgegeben vom ZK der KPD/ML

Diesmal: 160 Seiten

Preis: 5 Mark

(Jahresabonnement, 6 Nummern: 26 Mark)



SPENDET FÜR DEN BUNDESTAGSWAHLKAMPF DER VOLKSFRONT!

Liebe Freunde und Genossen!

Wie ihr wißt, wird die KPD/ML zu den Bundestagswahlen keine eigenen Kandidaten aufstellen, sondern die Kandidatur der VOLKSFRONT unterstützen. Und weil wir wissen, daß so ein Wahlkampf viel Geld kostet, hat das Politbüro beschlossen, daß die Partei in diesem Jahr eine Spendenkampagne zugunsten der VOLKSFRONT durchführen wird.

Der Genosse Ernst Aust sagte dazu in einem Interview mit dem „Volksecho“, Organ der VOLKSFRONT:

„Nach gründlicher Diskussion sind wir mehrheitlich zu der Auffassung gelangt, daß es angesichts der offenkundigen Mobilisierung der reaktionärsten Kräfte des Finanzkapitals, wie es sich unter anderem in der Kanzlerkandidatur eines F.J. Strauß ausdrückt, heute vor allem darauf ankommt, eine möglichst breite Front aller fortschrittlichen antifaschistischen Kräfte unseres Volkes im Kampf für die Verteidigung und Ausweitung seiner demokratischen Rechte zu schaffen. Deshalb verzichtet die Partei zugunsten der VOLKSFRONT auch auf die Aufstellung eigener Kandidaten zur Bundestagswahl. Natürlich wissen wir aus eigener Erfahrung, daß es allein damit nicht getan ist, sondern, daß ein Wahlkampf auch Geld kostet. Darum beschließen wir, die VOLKSFRONT mit einer Spendenkampagne, zu der wir alle Genossen und Freunde der Partei aufrufen, zu unterstützen.“

Wir rufen an dieser Stelle alle Freunde und Genossen der Partei, alle Leser des „Roten Morgen“, auf, die Spendenkampagne der Partei zugunsten der VOLKSFRONT zu unterstützen.

Ab sofort können Spenden für die VOLKSFRONT nicht nur auf die Konten der VOLKSFRONT, sondern auch auf untenstehende Konten der Partei eingezahlt werden. Dabei aber das Stichwort „VOLKSFRONT“ nicht vergessen.

Alle Spenden, die auf die Konten der Partei eingehen, werden regelmäßig im „Roten Morgen“ veröffentlicht. Sorgen wir alle gemeinsam dafür, daß die Partei — auch in finanzieller Hinsicht — einen gewichtigen Beitrag zur Unterstützung der VOLKSFRONT leistet!

Freunde und Genossen, wie der März-Ausgabe des „Volksecho“ zu entnehmen ist, sind bisher etwas mehr als 100 000 DM an Spenden bei der VOLKSFRONT eingegangen. Das ist viel Geld, sicher. Aber es reicht noch lange nicht aus, um einen Bundestagswahlkampf zu finanzieren. Denn ein Bundestagswahlkampf, Stellschilder, Plakate, Flugblätter, Broschüren — kostet sehr viel Geld. Für die bürgerlichen Parteien kein Problem. Die Monopole, die Banken, der Staat finanzieren ihren Wahlkampf.

Wie? Seit den ersten Bundestagswahlen schmieren die Konzerne ihre Parteien mit Hilfe sogenannter „Staatsbürgerlicher Vereinigungen“, die die Spendengelder der Industrie an die großen Parteien weiterleiten. Diese „Staatsbürgerlichen Vereinigungen“ sind mit Höchstvergütungen als gemeinnützig anerkannt. Die Kapitalisten können die Spenden an „Staatsbürgerliche Vereinigungen“ steuerlich absetzen und finanzieren so bis zu 100 Prozent die Spenden für ihre Parteien aus Steuergeldern.

Die Banken gewähren den bürgerlichen Parteien langfristige und zinsgünstige Kredite. Sie stehen allesamt bei den Großbanken in der Kreide. Wes Brot ich eß, des Lied ich sing.

Beträge bis zu 50 bis 60 Millionen kassieren die großen Parteien als Wahlkampfkostenerstattung aus unseren Steuergeldern. Schon jetzt werden ihnen darauf zur Vorbereitung riesige Abschlagszahlungen gewährt.

So also finanzieren die ihren Wahlkampf. Wir aber, die Werktätigen, können uns nur auf die eigene Kraft stützen. Uns schenkt keiner was.

Deshalb, Freunde und Genossen, rufen wir euch auf: Spendet — spendet — spendet! Um die VOLKSFRONT stark zu machen! Um Strauß zu stoppen!

Überweist eure Spenden auf die Konten der KPD/ML, Stichwort „VOLKSFRONT“

Anschrift: KPD/ML

Wellinghofer Straße 103
4600 Dortmund 30

Postcheck:	Bankverbindung:
Postcheckamt Dortmund	Stadtsparkasse Dortmund
Bankleitzahl 440 100 46	Bankleitzahl 440 501 99
Kontonummer 6420-467	Kontonummer 321 004 547

(Eine vorgedruckte Zahlkarte für das Postcheckkonto der KPD/ML liegt dieser Nummer des „Roten Morgen“ bei.)

Die KPD/ML wird wöchentlich die auf ihren Konten eingegangenen Beträge an die VOLKSFRONT weiterüberweisen. Allen Einzelspendern wird die VOLKSFRONT Ende 1980 Spendenbescheinigungen zusenden.

Spenden für die VOLKSFRONT (wie im übrigen auch für die KPD/ML) sind beim Lohnsteuerjahresausgleich (bzw. der Einkommensteuererklärung) bis zu einer Grenze von 600,— DM bei Ledigen und 1.200,— DM im Jahr bei Ehepaaren steuerlich absetzbar. Die steuerliche Absetzung wirkt sich so aus, daß etwa 30 Prozent der Spende vom Finanzamt erstattet werden.

Zehn Jahre Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland in Bildern

Jeder, der sich beim Preis von Bildbänden auskennt, staunt: nur 25 Mark? Vergleichbare Ausgaben kosten das Doppelte und mehr. Und es handelt sich ja nicht nur um einen preiswerten, gut gemachten Band, sondern um ein wichtiges und lehrreiches politisches Dokument.

In Fotos, wie sie in der bürgerlichen Presse nicht zu sehen sind, rollt da die Geschichte von zehn Jahren ab. Zehn Jahre Klassenkampf, zehn Jahre Kampf unserer Partei, zehn Jahre Erfahrungen, Erfolge und Opfer.

Für diejenigen, die schon lange zu den Mitgliedern und

Freunden unserer Partei gehören, eine gute Möglichkeit, Bilanz zu ziehen, auch persönlich.

Für diejenigen, die neu dabei sind, eine einzigartige Gelegenheit, die Geschichte unserer Partei kennenzulernen, bis in die jüngste Vergangenheit. Der Zusammenhang zur Geschichte der Arbeiterbewegung und zur Geschichte der Bundesrepublik, der da immer wieder gezogen wird, ergibt sich aus dem Thema, der Geschichte unserer Partei, von selbst.

Eine runde, lehrreiche Sache, die sich immer lohnt.

Verlag Roter Morgen, 320 Seiten, 25,— DM.



Zehn Jahre Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland

Die 70. Wiederkehr des Internationalen Frauentages am Samstag, den 8. März, stand ganz im Zeichen umfangreicher gewerkschaftlicher Aktivitäten. In zahlreichen Verwaltungsstellen und Kreisen fanden gut besuchte Veranstaltungen statt, in Hamburg demonstrierten Gewerkschafterinnen unter dem Motto: „Frauen in die Bundeswehr — wir sagen nein!“

Breite Aktivitäten zum 8. März

In vielen Städten hatten Mitglieder der IG Metall, der HBV, der ÖTV und anderer Einzelgewerkschaften Informationsstände aufgebaut. Die beherrschenden Themen bei all diesen Aktivitäten waren die Lohnfrage, die Frauenarbeitslosigkeit und die Versuche der Reaktion, die Frauen, die schon heute eine billige Reservearmee für die Unternehmer sind, zu einer Reservearmee für die Kasernen zu machen.

An führender Stelle bei der Organisation der gewerkschaftlichen Aktivitäten zum 8. März stand zweifellos die IG Metall. Die Frauenausschüsse der Verwaltungsstellen Amberg, Aschaffenburg, Bamberg, Ingolstadt, Landshut, München, Neu-Ulm, Nürnberg, Regensburg, Rosenheim, Schwabach, Reutlingen, Weiblingen, Gießen, Hanau, Marburg, Offenbach, Dortmund, Velbert, Hannover, Emden, Hamburg, Kiel und andere hatten zu Veranstaltungen aufgerufen. Die IG Metall in Nürnberg führte gleich einen ganzen Frauenmonat durch.

Auf vielen dieser Veranstaltungen sprachen Vorstandsmitglieder der IG Metall, Ursula Ibler unter anderem in Dortmund und Velbert, Karin Roth in Nürnberg und München, Hans Preiss unter anderem in Landshut.

Offensichtlich hat der reaktionäre DGB-Beschluß, den Internationalen Frauentag zu ignorieren, das genaue Gegenteil ausgelöst. Das Verbot ist nicht nur in der Praxis tausendfach durchbrochen worden, auf vielen Veranstaltungen wurde auch offen gegen diesen frauenfeindlichen Beschluß Stellung bezogen.

Viele Gewerkschaftsgremien verurteilten in Entschlüssen die Haltung von Vetter und Weber, zuletzt die 10. Ordentliche Landesdelegiertenkonferenz der bayrischen ÖTV, die einen Antrag an den nächsten Gewerkschaftstag der ÖTV verabschiedete, die Vertreter der ÖTV im DGB-Bundesvorstand mögen sich dafür einsetzen, „daß wieder anläßlich des Internationalen Frauentages (8. März) eigene Veranstaltungen von Seiten der Gewerkschaften durchgeführt werden können.“

Kurz berichtet

Beratungsstellen aushungern

AACHEN. — Eine Mehrheit von CDU-Stadträten hat der Aachener Pro-Familia-Beratungsstelle 25 000 Mark Zuschuß verweigert.

Pro-Familia ist unter anderem in Fragen der Ehe- und Sozialberatung, der Schwangerschaftskonfliktberatung, in Verhütungsfragen und Fragen der Schwangerschaftsbetreuung tätig. Diese Institution hat sich den Zorn der Reaktion zugezogen, weil sie auch die gesetzlich mögliche Abtreibung aufgrund der Notlagenindikation befürwortet.

Frauenarbeitslosigkeit

NÜRNBERG. — Aus den Statistiken für Februar 1980 der Bundesanstalt für Arbeit geht hervor, daß die Frauenarbeitslosigkeit nach wie vor überdurchschnittlich hoch ist.

Insgesamt lag die Arbeitslosenquote bei 4,3 Prozent. Bei Männern betrug sie 3,7 Prozent, bei Frauen dagegen 4,4 Prozent. Insgesamt ist die Arbeitslosenquote im Februar dieses Jahres etwas geringer als im Vorjahresmonat. Doch auch der Rückgang fiel bei den Frauen knapper aus als bei den Männern. Während die Quote bei den Männern um 0,7 Punkte auf 3,7 Prozent zurückging, verringerte sie sich bei den

Frauen lediglich um einen halben Prozentpunkt.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß zahllose arbeitslose Frauen, deren Männer noch im Beruf stehen, in den Nürnberger Statistiken überhaupt nicht auftauchen.

Mehr Gewerkschafterinnen

DÜSSELDORF. — Während die Zahl der Beschäftigten in der Textilindustrie zurückging, ist die Zahl der Mitglieder der Gewerkschaft Textil und Bekleidung um etwa 3 700 auf 294 000 gestiegen.

Dabei ist der Anteil der Gewerkschafterinnen sogar um fast 4 800 Neuzugänge gewachsen. Die Frauen machen nun mit 167 300 knapp 57 Prozent der Mitgliedschaft aus.

Schwangerschaftsunterbrechungen

WIESBADEN. — Die Zahl der gemeldeten Schwangerschaftsunterbrechungen ist im vergangenen Jahr gegenüber 1978 von 73 548 auf 82 788, also um 12,6 Prozent, gestiegen.

Mehr als zwei Drittel der gemeldeten Abtreibungen (70 Prozent) wurden auf Grundlage der im Gesetz vorgesehenen Sozialindikation vorgenommen, die seit einigen Monaten unter Beschuß der Reaktion steht.

„Es wird sich von selbst nichts ändern...“

... Ihr müßt die Veränderer sein!“

Dortmunder Gewerkschafterinnen feiern den 8. März

DORTMUND. — Der Dortmunder Frauenausschuß der IG Metall hatte am Vorabend der 70. Wiederkehr des Internationalen Frauentages zu einer Veranstaltung aufgerufen. Veranstaltungsort war die IGM-Bildungsstätte Heidehof.

Etwa 200 Teilnehmer und Teilnehmerinnen waren gekommen. Das kulturelle Rahmenprogramm wurde von der Songgruppe „Stahlkocher“ bestritten, die sich aus Mitgliedern der Naturfreundejugend zusammensetzt. Als Rednerin war Ursula Ibler, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, gekommen.

Ihre Rede war kurz und bündig. Ursula Ibler ging auf verschiedene Punkte ein, an denen sich zeigt, daß von der im Grundgesetz formulierten Gleichberechtigung der Frau in der gesellschaftlichen Wirklichkeit nicht viel zu sehen ist.

Sie wies unter anderem darauf hin, daß der Durchschnittslohn in einer Branche um so niedriger ist, je höher der Frauenanteil ist, und würdigte in diesem Zusammenhang die wachsende Bereitschaft der Arbeiterinnen, für gleichen Lohn bei gleichwertiger Arbeit zu kämpfen.

Unter dem Beifall der anwesenden Frauen und Männer verurteilte sie die demagogische Kampagne der Reaktion, die werktätigen Frauen mit Schlagworten wie „Doppelverdiener“ oder „Grundwerte der Familie“ zurück an den Herd zu zerren. Nach wie vor seien die Frauen eine billige „industrielle Reserve“ für die Unternehmer.

Was den neu eingeführten Mutterschaftsurlaub betraf, so seien zwar die gewerkschaftlichen Forderungen, was die Urlaubsdauer betrifft nicht verwirklicht worden, doch immerhin sei das ein Schritt in die richtige Richtung. Ein grund-

gender Mangel allerdings sei, daß nicht auch Väter diesen Urlaub in Anspruch nehmen könnten. Die gegenwärtigen Pläne für ein Erziehungsgeld im Rahmen der sogenannten Steuererleichterungen wurden von Ursula Ibler zurückgewiesen. Nötig sei ein längerer Elternurlaub und nicht eine Regelung, die die Frauen an Heim und Herd fessele.

Im Zusammenhang mit Fragen der Bildungspolitik rief

Ursula Ibler die Gewerkschaft auf, die „Drei-Klassen-Schule auf den Müllhaufen der Geschichte“ zu werfen, den Kampf gegen die Bildungsprivilegien der Reichen zu führen.

Besonderen Beifall erhielt sie, als sie aufklärte, für die IG Metall sei der Beschluß des DGB-Vorstandes, sich nicht an Veranstaltungen zum 8. März zu beteiligen, völlig unverständlich. Da man heute von einer

wirklichen Gleichberechtigung der Frau noch weit entfernt sei, müsse der Kampf darum auch weitergeführt werden.

Die „Stahlkocher“ führten neben Beiträgen aus der internationalen Arbeiterbewegung auch ein Lied über die soziale Lage einer Frau auf, deren Alltag durch die Doppelbelastung von Beruf und Haushalt gekennzeichnet ist. Das Lied endete mit dem Aufruf an die anwesenden Gewerkschafterinnen: „Es wird sich von selber nichts ändern, ihr müßt die Veränderer sein!“



Frauen aus der IG Metall an einem Informationsstand in Essen.

IGM-Veranstaltung in Reutlingen

Pfeifkonzert für Vetter und Weber

300 Frauen von Bosch anwesend

REUTLINGEN. — 450 Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter waren dem Aufruf der Verwaltungsstelle Reutlingen der IG Metall zu einer Veranstaltung zum 70. Wiederkehr des Internationalen Frauentages gefolgt. Allein von Bosch-Reutlingen waren 300 Frauen erschienen.

Die Veranstaltung zum Internationalen Frauentag begann am Samstag, den 8. März um 14 Uhr. Mit von der Partie war das Ensemble des ehemaligen Theaters am Turm aus Frankfurt, eine Laienspielgruppe, die sich aus männlichen und weiblichen Beschäftigten von Bosch zusammensetzte und ein Team

von Jungfilmern, die gerade dabei sind, einen Schulungsfilm über die Arbeit einer Betriebsrätin zu drehen. Ihr besonderes Interesse galt dem Theaterstück der Laienspielgruppe, dessen Thema gut zum Anlaß paßte: „Die Probleme der Kollegin Maria oder die Abschaffung der Lohngruppe 2!“



„Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!“ Lohnfragen standen im Mittelpunkt der gewerkschaftlichen Aktivitäten zum 8. März.

Das Hauptreferat hielt der erste Bevollmächtigte der IG Metall in Reutlingen, Helmut Buck. Mal abgesehen davon, daß es bestimmt nicht verkehrt gewesen wäre, wenigstens am 8. März eine aktive Gewerkschafterin aus dem Betrieb aufs Rednerpult zu schicken, enttäuschte Helmut Buck vor allem dadurch, daß er bei seinem Referat mit keinem Wort den skandalösen Beschluß der DGB-Spitze zum 8. März erwähnte. Trotzdem gab es Gelegenheit gegen die frauenfeindliche Haltung von Heinz Oskar Vetter und Maria Weber zu protestieren.

Vor der Veranstaltung hatte eine werdende Mutter, die vor kurzem der VOLKSFRONT gegen Reaktion, Faschismus und Krieg beigetreten ist, einen offenen Brief an die Veranstal-

tungsteilnehmer verteilt, in dem sie auf verschiedene wichtige politische Fragen einging, vor allem auf die Gefahren, die von der Kanzlerkandidatur eines Franz Josef Strauß ausgehen.

Der offene Brief zitierte unter anderem auch den von Helmut Buck unerwähnt gelassenen DGB-Vorstands-Beschluß.

Die Mitglieder des ehemaligen Theaters am Turm verlasen nun diesen reaktionären Beschluß im Wortlaut, was aus dem Saal heraus mit einem gellenden Pfeifkonzert und Buhrufen bedacht wurde.

Auf der Veranstaltung anwesend waren auch Kollegen der „Kampagne für das Verbot der Aussperrung“, die — Informationen von Veranstaltungsteilnehmern zufolge — etwa 60 Unterschriften für das Verbot der Aussperrung sammelten.

Gleichberechtigung, sozialer Fortschritt und Frieden sind nur zu erreichen, wenn politisch reaktionäre Kräfte unsere gewerkschaftliche Gegenwehr erfahren. Ohne die Betroffenen aber geht das nicht. Dazu brauchen wir das gewerkschaftliche und politische Engagement der Frauen. Der 8. März, ein Tag der Tradition, ist ein guter Anlaß, um noch mehr Frauen für die Gewerkschaftsbewegung zu gewinnen.

(Ursula Ibler, Mitglied des Hauptvorstandes der IG Metall, zum 8. März; zitiert aus „Metall“ Nr. 5/80)

Was ist dran am Gerede vom Rentnerberg?

Der Staat ist für die Ebbe in den Rentenkassen verantwortlich

In der zweiten Folge unserer Rentenserie sind wir auf Fragen der Rentenfinanzierung eingegangen. In der dritten Folge wollen wir uns nun mit einigen Ursachen befassen, die für mitunter vorkommende Engpässe in den Rentenkassen verantwortlich sind. Von Seiten der Sozialpolitiker wird immer wieder versucht, etwaige Finanzierungsprobleme als naturgegebenes Übel hinzustellen, für dessen Beseitigung

Es dürfte allgemein bekannt sein, daß der Staat sich bei der finanziellen Ausstattung sozialer Projekte sehr schwer tut, ganz im Gegensatz zu anderen Geschäften, die weniger mit dem Wohl des Volkes zu tun haben, die diesem eher direkt entgegengesetzt sind, man könnte hier die Rüstung, den Kriegsetat nennen.

Schon seit geraumer Zeit kann man Stimmen aus Regierungskreisen und vor allem aus den Reihen der Opposition, insbesondere aus der näheren Umgebung des Kandidaten Strauß hören, die von der bald oder schon längst erreichten Grenze des Sozialstaates sprechen. Mit anderen Worten, man ist entschlossen, die finanzielle Ausstattung des „Sozialklimbims“ nicht weiter auszubauen, im Gegenteil, man will sie langsam aber sicher reduzieren.

Artikelserie zur Rentendiskussion (3. Folge)



In Fragen des Kriegsetats sind solche Stimmen bislang noch nicht vernommen worden, im Gegenteil. Da fallen Stichworte wie Nachrüstung, Runderneuerung von Waffensystemen, und Kriegsminister Apel ist entschlossen, die Bundeskasse um 50 Milliarden Mark zugunsten seines Ministeriums zu erleichtern. Hier gibt es im Gegensatz zum System der Rentenversicherung keine Finanzierungsschwierigkeiten. Hier ist die Bundesgarantie unbegrenzt. Da aber die Finanzmittel der Regierung, so erheblich sie auch sein mögen, nicht unendlich sind, ist die Lage der Rentenversicherung eine Frage der Verteilung des Bundesbudgets.

Wie wir eben schon andeuteten, wird die Konsolidierung der Rentenkassen vor allem

dem Beitragszahler aufgebürdet, um dem Staat keine zusätzlichen Verpflichtungen entstehen lassen.

Ein Blick in die Geschichte zeigt, daß diese Haltung Tradition hat. Sie ist eigentlich so alt wie die Rentenversicherung selbst.

Behandeln wir zunächst, welche Möglichkeiten dem Gesetzgeber offenstehen, Finanzschwierigkeiten zu beseitigen.

Die Rentenbeitragschraube

Das Naheliegendste ist eigentlich das Drehen an der Rentenbeitragschraube. Da etwa 80 Prozent der Gesamteinnahmen von den Beitragszahlungen abgedeckt werden, könnte ein schon geringfügiges Drehen an der Beitragschraube Wunder wirken.

1976 kassierten BfA und LVAs zusammen 82,7 Milliarden Mark an Beiträgen. Eine einprozentige Beitragserhöhung hätte die Rentenkassen 1976 um weitere 827 Millionen Mark gefüllt, auf insgesamt 83,5 Milliarden Mark.

Insgesamt ist seit Bestehen der Rentenversicherung immer wieder kräftig an der Beitragschraube gedreht worden. Betrug der Beitragssatz 1891 noch 1,7 Prozent, so müssen heutzutage bereits 18 Prozent auf die Konten der Versicherungsanstalten überwiesen werden, wobei die Hälfte dieses Betrags vom versicherungspflichtigen Lohn- bzw. Gehaltsanteil der Arbeiter und Angestellten abgebucht wird, die andere Hälfte zahlt der Unternehmer. Am 1. Januar 1981 tritt eine erneute 0,5prozentige Beitragserhöhung in Kraft.

Natürlich erzeugt diese direkte Art der Beitragserhöhung jedesmal einigen gesellschaftspolitischen Wirbel. Es gibt aber auch eine indirekte oder schlechtere Beitragserhöhung. Bekanntlich gibt es verschiedene Beitragsklassen, die sich nach der Höhe des Einkommens richten. Nun bringt es jede Lohn- und Gehaltserhöhung mit sich, daß nicht nur der Beitrag parallel mitsteigt, sondern viele Arbeiter und Angestellte in eine höhere Beitragsklasse vorstoßen, sozusagen in die

alle gemeinsam einzustehen hätten. Wer dann tatsächlich dafür einzustehen hat, sind letzten Endes die Rentner und Beitragszahler, während der Staat sich aus der Verantwortung stiehlt und die den Werktätigen geraubten Steuern für Projekte einsetzt, die den Interessen der Werktätigen, den Interessen der Rentner und Beitragszahler diametral entgegengesetzt sind.

Beitragsprogression geraten. Ihr Rentenbeitrag steigt dann schneller als Lohn oder Gehalt. Ein Plus für die Rentenkassen.

Beschneidung der Renten

Natürlich ist es auch möglich, Korrekturen auf der Ausgaben-seite, sprich bei den Renten vorzunehmen. Dies könnte sich einmal in einer direkten Rentenkürzung oder einer Verschiebung der Altersgrenze ausdrücken. Einen ähnlichen Effekt erzielt man auch, wenn man die Renten in einem Jahr überhaupt nicht erhöht, während die Beiträge durch die Lohnentwicklung weiter steigen, oder die Erhöhung der Rentenbezüge niedriger ausfallen läßt als es die Entwicklung der allgemeinen Bemessungsgrundlage eigentlich vorsieht. Das letztere ist im Rahmen des 21. RAG passiert.

Weiter gibt es die Möglichkeit, die Rentner bei gleichbleibender Rente zu einem Krankenversicherungsbeitrag heranzuziehen, der bislang noch von den Rentenversicherungsanstalten geleistet wird, man kann eine Rentenbesteuerung erwägen und auf diesem Umweg den Bundeszuschuß erhöhen, ohne daß der Staat auf anderem Gebiet Einsparungen vornehmen müßte.

Die Brünningschen Notverordnungen zum Beispiel schränkten im Angesicht der Weltwirtschaftskrise das Leistungsrecht drastisch ein; die Renten wurden gekürzt, die Altersgrenze nach oben verschoben. Während des 2. Weltkriegs wurden ähnliche Notstandsmaßnahmen vorgenommen nach dem Motto „Kanonen statt Renten“.

1958 wurde die jährliche Rentenerhöhung ausgesetzt. 1968 wurde den Rentnern vorübergehend 2 Prozent für Krankenversicherung abgezogen. Seit dem 27.6.1977 sind die Rentner gehalten, eine Rezeptgebühr von einer Mark pro Mittel zu zahlen, der Zuschuß für Zahnersatz und Zahnkronen ist auf maximal 80 Prozent reduziert worden.

Zusammenfassend kann man sagen, daß sich die Methoden zur Konsolidierung der Rentenfinanzen auf drei Möglichkeiten reduzieren. Belastung der Beitragszahler durch Beitragserhöhung, Belastung der Rentenempfänger durch Rentenkürzung oder Verschiebung der Altersgrenze nach oben oder Belastung der Staatskasse durch Anhebung des Bundeszuschusses.

Wie kommt es eigentlich zu finanziellen Engpässen?

Zuweilen wird unser Rentensystem durch den Begriff **Generationsvertrag** gekennzeichnet. Dieser Begriff beschreibt treffend den Kernpunkt unseres Rentensystems. In einer Art

Umlageverfahren werden die Beitragsgelder nicht etwa gehortet, sondern umgehend an die Rentenempfänger ausgezahlt. Das Geld fließt sozusagen Monat für Monat vor einer Generation zur anderen.

Nun ist es sicherlich ohne weiteres vorstellbar, daß dieses Umlageverfahren aus dem Gleichgewicht gerät, daß sozusagen die arbeitende Generation die Rentennachfrage der ruhenden Generation durch das Beitragsaufkommen nicht mehr befriedigen kann. Auch der umgekehrte Fall ist schon vorgekommen, daß nämlich die Beitragszahlungen die Rentenverpflichtungen bei weitem überstieg. Das war 1972 so. Damals hat man in einer großzügigen Geste die nächste Rentenanpassung um ein halbes Jahr vorverlegt, die Rentner sind schon am 1. Juli 1972 statt erst am 1. Januar 1973 in den Genuß von Beitragserhöhungen gekommen.

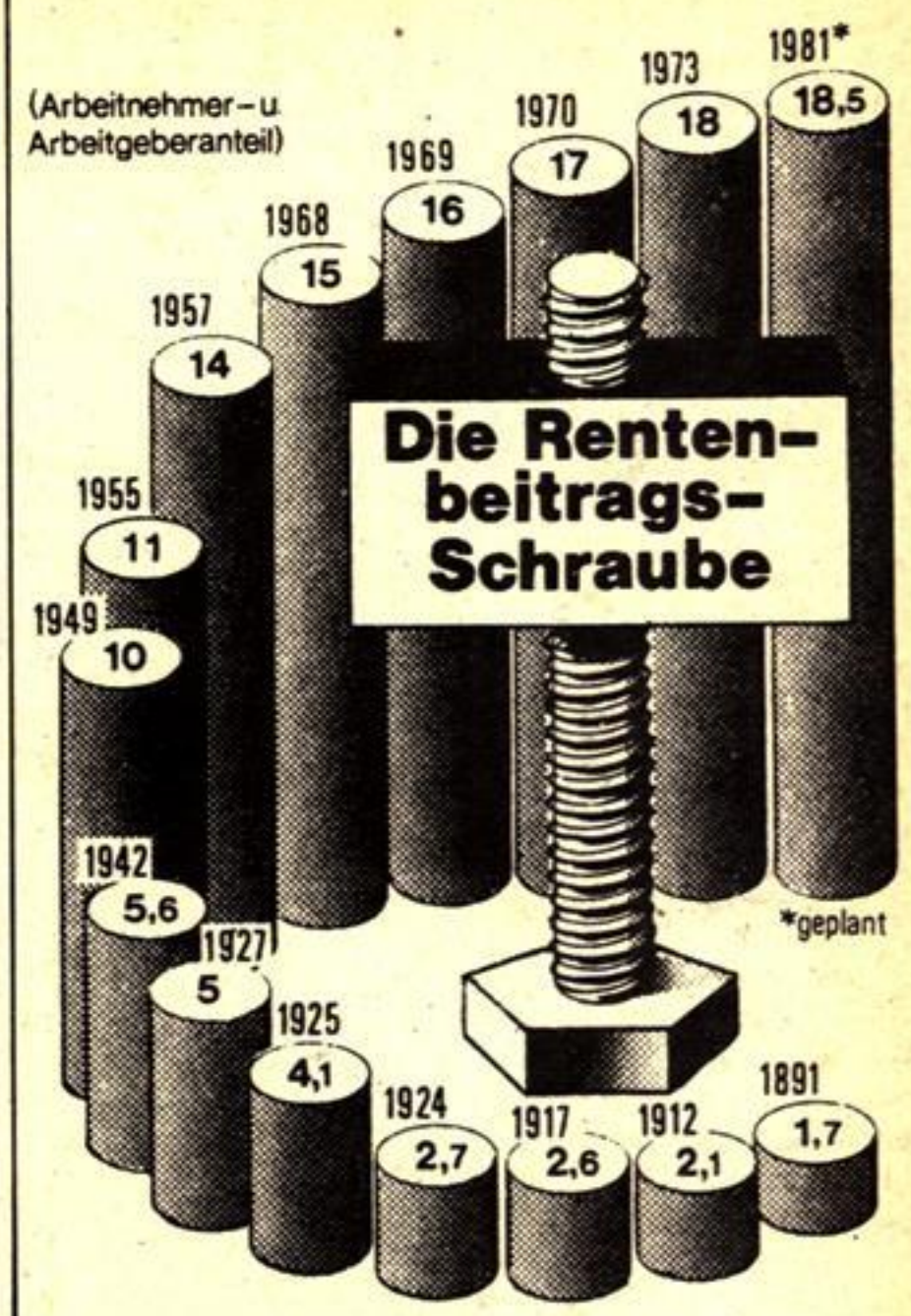
Allerdings war die damals fällige Selbstbeweihräucherung der Regierung völlig fehl am Platze, denn die vorzeitige Rentenanpassung deckte noch nicht einmal die Verluste, die den Rentnern durch die unterbliebene Anpassung 1958 entstanden sind.

Meistens jedoch wird die Situation von den Sozialpolitikern so beschrieben, daß der immer größer werdende Rentenbedarf kaum noch durch die Beitragszahlungen befriedigt werden kann.

An dieser Stelle wollen wir einen weiteren Begriff einführen, der verwandt zu sein scheint mit ähnlichen Begriffen aus dem Demagogenarsenal kostendämpfungsbesessener Sozialstrategen. Wem sind Begriffe wie Bettenberg, Ärzteschwemme oder auf dem Schulsektor Lehrerschwemme oder Pillenknick nicht geläufig? Und was den Pillenknick betrifft, so brechen dieselben Leute, die heute schon Entlassungen bei den Lehrern eben wegen dieses Knicks fordern, in Kassandra-rufe aus, was die Sicherung unserer Renten in 20 Jahren betrifft, wenn der brüchigste Pillenknick in die Reihen der Beitragszahler einrückt.

Doch das aktuelle Problem unserer Sozialpolitik ist weniger der Pillenknick als dessen Entsprechung auf der anderen Seite, nämlich der Rentnerberg. Allerdings gibt es diesen Rentnerberg im Gegensatz zum Bettenberg in den Krankenhäusern oder der Ärzteschwemme im Stadtteil tatsächlich, und man kann ihn auch nicht so einfach abtragen wie den vermeintlichen Bettenberg. Ein Bett kann man in den Abstellraum stellen, einen Rentner nicht (sollte man meinen).

Was verbirgt sich hinter dem Begriff Rentnerberg? Das ist genau jener eben schon beschriebene Zustand, wo die Rentennachfrage weitaus größer ist als das Beitragsaufkommen, das heißt, wenn die Rentenversicherung aus diesem Grunde in die roten Zahlen kommt. Zwei



Beiträge zur Rentenversicherung in Prozent des Einkommens (Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteil)

Gründe gibt es für den Rentnerberg, einen geschichtlichen und einen aktuellen.

Gibt es zu viele Rentner?

Würde sich die Bevölkerungsentwicklung völlig gleichmäßig vollziehen, so würde statistisch gesehen die Bevölkerungsmenge mit zunehmendem Alter gleichmäßig abnehmen. Diese sogenannte Alterspyramide ist aber in Wirklichkeit völlig deformiert, vor allem wegen der beiden Weltkriege.

Die Tatsache, daß alle leistungsfähigen Männer ins Feld mußten, hat einen drastischen Geburtenrückgang hervorgerufen. Der Krieg hat bei der Gruppe der heute 30 bis 40-jährigen eine große Lücke gerissen. Diese Gruppe aber gehört zu den Beitragszahlern, die dadurch unverhältnismäßig klein ist. Auf der einen Seite ist jene Gruppe von Rentnern besonders groß, die aus Altersgründen an keinem der beiden Weltkriege teilgenommen hat, beim ersten waren sie zu jung, beim zweiten zu alt. Allerdings sind wir gerade dabei, den Gipfel des Rentnerbergs zu überschreiten. Kamen 1978 nur 2,8 Erwerbstätige auf einen Rentner, so wird dieses Verhältnis in diesem Jahr mit 2,9 zu 1 bereits günstiger aussehen und 1985 bereits 3 zu 1.

Den Politikern, die immer mit dem Rentnerberg argumentieren, sei zweierlei ins Stammbuch geschrieben.

Erstens baut sich der Rentnerberg schon wieder auf und kann keineswegs zum Vorwand für einen Angriff auf Beitragszahler oder Rentner genommen werden.

Zweitens ist die Deformierung der Alterspyramide im Wesentlichen das Ergebnis zweier Weltkriege, die weder die Beitragszahler noch die Rentner vom Zaune gebrochen haben, sondern der deutsche Imperialismus. Die Probleme, die durch den kriegsbedingten Rentnerberg entstehen, müssen voll vom Staat getragen werden.

Der zweite Grund für den Rentnerberg liegt im kapitalistischen Wirtschaftssystem, das notwendigerweise Arbeitslosigkeit hervorbringt. Ein großes Arbeitslosenheer verkleinert verständlicherweise die Reihen der Beitragszahler. Zwar zahlt

seit einigen Jahren die Bundesanstalt für Arbeit Beiträge für die Rentenversicherung, doch kann dies nicht als Lösung betrachtet werden, weil auch die Bundesversicherungsanstalt für Arbeit von den Beiträgen der Arbeiter und Angestellten Gebrauch macht, hier also lediglich eine Verschiebung stattfindet, die dort notdürftig ein Loch zu stopfen vermag, es jedoch gleichzeitig an anderer Stelle reißt.

An dieser Stelle wird der grundlegende Mangel des Rentensystems im Kapitalismus deutlich, ein Mangel, der erst mit der Beseitigung des Kapitalismus wegfällt. Das Rentensystem ist eng mit dem Schicksal der kapitalistischen Wirtschaft und dem Finanzgebaren des durch die Kapitalisten kontrollierten Staates verhaftet.

Eine größere Wirtschaftskrise mit Millionen von Arbeitslosen muß notwendigerweise die Rentenversicherung bis ins Mark treffen. Eine schrankenlose Politik der Kriegsvorbereitung und Aufrüstung, wie sie sich für die kommenden Jahre anbahnt, wird unweigerlich zu Lasten des Sozialbudgets im Staatshaushalt führen, zu einer Kürzung des Bundeszuschusses für die Rentenversicherung etc.

Eine krisensichere sozialistische Planwirtschaft, in der die Produzenten des gesellschaftlichen Reichtums die politische Macht innehaben, wird auch gleichzeitig und notwendigerweise eine sichere und ausreichend hohe Altersversorgung hervorbringen.

Nichtsdestoweniger ist es unter den Bedingungen des Kapitalismus unsere Aufgabe, das zumindest formal noch bestehende bruttolohnbezogene Rentensystem zu verteidigen, die immer heftigeren Angriffe auf den sozialen Besitzstand der Werktätigen abzuwehren und je nach den Kräfteverhältnissen zwischen den Klassen auch Verbesserungen zu erkämpfen.

Doch das Gerede vieler Politiker um bevorstehende Rentenbesteuerung oder ähnliche Regelungen, die zum Nachteil der Rentner oder Beitragszahler reichen, darf uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Angriff zur Demontage des bruttolohnbezogenen Systems längst begonnen hat. (wird fortgesetzt)



„Wird die Rente in den nächsten Jahren noch schmaler werden?“



Auf der Solidaritätsveranstaltung mit den beiden entlassenen RGO-Betriebsräten von Hoesch am 1. März in Dortmund-Eving trug der Liedermacher Werner Worschech (Foto rechts) sein neues „Solidaritätslied für Hartmut Siemon und Norbert Bömer“ vor, das wir nachstehend dokumentieren. Das Foto links zeigt Worschech (rechts) während der Veranstaltung zusammen mit Hartmut Siemon und Max von der Grün.

Werner Worschech

Solidaritätslied für Hartmut Siemon und Norbert Bömer

Es läßt sich nicht bestreiten,
es weht ein schärfer Wind.
Die Stahlbarone zeigen
mal wieder wer sie sind.
Im Rationalisieren,
ein jeder weiß es schon
und Steuern einkassieren,
als verdeckte Subvention.

So mancher Arbeitsplatz
kommt plötzlich in Gefahr.
Die Unternehmer sagten,
er sei sicher noch auf Jahr'.
Und einfach, über Nacht,
wird'n Teilbetrieb kaltgemacht
und mit ihm auch wieder
'n Stück von uns weggerafft!

Natürlich, 'nen Sozialplan
hab'n die Herren schon parat!
Der soll von heut auf morgen
durchgehn ohne Naht.
Betriebsrat sagt: In Ordnung!
Nur zwei nicht dafür.
Die hab'n 'ne Menge Fragen,
zu dem „Sozialpapier“!

Doch dieses ist „vertraulich“
oder, besser noch: „geheim“!
Die zwei sagen: Das geht alle an,
bekannt gemacht soll's sein!

Verhandlung unterbrochen,
wegen „Vertrauensbruch“.
Der Betriebsrat macht Stimmung gegen die zwei,
doch damit nicht genug!

Lange Jahre Betriebsrat,
dat pendelt sich schon ein.
Im Umgang mit den großen Herrn,
fühlt man sich auch ganz fein.
Vergißt dabei schon mal,
woher man wirklich kommt,
und warum man auf dem Stuhl da sitzt,

man isset halt so gewohnt.
Da denkt man schon 'n bisken,
so wie die Herr'n Direktorn...
Der Blick für die Kollegen,
geht dabei langsam verlorn.

Und in diesem Fall hier,
da isset ebenso!
Der Betriebsrat stimmte
gegen die zwei von der RGO.
Sie sind gekündigt worden!
Wie et heißt: aus „wicht'gen Grund“.
„Wichtig“, ja für wen wohl?
Die stopfen uns den Mund!

Wer setzt sich im Betrieb gezz
für die Kollegen ein?
Betriebsratsspitze' und Vorstand
scheinen einig zu sein!
Drum aufgepaßt, Kollegen!
Wenn man über uns plant,
müssen wir mitreden,
sonst drücken die uns anne Wand!

Für uns, da gilt noch immer:
wir müssen einig sein!
Und ins Betriebsratszimmer
soll'n echte Vertreter rein!
Ob RGO, ob IG Metall,
dat bleibt sich am Ende
doch ganz egal,
solang jemand uns're Interessen vertritt,
ist dat genau: GEWERKSCHAFTSPOLITIK!

Wenn Bömer und wenn Siemon
rausgeschmissen bleiben
dann, dat weiß ich gezz schon,
folgen bald Kündigungsschreiben
gegen jeden Betriebsrat,
der sich konsequent einsetzt.
Dat müssen wir verhindern
los! Laßt uns handeln jetzt!

Dat werden wir verhindern,
denn wir handeln jetzt!

ritätskomitee herausgegeben wird. Kontakt-
adresse: Alice Siemon, Barsinghauser Str. 23,
4600 Dortmund 14, Tel.: 0231/236815)



„Ein Jahrzehntkongreß“

V. Schriftstellerkongreß in München

Engelmann einstimmig wiedergewählt

Anfang März fand in München der V. Kongreß des Verbands deutscher Schriftsteller in der IG Druck und Papier (VS) statt. Rund 200 Schriftsteller wandten sich gegen die ungeheuerlichen Angriffe eines Strauß und Stoiber gegen fortschrittliche Schriftsteller („Ratten und Schweißfliegen“). Mit der Wiederwahl Bernt Engelmanns zum Vorsitzenden des VS erteilten sie den Reaktionen eine klare Abfuhr. Engelmann äußerte gegenüber dem „Roten Morgen“: Die einstimmige Wiederwahl des am meisten Betroffenen zum Vorsitzenden des Schriftstellerverbands zeige deutlich, wie die Schriftsteller über diese Äußerungen dächten.

In zahlreichen Referaten, Anträgen und Resolutionen wandten sich die Schriftsteller aber auch gegen die reaktionäre Entwicklung in der Bundesrepublik der sozialliberalen Koalition. Der Darmstädter Literat Gerd Hoffmann erläuterte eindringlich, daß sich die Bundesrepublik mit Hilfe mobiler Datenerfassungsgeräte (Lesepistolen) und dem vom Bundesrat bereits gebilligten maschinenlesbaren Personalausweisen (Paßkarten) zu einem Überwachungsstaat Orwellscher Prägung entwickeln würde. Der Autor Jürgen Lodemann wandte sich in

seinem Beitrag gegen die Einführung von privatem Fernsehen.

Eine große Rolle spielte in München die soziale Sicherung der Autoren. Der VS hat inzwischen mit den Verlegern einen Normvertrag geschlossen, der allerdings den Nachteil hat, daß er die Honorarfrage offenläßt. Gesichert ist auch nicht, ob die von der Bundesregierung angekündigte Sozialversicherung für Künstler in diesem Jahr noch verabschiedet wird.

Ein wichtiges Thema war schließlich die Frage der Mediengewerkschaft. Obwohl die Macht der zum Teil schon multinational organisierten Pressekonzerne immer mehr zunimmt, kommen die Pläne für einen Zusammenschluß aller in Verlagen, Funk, Fernsehen und Bühnen arbeitenden Menschen in einer großen Mediengewerkschaft nicht vom Fleck. Seit zehn Jahren warten die gewerkschaftlich organisierten Künstler darauf, daß die in verschiedenen Industrie- und Gewerkschaften untergebrachten Medienarbeiter zusammengelegt werden, damit das bei Streikaktionen wichtige Kampfprinzip „ein Betrieb, eine Gewerkschaft“ Gültigkeit bekommt. In einer Resolution sprach sich der Schriftstellerkongreß für die Mediengewerkschaft aus.

Interviews mit Bernt Engelmann und Peter O. Chotjewitz

Der „Rote Morgen“ befragte telefonisch die auf dem Münchner Kongreß wiedergewählten Vorsitzenden bzw. stellvertretenden Vorsitzenden des Verbandes deutscher Schriftsteller (VS), Bernt Engelmann und Peter O. Chotjewitz, zu Verlauf und Inhalt des Kongresses.



Bernt Engelmann erklärte auf die Frage, wie der Kongreß auf die „Ratten- und Schweißfliegen“-Äußerungen von Strauß und Stoiber reagiert habe, daß auf seinen eigenen Wunsch hin zwar eine Ausweitung des Themas unterblieben sei. Allerdings habe die einstimmige Wiederwahl des am meisten Betroffenen zum Vorsitzenden des Verbandes deutscher Schriftsteller am deutlichsten gezeigt, wie die Schriftsteller über die unqualifizierten Äußerungen denken.

Befragt, ob der Münchner Kongreß die Entwicklung in Richtung auf eine Mediengewerkschaft vorangebracht habe, gab Engelmann an: Der Verband deutscher Schriftsteller fordere seit zehn Jahren die Einrichtung einer Mediengewerkschaft. Er könne jedoch eine solche Gewerkschaft nicht selber gründen, er könne nur dazu beitragen, daß sich die Einsicht in die Notwendigkeit einer solchen Gewerkschaft verärke.

Bernt Engelmann bestätigte, daß dem Kongreß ein Resolutionsantrag zu den beiden entlassenen Hoesch-Betriebsräten Hartmut Siemon und Norbert Bömer vorlag. Aus Zeitgründen jedoch mußte der Kongreß, dem noch eine An-

zahl ähnlicher Anträge vorlag, den Vorstand beauftragen, sich damit zu befassen. Das wird jedoch in Kürze geschehen.

Insgesamt haben der Kongreß und sein Verlauf Bernt Engelmann außerordentlich beeindruckt: vor allem die Geschlossenheit und Übereinstimmung der Versammlung in wichtigen Fragen, das hohe Maß an Solidarität, das sich hier gezeigt hat, das zahlreiche Erscheinen der Schriftstellerkollegen. Von den angekündigten Referenten haben nur zwei gefehlt: aus Krankheitsgründen.



Das Gespräch mit Peter O. Chotjewitz drehte sich hauptsächlich um das Problem der Mediengewerkschaft. Auf die Frage, ob der Schriftstellerkongreß die Entwicklung in Richtung auf eine Mediengewerkschaft vorangebracht habe, antwortete Chotjewitz: Der VS sei schon immer die Gruppierung gewesen, die die Forderung nach einer einheitlichen Mediengewerkschaft erhoben habe, weg von einer ständisch-zünftigen Organisation zu einer wirklich gewerkschaftlichen. Aus diesen Gründen sei auch

der Beitritt zur IG Druck und Papier erfolgt. Insofern sei auf dem Kongreß nichts voranzubringen gewesen.

Chotjewitz sah die Ursachen für eine Stagnation in der Entwicklung zu einer Mediengewerkschaft in Gegebenheiten, auf die der VS keinen Einfluß hat. Bei den Gewerkschaften handelt es sich um Strukturen, die in hundert Jahren gewachsen sind. Es ist schwer, diesen fahrenden Zug anzuhalten. Die Schaffung einer Mediengewerkschaft bedeutet mehr als eine bloße Zusammenlegung von Schriftstellerverband und Rundfunk- und Fernsehunion (RFFU). Es müßte nicht nur die IG Druck und Papier zerlegt werden, sondern auch die Gewerkschaft HBV (Buchhändler), die Postgewerkschaft (insoweit Medienbereiche betroffen sind), die ÖTV (Bibliothekare) etc.

Die Probleme, die sich der Schaffung einer Mediengewerkschaft entgegenstellen, betreffen einmal den objektiven Bereich. Es handelt sich um Fragen wie: Sind nicht zum Beispiel Postler, auch wenn sie im Zusammenhang mit Medien arbeiten, nicht doch besser in der Postgewerkschaft aufgehoben — oder entsprechend in der ÖTV. — Das zweite sind subjektive Probleme: Gewerkschafter sehen es zum Beispiel nicht gern, wenn eine starke Berufsgruppe aus einer Gewerkschaft herausgelöst wird.

Nach Peter O. Chotjewitz' Einschätzung handelt es sich bei dem Münchner Kongreß um einen Kongreß, wie es ihn nur alle zehn Jahre gibt — einen „Jahrzehntkongreß“. Eine ähnliche Mobilisierung von Schriftstellern, eine ähnliche Fülle von Themen gab es bisher nur auf dem ersten Kongreß vor zehn Jahren.

In Kürze

Kripo gegen Antifa- Ausstellung

Nürnberg. — Auf Betreiben des Nürnberger CSU-Stadtrats Alfred Lösch wurde am Wochenende die im Nürnberger Rathaus präsentierte antifaschistische Ausstellung „Aus der Ge-

schichte lernen: Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg“ von einem starken Einsatzkommando der Kriminalpolizei besetzt, observiert und fotografiert. Teile des Ausstellungsmaterials wurden abgehängt, entfernt und polizeilich „sichergestellt“. Stadtrat Lösch hatte die Aktion angekündigt mit der Behauptung, die Ausstellung ließe eine „kommunistische Diktatur“ erkennen. Vor Lösch hatten schon Alt- und Neonazis versucht, die Ausstellung zu verhindern.

Beleidigte Leberwurst

München. — Die bayerische Staatsregierung lehnt es ab, einen Vertreter zu der Verleihung eines Preises an den Gießener Arzt und Psychoanalytiker, Horst Eberhard Richter, am 2. März in München zu entsenden. Der Grund: Richter hatte im vergangenen Jahr eine kritische „sozialpsychologische Studie“ über den CDU/CSU-Kanzlerkandidaten in der „Zeit“ veröffentlicht.

Gericht verurteilt uniformierten Rowdie

Ein blindes Huhn...

„Ein blindes Huhn findet auch mal ein Korn“ heißt das alte Sprichwort. Abgewandelt und modernisiert könnte es lauten: „Die bundesdeutsche Justiz verurteilt auch mal einen gemeingefährlichen Polizeirowdy“ — auch wenn dabei schließlich nur eine Strafe von sieben Monaten herauskommt, natürlich ausgesetzt zur Bewährung...

Die Rede ist von dem Polizeihauptwachmeister Günter P. (34), Hauptakteur in dem unerhörten Geschehen, das sich am 30. September 1978 in München-Haidhausen abspielte (siehe auch „Roter Morgen“ 43/78). An jenem Tag mußten der Hausbesitzer Ferdinand Schuster (33) und sein Spezi, der Kellner Mathias Schaschko (27), einen angekündigten Flohmarkt im Hinterhof des Hauses Weißenburger Straße 39 absagen und taten dies Wein trinkend auf dem Gehsteig vor dem Haus. Es fand sich bei ihnen nach und nach eine gesellige, friedliche Runde, dann aber unversehens auch ein Streifenwagen der Polizei ein, dem der besagte Günter P. entstieg. P. rief, als die beabsichtigte Personalienfeststellung nicht ganz nach seinen Vorstellungen verlief, Verstärkung. Zehn Streifenwagen und ein Mannschaftswagen der Polizei brausten heran und eskortierten schließlich die festgenommenen Schuster und Schaschko zur Wache.

Was nun auf der Wache geschah, davon gibt der Richter Orlin, der in der letzten Woche den Polizisten Günter P. zu der bereits erwähnten Bewährungsstrafe verurteilte, in seiner Urteilsbegründung eine genaue Darstellung. Wobei der richterliche Kommentar zu den einzelnen „Amtshandlungen“ nicht weniger bezeichnend ist als die angeführten Vorfälle selbst.

Nach Ankunft von Schaschko und Schuster auf der Wache ließ der Wachleiter Franz P. — nicht zu verwechseln mit Günter P. — die Jalousien herunter — nach Richter Orlin eine „vernünftige Maßnahme“. Vernünftig weshalb? Sollten so angesichts einer empörten Menschenansammlung vor der Wache die Fenster derselben vor Steinen geschützt werden oder sollte nur schlichtweg der Einblick in das Innere der Polizeistation verwehrt werden? Wir wissen es nicht. Doch was sich nun abspielte hinter den herabgelassenen Jalousien, war durchaus nicht für empfindliche Augen bestimmt, wenn auch alles — wie der Richter vermerkt — zunächst noch durchaus „rechtmäßig“ blieb.

Schuster wurde mehrfach aufgefordert, sich zu setzen. Die Aufforderung befolgte

Schuster jedoch, da er sie — wie der Richter einräumt — wegen seines Erregungszustands möglicherweise gar nicht hörte, nicht. Daraufhin packten ihn mehrere Beamte. Schuster wehrte sich, stürzte zweimal zu Boden und wurde schließlich gefesselt. Im Zuge dieser Amtshandlungen wurde ihm die Brücke über seinen Vorderzähnen zerbrochen sowie die Befestigung seiner Beinprothese zerrissen. Dabei war das volle Maß der Rechtmäßigkeit noch nicht einmal ausgeschöpft.

„Selbst wenn sie zugeschlagen hätten“, sagte Orlin über zwei mitangeklagte Polizisten, „wären diese Schläge als unmittelbarer Zwang gerechtfertigt gewesen.“ Schuster hätte „klar Widerstand geleistet“, auch wenn er sich dessen nicht bewußt gewesen wäre. Die mitangeklagten Polizisten — der schon erwähnte Wachleiter Franz P. sowie ein gewisser Polizeihauptmeister Siegfried F. — wurden freigesprochen: zwei Körner, die das blinde Huhn liegenließ.

Zurück zu Günter P. Als Schaschko seinem Freund Schuster zu Hilfe eilen wollte, verhinderte dies Günter P. „rechtmäßig“ — so der Richter — „durch direkten Zwang“ — zwei Schläge gegen den Oberkörper oder den Kopf“. Anschließend ging Günter P. mit Schaschko in einen Nebenraum, „zunehmend in Wut und Zorn geraten, war nun entschlossen, ihn kampfunfähig zu schlagen. Er versetzte ihm Schläge gegen den Oberkörper oder den Kopf, forderte ihn zum Sitzen auf mit dem Zusatz, daß er wieder herunter-

geschlagen werde, was auch geschah. Er mußte sich wieder auf den Stuhl setzen, seine Papiere zeigen, dazu seine Dekkung herunternehmen, bekam wieder einen Schlag.“ Dann habe P. geäußert: „Was, Schaschko heißt du?“ und: „Österreicher bist du, auf dich haben wir gewartet!“ Auch diesen Sätzen sei jeweils ein Schlag gefolgt. „Schaschko war schließlich völlig kampfunfähig.“ Erst in den zuletzt geschilderten polizeilichen Maßnahmen besteht das eigentlich „Unrechtmäßige des ganzen Vorgangs.“ „P. hätte Kollegen rufen oder versuchen können, Schaschko ohne Schläge niederzuringen“, begründete der Richter in dem Urteil. So aber bleibe der Tatbestand der fortgesetzten Körperverletzung im Amt — dies außerdem noch unter Ausnutzung der „Abschirmung nach außen“, der heruntergelassenen Jalousien, also dieser doch ansonsten durchaus „vernünftigen Maßnahmen“.

Das Pech des Polizeihauptwachmeisters Günter P. bestand letztlich darin, daß es sich bei Schuster und Schaschko — wie der Richter in seiner Urteilsbegründung noch anführte — um „liberale Bürger“ handelte, denen keine politische Motivation und Provokation nachzuweisen gewesen sei. Mit einem Wort also: Es waren keine „Linksradikalen“. Dann allerdings hätte die Rechtslage — dieses Hin und Her von Recht- und Unrechtmäßigkeiten — noch einmal ganz anders ausgesehen. Ob dann wohl das blinde Huhn das Korn gefunden hätte? Wohl kaum.



Der Polizeieinsatz in Haidhausen



Auf dem modernen Apparat, der Schaltstation eines Klosters, steht das Kruzifix; darunter die Inschrift: „Benedicite lux et tenebrae domino“ — „Huldigt, Licht und Finsternis, dem Herrn“. Vor dem Gerät steht die Brille des 20. Jahrhunderts auf der Nase und die Kapuze des Mittelalters auf dem Kopf, ein Mönch. Eine ausstrahlende Randscheinung der Gesellschaft? — Leider nein. Die Klöster verzeichnen Zulauf. Vor allem junge Menschen sind es, die den Heilspredigern unterliegen. — Aber so ist das. Wenn die Krise sich verschärft, wenn die Unterdrückung zunimmt, die Zukunftsangst, die Verzweiflung, dann haben die geistlichen Verführer, auch wenn sie in Kutten daherkommen, Hochkonjunktur. Dann heben sie ihr trügerisches Licht um so höher empor, um die Menschen wieder in die Finsternis der Religion und des Aberglaubens zu locken, um sie zu entkräften, zu lähmen, sie unfähig zu machen zur Lösung ihrer Probleme. — „Licht und Finsternis, huldigt dem Herrn!“

„Klammheimliche Freude“

Kurz nach dem gewaltsamen Tode des seinerzeitigen Generalbundesanwalts Siegfried Buback im April 1977 schrieb ein bis heute unbekannt gebliebener Göttinger Student in einem mit „Mescalero“ gezeichneten Flugblatt: „Ich konnte und wollte (und will) eine klammheimliche Freude nicht verhehlen.“ — Zahllose Schüler — und Studentenblättchen, Blätter selbst liberaler Art, Professoren und Rechtsanwälte druckten das Flugblatt noch einmal im Wortlaut nach, teilweise versehen mit distanzierenden Kommentaren.

Die „klammheimliche Freude“ wurde jedoch dem „Mescalero“ und seinen Nachdruckern nicht gegönnt. Die Staats- und Justizorgane traten auf den

Plan. Selbst Justizminister Vogel erstattete Anzeige. Gegen mindestens 140 Beschuldigte leiteten Staatsanwälte Ermittlungsverfahren ein, mindestens 116 wurden angeklagt. In der letzten Woche jedoch entschied der Bundesgerichtshof in letzter Instanz, der Nachruf habe nichts Strafbares enthalten.

Auf der Strecke bleiben allerdings drei Millionen Mark an Gerichts- und Anwaltskosten, die dieses Spektakel den Steuerzahler bisher gekostet hat — die Tausende von Dienststunden des Justizpersonals noch gar nicht mitgerechnet. Drei Millionen Mark! Die „klammheimliche Freude“ war ja zu verstehen, aber nun hört der Spaß auf!



Samstag, 15. März, 19.00 Uhr, DDR-Fernsehen II

Brennende Ruhr. Fernsehfilm über die revolutionären Ereignisse 1920 bei der Abwehr des Kapp-Putsches. Der Film wird in zwei Teilen gezeigt. Der zweite Teil folgt am selben Abend um 21.30 Uhr.

Samstag, 15. März 19.50 Uhr, Südwest III

Das Verbrechen des Monsieur Lange. Französischer Spielfilm aus dem Jahr 1936. Regie: Jean Renoir. Mit dem Film setzte sich Renoir für die Ziele der antifaschistischen Volksfront in Frankreich ein.

Samstag, 15. März, 20.15 Uhr, West III

Ludwig van Beethoven: Klavierkonzert Nr. 1 C-Dur op. 15. Es spielen Arturo Benedetti Michelangeli und die Wiener Sinfoniker.

Montag, 17. März, 21.20 Uhr, ZDF

Der Galgensteiger. Die Eidgenossenschaft erkämpft sich den modernen Staat. Fernsehspiel von André Kaminski. — Der Film ist der erste einer Trilogie über das Jahr 1848. Der zweite und dritte Film der Trilogie — „Die Paulskirche“ und „Feuer!“ werden am 20. März und am 23. März gesendet. — Man darf gespannt sein, wie die revolutionären Ereignisse des Jahres 1848 in diesen Beiträgen filmisch verarbeitet sind.

Montag, 17. März, 22.00 Uhr, West III

Aufstand in Patagonien. Argentinischer Spielfilm (1974) über einen Arbeiteraufstand in der Provinz Patagonien im Jahre 1920. Regie: Hector Olivera.

Montag, 17. März, 22.30 Uhr, Nord III

Sansibar. Gedichte von Aras Ören. — Ören, geboren 1939 in Istanbul, lebt seit 1969 in Westberlin, u.a. als Hilfsarbeiter, jetzt als Rundfunkjournalist und Schriftsteller. Bekanntgeworden ist er hauptsächlich durch das Poem „Was will Niyazi in der Nauynstraße“.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
Roter Morgen
Postfach 30 05 26

4600 Dortmund 30

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr.

☐ für 1 Jahr

☐ für 1/2 Jahr

☐ Probenummer

Name:

Straße:

Plz./Ort:

Datum: Unterschrift:
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:

☐ jährlich
DM 60.-

☐ halbjährlich
DM 30.-

Die jeweiligen Gebühren werden mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. um 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements). Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt.



Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML REDAKTION Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellingerhofstr. 103, Tel.: 0231/43 36 91 und 43 36 92

4800 BIELEFELD 1, Parteibüro der KPD/ML, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr.

4630 BOCHUM, Parteibüro der KPD/ML, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37, geöffnet: Do 16-18.30 Uhr.

2800 BREMEN (Walle), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

6100 DARMSTADT, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit“, Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16-18.30, Mi 12-13.30, Sa 10-13 Uhr.

4600 DORTMUND 1, Parteibüro der KPD/ML, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel. 0231/83 23 28, geöffnet: Mo-Fr 17-19 Uhr, Sa 10-13 Uhr.

4100 DUISBURG 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: 0203/44 30 14

6000 FRANKFURT (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 6811/77 12 00, geöffnet: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

7800 FREIBURG, Parteibüro der KPD/ML, Klarastr. 29, geöffnet: Di und Do 17-19, Sa 10-13 Uhr.

2000 HAMBURG 6, Buchladen „Roter Morgen“ Schulterblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 11-13, Sa 9-12 Uhr.

3000 HANNOVER, Parteibüro der KPD/ML, Ellisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

7100 HEILBRONN, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.

7500 KARLSRUHE 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve“, Goethestraße 25 b (Nähe Kaiseralle), geöffnet: Di-Fr 17-18.30, Sa 11-13 Uhr.

2300 KIEL 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18.30, Sa 10-13 Uhr.

5000 KÖLN 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit“, Marienstr. 37a, Tel.: 0221/55 49 56, geöffnet: Di, Do und Fr 17-18.30 Uhr.

6700 LUDWIGSHAFEN (Friesenheim), Buchhandlung „Neue Zeit“, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621/69 71 09, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13 Uhr.

8000 MÜNCHEN 5, Buchhandlung „Roter Morgen“, Frauenhoferstr. 13, Tel.: 089/260 75 54, geöffnet: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

8500 NÜRNBERG, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 80 43, geöffnet: Mi-Fr. 16-18, Sa 11-13 Uhr.

7000 STUTTGART 1, Parteibüro der KPD/ML, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Sprengelstr. 40, Tel.: 030/465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Sa 10-13 Uhr.